



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Umwelt – Entwicklung – Nachhaltigkeit
Entwicklungspolitik und Ökologie

Umwelt – Entwicklung – Nachhaltigkeit
Entwicklungspolitik und Ökologie

Inhalt

Vorwort

.....Seite 4

Einleitung

Globale Strukturen nachhaltig und
gerecht gestaltenSeite 6

Umwelt und Ressourcen schützen – ein Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik

Umweltzerstörung –
Problem der Armen?Seite 12
Das Ziel: Armut bekämpfen,
das Leitbild: NachhaltigkeitSeite 13
Es reicht nicht,
Naturparks einzurichtenSeite 14
Globale Strukturpolitik statt
InsellösungenSeite 16
Es begann in RioSeite 17
Nach Rio geht es weiterSeite 18
Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ..Seite 20

Armut und Umwelt – zwei Seiten derselben Medaille

Soziale Gerechtigkeit:
Basis erfolgreicher GesellschaftenSeite 22
Armut und Umweltzerstörung –
ein TeufelskreisSeite 24
Der deutsche Beitrag:
das Aktionsprogramm 2015Seite 26
Kein Land kann von außen
entwickelt werdenSeite 28
Wirtschaft und Entwicklungspolitik
gehen neue WegeSeite 29

Energie und Klima – wenn der Motor des Wirtschaftens zu heiß läuft

Schlechte Energieversorgung
als BremsklotzSeite 30
Mit Kohle und Öl in die
Klimakatastrophe?Seite 30
Klimaschutz –
eine internationale AufgabeSeite 32
Das Ziel: Weniger TreibhausgaseSeite 34
An das Unvermeidliche anpassenSeite 38
Das entwicklungspolitische
Klimaschutzprogramm der
BundesregierungSeite 39

Boden schützen – Nahrung sichern

Wenn die Saat nicht aufgeht...	Seite 40
Ein weltweites Problem	Seite 42
Den Verlust an fruchtbarem Boden stoppen:	
die Desertifikationskonvention	Seite 43
Viele Wege aus der Wüste – die Entwicklungszusammenarbeit handelt auf vielen Ebenen	Seite 45
Nicht nur Männersache	Seite 48

Wasser – ein knappes Gut

Wasser ist der Grundstoff des Lebens	Seite 50
Verschwendet, verschmutzt, umkämpft:	
Süßwasser wird rar	Seite 51
Nachhaltige Wassernutzung – Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit	Seite 53
Einer muss die Initiative ergreifen – die Bonner Süßwasserkonferenz	Seite 57

Biodiversität – Vielfalt für die Zukunft

Vielfalt eröffnet Perspektiven	Seite 58
Artensterben – eine schleichende Gefahr	Seite 60
Nutzen und schützen:	
Die Biodiversitätskonvention	Seite 61

Wald – nicht nur zum Spazieren gehen

Der Wald hat es in sich	Seite 66
Und täglich schrumpft der Wald	Seite 68
Es hilft nicht, den Wald einzuzäunen	Seite 70

Ohne Ressourcenschutz kein Frieden

Sicherheit: mehr als die Abwesenheit von Krieg	Seite 74
Weniger Ressourcen, mehr Menschen:	
Nährboden für Konflikte	Seite 76
Krisenursachen abbauen, Konflikte friedlich lösen	Seite 78

Ihr Beitrag ist gefragt

Umweltschutz geht uns alle an	Seite 82
Bewusster genießen statt verzichten	Seite 83
Persönliches Engagement:	
Mitgliedschaft oder Ehrenamt	Seite 88
Lassen Sie andere von Ihrem Wissen profitieren	Seite 89
Spenden	Seite 90

Wenn Sie mehr wissen wollen: Adressen und Literatur (Auswahl)

Zum Thema nachhaltige Entwicklung	Seite 91
Zum Thema Umweltschutz	Seite 92
Zum Thema Ernährung	Seite 93
Zum Thema Wasser	Seite 93
Zum Thema Energie und Ökostrom	Seite 94
Zur Agenda 21 und zur Lokalen Agenda 21	Seite 94
Zum Thema Fairer Handel	Seite 95

Fotonachweis	Seite 96
---------------------	----------

Impressum	Seite 97
------------------	----------

Vorwort



Wir erleben gegenwärtig eine immer stärkere Verflechtung der verschiedenen Regionen der Welt. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen – sei es in Politik und Wirtschaft, bei Umweltproblemen oder im kulturellen Bereich – überall spüren wir: Was in einem Teil dieser Erde geschieht, lässt den anderen nicht unberührt. In erschreckender Weise bewies dies nicht zuletzt der Terror des 11. September 2001.

Nur gemeinsam können wir in unserer Einen Welt Lösungen finden, Zukunftschancen eröffnen sowie Frieden, Sicherheit und Wohlstand fördern.

Unserem Entwicklungsverständnis liegt dabei das Leitbild zu Grunde: Armut bekämpfen, Frieden sichern, Globalisierung sozial und ökologisch gestalten.

Die vorliegende Broschüre ist Teil einer Publikationsreihe, welche die verschiedenen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung, für die wir uns gemeinsam mit unseren Partnern in den Entwicklungsländern einsetzen, näher beleuchtet. Um das Überleben der Menschheit zu sichern, Konflikte um knapper werdende Ressourcen zu entschärfen und auch künftigen Generationen Entwicklungsoptionen offen zu halten, müssen die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit gesichert werden. Hierzu kann und muss jeder Staat, jede gesellschaftliche Gruppe sowie jede Bürgerin und jeder Bürger einen Beitrag leisten. Es geht um unser aller Zukunft!

Heidemarie Weisweiler-Zent

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Globale Strukturen nachhaltig und gerecht gestalten

- **Werden wir auch zukünftig im Wohlstand leben?**
- **Bedrohen uns Kriege oder Terrorismus?**
- **Wie wird sich unser Klima in den nächsten Jahren verändern?**

Fragen wie diese lassen sich längst nicht mehr für Deutschland allein beantworten. Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft oder Konsumverhalten – kurz, unser ganzes Leben und unser Alltag sind längst eng mit anderen Ländern und Regionen der Erde verknüpft und verflochten. Ein dichtes Netz wirtschaftlicher, technologischer und kultureller Verbindungen umspannt den Globus. Auf vielfältige Weise profitieren wir davon: exotische, aber auch alltägliche Lebensmittel auf dem Wochenmarkt, Musik aus aller Welt, Urlaub in fernen Ländern... Die Globalisierung schafft neue Chancen für Wachstum, Beschäftigung und Einkommen. Doch andererseits birgt sie Risiken: Probleme bleiben nicht auf vermeintlich ferne Weltregionen begrenzt. Schon gar nicht lassen sie sich im Alleingang lösen.

Zudem führt Globalisierung nicht von sich aus zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. An großen Teilen der Menschheit gehen die positiven Entwicklungen der Globalisierung derzeit vorbei. Die Ungleichheit zwischen armen und reichen Ländern wächst, die natürlichen Ressourcen sind bedroht. Globalisierung bedarf daher einer aktiven politischen Gestaltung – in unser aller Interesse.

Ein dichtes Netz wirtschaftlicher, technologischer und kultureller Verbindungen umspannt den Globus und verknüpft Industrie- und Entwicklungsländer. Probleme lassen sich längst nicht mehr im Alleingang lösen.

Nachhaltige Entwicklung: eine Herausforderung für alle

Menschenwürdige Lebensbedingungen in den Partnerländern schaffen helfen – das ist das Ziel der deutschen Entwicklungspolitik. Wenn die Menschen in diesen Ländern die Chance bekommen, ihre Lebenssituation zu verbessern, trägt das auch zur Zukunftssicherung bei uns bei. Um dieses Ziel zu erreichen, folgt die Entwicklungspolitik einem ganzheitlichen Ansatz: dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Denn die verschiedenen Bereiche oder Dimensionen entwicklungspolitischen Handelns sind eng miteinander verzahnt. In einem Bereich allein lassen sich keine Erfolge erzielen, wenn man die Wechselwirkungen mit anderen Bereichen außer Acht lässt. Die deutsche Entwicklungspolitik verknüpft daher eng die vier Dimensionen ihres Handelns:

■ Wirtschaftliche Leistungssteigerung

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in den armen Ländern versucht mit großer Energie und Kreativität, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Damit sich dieses Potenzial entfalten kann, zielt die Entwicklungszusammenarbeit darauf, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Insbesondere müssen die armen Bevölkerungsgruppen von der Entwicklung profitieren. Wirtschaftswachstum ohne soziale Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit ist nicht nachhaltig und birgt den Keim für Konflikte in sich.

■ Soziale Gerechtigkeit

Eine effektive Schuldentilgung für die 20 ärmsten Länder der Welt würde 5,5 Milliarden Dollar kosten, etwa so viel wie der Bau von Euro-Disneyland. Die Wohlstandskluft zwischen den reichen und den armen Ländern hat sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich vergrößert. 70 Prozent der Menschen, die in Armut leben, sind Frauen. Wirkliche Entwicklung muss darauf achten, dass alle Menschen und gerade die sozial Benachteiligten an der Entwicklung teilhaben. Entwicklungs-

politik setzt auf armutsmindernde Rahmenbedingungen und auf sozialen Ausgleich.

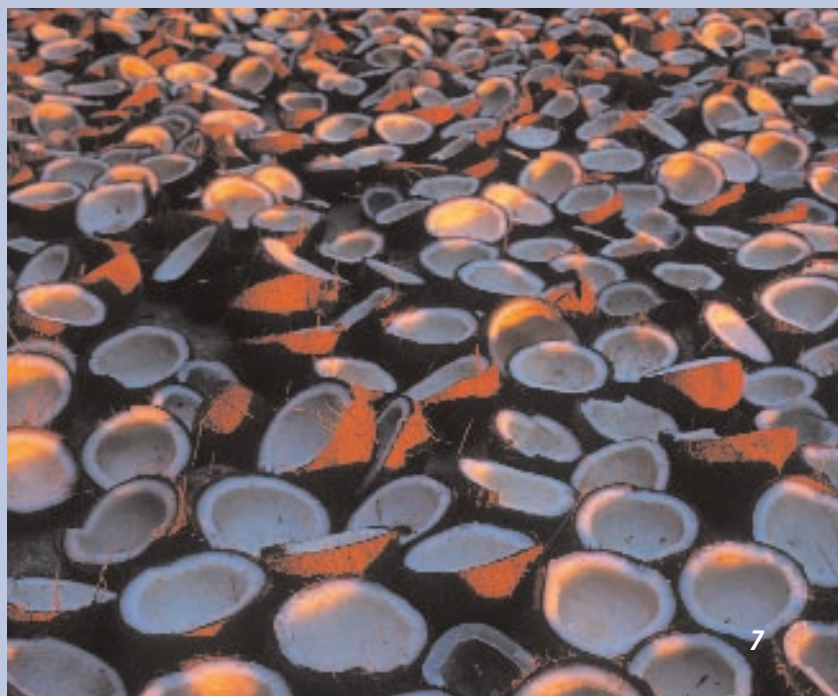
■ Ökologische Nachhaltigkeit

Entwicklung auf Kosten der natürlichen Ressourcen und Lebensräume führt zu keinem Fortschritt. Im Gegenteil: Sie verschlechtert gerade die Lebenssituation der Ärmsten fatal. Von den Folgen – Umweltzerstörung und Konflikte um knappe Ressourcen – sind unweigerlich auch die reichen Länder betroffen. Die Probleme in den armen Ländern lassen sich nur auf nachhaltigem Wege lösen: Die natürlichen Ressourcen als Lebensgrundlage aller Menschen zu erhalten, liegt auch in unserem Interesse.

■ Politische Stabilität

Zu oft machen Kriege, Unruhen oder politische Instabilität die Entwicklungsanstrengungen armer Länder zunichte. Frieden, Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung sind unabdingbare Vorbedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung. Gleichzeitig ist Armut ein Nährboden für politische Instabilität. Armutsbekämpfung ist daher immer auch ein Beitrag zu Frieden und politischer Stabilität. Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt Regierungen und Zivilgesellschaft der Partnerländer bei ihren Bestrebungen, demokratische und partizipative Strukturen aufzubauen. Auch der Kampf gegen Korruption hat hier eine große Bedeutung.

Entwicklung auf Kosten der Umwelt: Monokulturen, etwa riesige Kokosplantagen, fördern kurzfristig die Wirtschaft, zerstören aber das ökologische Gleichgewicht.





Um menschenwürdige Lebensbedingungen für alle zu schaffen, reichen Einzelprojekte nicht aus. Auch die globalen Strukturen müssen verändert werden.

Die Aufgabe: Strukturen für die Zukunft schaffen

Ökologische, soziale und ökonomische Entwicklung gehören zusammen – das war nicht zuletzt eine Kernaussage der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro und des UN-Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg.

Punktuelle Hilfe – so notwendig sie ist – reicht daher nicht aus, um grundsätzliche Verbesserungen zu erzielen. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir keinen Einfluss nehmen können auf weltweite Prozesse und Entwicklungen. Es gilt, dazu beizutragen, nationale und internationale Strukturen zu verändern. Denn das ist die Voraussetzung, um menschenwürdige Lebensbedingungen in den Partnerländern zu schaffen, um die Armut auf der Welt grundlegend zu verringern und eine zukunftsfähige – also nachhaltige und sozial ausgewogene – wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Und nicht zuletzt, um die knappen natürlichen Ressourcen gerecht zu verteilen und damit Konflikte im Kern zu vermeiden.

Entwicklungspolitik: auf vielen Ebenen aktiv

Die deutsche Entwicklungspolitik versteht sich daher als wichtiger Bestandteil einer globalen Struktur- und Friedenspolitik. Um Strukturen für die Zukunft zu schaffen, ist sie auf verschiedenen Ebenen aktiv:

- **International:** Sie wirkt auf Strukturen hin, die zum Beispiel den Entwicklungsländern einen gleichberechtigten Zugang zum Weltmarkt eröffnen. Etwa durch Zollsenkungen für die Güter, mit denen die armen Länder wettbewerbsfähig sind – Agrarprodukte, Textilien, Kleidung, Lederwaren.

- Auf nationaler Ebene: Die Entwicklungspolitik unterstützt die Anstrengungen der Partnerländer, Strukturen aufzubauen, die eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Zudem sollen alle Bereiche der Politik auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet sein.
- In Deutschland unterstützt sie einen Struktur- und Bewusstseinswandel in Richtung Nachhaltigkeit.

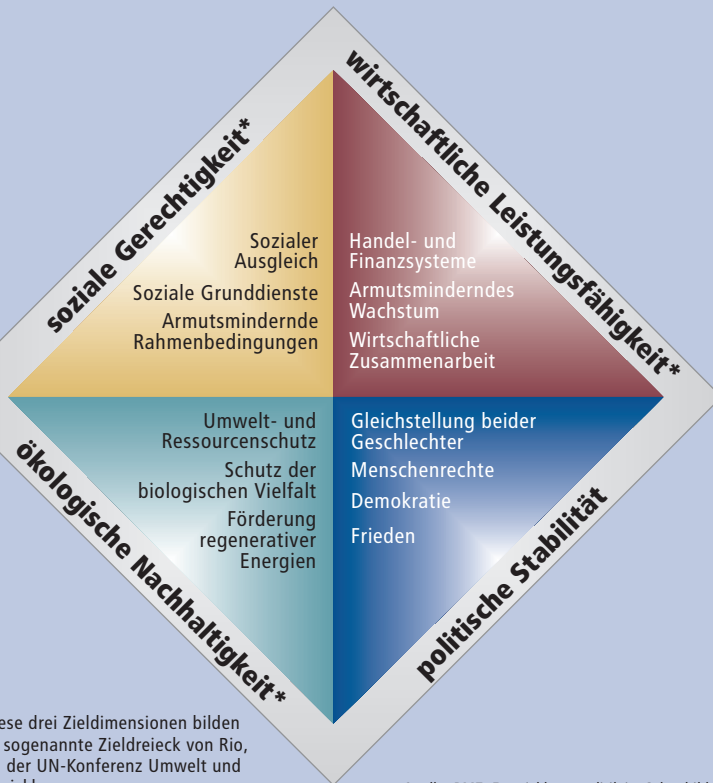
Alleingänge sind nicht gefragt

Auf der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro wurde nachhaltige Entwicklung zum Leitbild der Politik für das 21. Jahrhundert erklärt. Mit der Agenda 21 wurde dort ein Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung formuliert – mit Handlungsempfehlungen für alle Politikbereiche. In den folgenden Jahren wurden wichtige internationale Übereinkommen dazu getroffen. Sie sind ein wirksames Instrument zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. Die Klimarahmenkonvention, die Biodiversitätskonvention und die Desertifikationskonvention sind Beispiele dafür. Die deutsche Entwicklungspolitik leistet wichtige Beiträge für die Umsetzung dieser Abkommen.

US-Außenminister Powell spricht vor dem Plenum des UN-Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg am 4.9.2002.



Die vier Zieldimensionen der deutschen Entwicklungspolitik



Die Industrieländer stehen in der Verantwortung

Für die Lösung der zentralen Zukunftsfragen der Welt sind nicht nur die Entwicklungsländer verantwortlich. Im Gegenteil: Europa, Australien, Japan und Nordamerika verbrauchen rund 80 Prozent der weltweit zur Verfügung stehenden Rohstoffe, ihre Einwohner verfügen über 83 Prozent des Welteinkommens, sie verzehren 60 Prozent aller Nahrungsmittel – und stellen dabei nur 22 Prozent der Weltbevölkerung. Die reichen Länder belasten mit ihrer Wirtschafts- und Lebensweise die Umwelt weit stärker, als es die ärmeren allein von ihrer Wirtschaftskraft her überhaupt könnten. Entscheidende Entlastungen des Öko-Systems können also nur die Industrieländer erreichen. Partnerschaftliche Zusammenarbeit ist also gefragt: Die Industrieländer müssen ebenso ihren Beitrag leisten wie die Länder des Südens. Zudem verfügen sie über Mittel und Technologien, um die armen Länder bei ihren Bemühungen zu einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen.

Der Beitrag der Entwicklungsländer

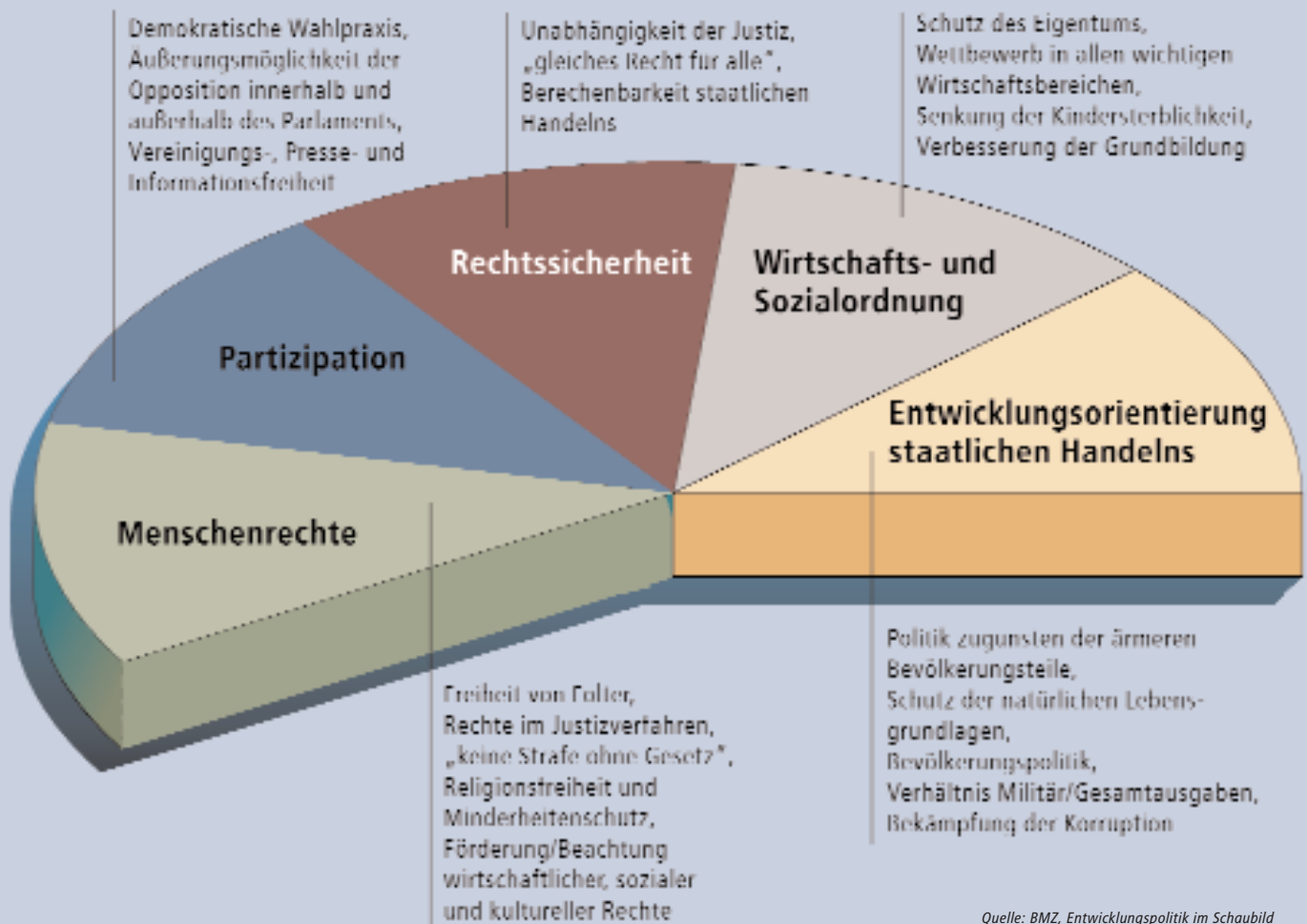
Doch ohne eigene Anstrengungen der Entwicklungsländer hat eine ausländische Unterstützung keine Aussicht auf Erfolg. Denn kein Land kann von außen entwickelt werden. Die Partnerländer in Asien, Afrika und Lateinamerika müssen also entwicklungsfördernde politische Strukturen schaffen. Demokratie, Mitwirkung der Zivilgesellschaft und Gleichberechtigung der Geschlechter sind wesentliche Bestandteile solcher Strukturen.

Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit

Wo die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer nicht ausreichen, um etwa die Regenwälder zu erhalten, den Wasserhaushalt einer Region zu schützen oder Bildung allen zugänglich zu machen, fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit entsprechende Programme und Projekte. Dazu gehört auch die Beratung der Regierungen und Verwaltungen.

Entwicklung muss von innen kommen – Beiträge der Partnerländer

Bereiche für Verbesserungen:



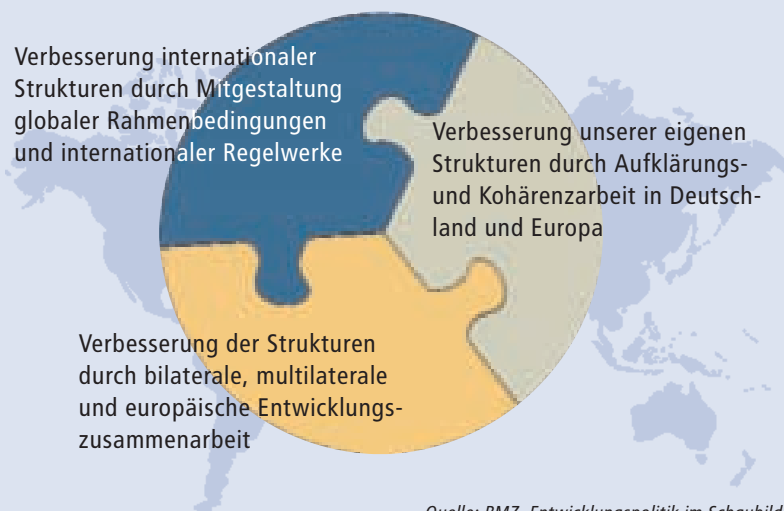
Quelle: BMZ, Entwicklungspolitik im Schaubild

Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit

Umweltschutz ist eine der zentralen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Broschüre beschreibt Ziele, Instrumente, Ansatzpunkte und Herausforderungen der deutschen Entwicklungspolitik in diesem Schlüsselbereich.

Die BMZ-Veröffentlichungen zu den Schwerpunktthemen Demokratie und Partizipation sowie Wirtschaft und Soziales beleuchten diese Schlüsselbereiche. Diese Broschüre konzentriert sich im Folgenden auf die Themen „Armut“, „Energie und Klima“, „Boden“, „Wasser“, „Biodiversität“, „Wald“ und „Ressourcenschutz“.

Entwicklungspolitik als Baustein globaler Strukturpolitik – Handlungsfelder



Quelle: BMZ, Entwicklungspolitik im Schaubild

Umwelt und Ressourcen schützen – ein Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik

Umweltzerstörung – Problem der Armen?

Umweltzerstörung, Raubbau an natürlichen Ressourcen – das sind Probleme, die vielen Menschen bewusst sind. Bekannt ist auch, dass die Folgen der Umweltzerstörung nicht an Landesgrenzen Halt machen. Weniger bekannt sind dagegen das Ausmaß und die Auswirkungen der Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern. Umweltschäden machen viele Entwicklungserfolge dieser Länder zunichte.

Ein Beispiel: Durch menschliche Eingriffe ist in Afrika seit 1950 mehr als die Hälfte des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens unfruchtbar geworden. Die Folgen für das Leben der Menschen und die Wirtschaft ihrer Länder sind enorm. Besonders die Armen leiden darunter.

Wo Luftverschmutzung krank macht

Ein anderes Beispiel: Die großen Waldbrände in Südostasien seit 1998 haben die Luft dort enorm verschmutzt. Viele Menschen erkrankten. Das hat die Gesundheitssysteme dieser Länder mit vielen Milliarden Euro zusätzlicher Kosten belastet. Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt, dass etwa 25 Prozent aller vermeidbaren Krankheiten umweltbedingt sind.

Schätze im Regenwald

Wenn in den Ländern des Südens die Umwelt zerstört wird, ist das nicht nur ein Problem der Menschen in den armen Ländern. Es betrifft auch die Industrieländer. So ist etwa die biologische Vielfalt des Lebens auf der Erde – die so genannte Biodiversität – ein wichtiges Kapital für unsere Zukunft. Ein großer Teil dieses Artenreichtums findet sich in Entwicklungsländern. Allein die Regenwälder beherbergen rund 90 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten der Erde, darunter viele noch unbekannte Pflanzen, aus denen sich neue Medikamente entwickeln, Nutzpflanzen züchten oder neuartige Rohstoffe für die Industrie gewinnen lassen.

*Der Artenreichtum der Regenwälder ist ein Schatz,
der bislang nur zum Teil erschlossen wurde.*

Mit jeder Tier- oder Pflanzenart, die durch Umweltzerstörung ausgerottet wird, verschwinden unersetzliche genetische Informationen – ein immenser ökologischer, aber auch wirtschaftlicher Verlust.

Diese Beispiele erklären, warum Umwelt- und Ressourcenschutz einer der ausgewiesenen Schwerpunkte deutscher Entwicklungspolitik ist. Etwa ein Drittel aller Entwicklungsprojekte lässt sich derzeit diesem Schwerpunkt zuordnen.

Das Ziel: Armut bekämpfen, das Leitbild: Nachhaltigkeit

Umwelt- und Ressourcenschutz sind kein Selbstzweck. Sie sind dem obersten Ziel der deutschen Entwicklungspolitik untergeordnet: der weltweiten Bekämpfung der Armut. Es gilt, den Menschen in den armen Ländern die Chance zu eröffnen, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu sichern. Denn nur wer ohne Elend und Hunger lebt, zur Schule gehen kann und eine Arbeit hat, kann auch ein Leben in Würde und Selbstbestimmung führen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist ein intakter Lebensraum.

Erhalten statt Verbrauchen

Entwicklungspolitik will dazu beitragen, menschenwürdige Lebensbedingungen in den Partnerländern zu schaffen. Dazu muss sie vielfältige, miteinander verknüpfte soziale, wirtschaftliche, politische und ökologische Herausforderungen wirksam angehen. Die deutsche Entwicklungspolitik orientiert sich dabei am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung.

Dieses Leitbild fordert die wirtschaftliche, ökologische und soziale Verträglichkeit menschlichen Handelns. Dabei werden Umwelt und Entwicklung als Einheit betrachtet: Neben wirtschaftlichem Fortschritt und sozialer und politischer Entwicklung ist der Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen integraler Bestandteil nachhaltiger Entwicklung.



Nachhaltige Entwicklung – was ist das?

Nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass die heutige Generation ihren Enkeln und Urenkeln die Möglichkeit offen hält, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und einen eigenen Lebensstil zu wählen. Das geht nur, wenn mit endlichen Ressourcen Haus gehalten wird. Dahinter steht die Erkenntnis, dass Entwicklung und Armutsbekämpfung langfristig nicht auf Kosten der Lebensgrundlagen und Ökosysteme denkbar sind. Wirtschaftliches Wachstum, soziale Entwicklung und der Schutz der Umwelt müssen miteinander in Einklang stehen, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung wurde auf dem UN-Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 von der internationalen Staatengemeinschaft übernommen. Es gilt selbstverständlich nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern auch für die Industriestaaten.



Viele Menschen sind auf die Nutzung des Waldes angewiesen. Daher helfen gegen Raubbau keine Verbote, sondern nur die Verbindung von nachhaltiger Nutzung und Walderhaltung.

Dominikanische Republik: Holzkohle und Waldschutz

Rund 16.000 Familien produzieren im Südwesten der Karibikinsel Holzkohle. Die Köhler sind arm, ihr Leben ist hart. Der Markt für Holzkohle ist nicht groß, und jahrzehntelanger Raubbau hat den Wald stark ausgedünnt.

Bislang waren die Köhlerfamilien rechtlich nicht abgesichert. Notgedrungen fällten sie das Holz ohne Genehmigung. Daher hatten sie auch kein Interesse an Walderhaltung oder Aufforstung – man würde sie ja sowieso nach einer Weile vertreiben.

Ein deutsch-dominikanisches Projekt will die Wälder erhalten und das Leben der Menschen erleichtern. Von Anfang an wurde gemeinsam mit den Köhlerfamilien geplant und entschieden. Man fand Wege, den Wald schonend zu nutzen, ohne ihn zu schädigen. Nur so viele Bäume werden geschlagen, dass der Wald sich erholen kann. Die Köhler wurden dabei beraten, sich zusammenzuschließen. Gemeinsam können sie ihre Interessen besser vertreten. Inzwischen wurden ihnen die Rechte für den Holzeinschlag übereignet. Das gibt nicht nur Rechtssicherheit, sondern auch Zukunftsperspektive: Die Menschen engagieren sich nun, um „ihren“ Wald zu erhalten.

Die ersten Ergebnisse können sich sehen lassen: Der Baumbestand hat sich innerhalb von sechs Jahren mehr als verdoppelt. Direktvermarktung und neue Produkte haben einen bescheidenen Wohlstand gebracht.

Es reicht nicht, Naturparks einzurichten

Entwicklung ist ohne ökologische Nachhaltigkeit nicht denkbar. Aber Nachhaltigkeit ist mehr als nur klassischer Naturschutz. Die Aufgabe besteht darin, die Lebensbedingungen zu verbessern und Umwelt und natürliche Ressourcen für zukünftige Generationen zu bewahren – doch ohne den heute lebenden Menschen dabei die Existenzgrundlage zu entziehen.

Nicht gegen die Menschen...

Eine Strategie dabei ist der Schutz durch nachhaltige Bewirtschaftung. Um zum Beispiel die brasilianischen Regenwälder zu schützen, gilt es, die konkurrierenden Interessen in Einklang zu bringen: auf der einen Seite der Schutz der Wälder, denn Waldzerstörung ist eines der größten weltweiten Umweltprobleme. Auf der anderen Seite die notwendige Nutzung. Armut zwingt nämlich viele Bauernfamilien dazu, für ihr Überleben den Urwald zu roden, um neue Felder zu gewinnen. Verbote nützen nichts, wenn sie den Menschen ihre Lebensgrundlage nehmen. Waldschutz kann nicht gegen die Menschen, sondern nur mit ihnen Erfolg haben.

Um den Wald wirksam zu schützen, werden daher zum Beispiel gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung Methoden entwickelt, wie der Wald bewirtschaftet werden kann, ohne ihn zu zerstören. Wenn die Menschen von Anfang an beteiligt werden, der Wald für sie einen Wert bekommt, weil sie von ihm leben können und dürfen, dann funktioniert Waldschutz. Was dem Menschen nützt, das schützt er.

...sondern gemeinsam mit ihnen

Erfolgreiche Entwicklung geht immer von den betroffenen Menschen aus. Sie kennen die Probleme vor Ort am besten – und oft auch die Lösungsmöglichkeiten. Entwicklungsprojekte bauen auf ihrem Wissen und ihren Erfahrungen auf. Die Projekte liefern keine fertigen Lösungen, sondern ler-

nen von und mit den Menschen und ebnen ihnen den Weg für ihre eigenen Anstrengungen. Die Betroffenen werden intensiv beteiligt. Denn nur, wenn sie das Projekt mittragen, hat es dauerhaft Erfolg.

Gerade Umweltschutzprojekte haben das Ziel, dass die Menschen die Verantwortung für den Schutz ihrer Umwelt selbst übernehmen. Das erfordert in vielen Fällen auch eine Reform des Rechtssystems und der öffentlichen Verwaltung.

„Umweltpolitik, die in erster Linie auf die Erhaltung und den Schutz der Ressourcen ausgerichtet ist, (muss) auch in gebührender Weise auf diejenigen Menschen Rücksicht nehmen, die zur Sicherung ihrer Existenz auf diese Ressourcen angewiesen sind.“

Kapitel 3.3 der Agenda 21



Ökologische Nachhaltigkeit in der Praxis

Ökologische Nachhaltigkeit zielt darauf ab, die langfristige Funktionsfähigkeit der Ökosysteme zu erhalten. Sie folgt drei Grundsätzen:

- Natürliche Ressourcen dürfen nicht schneller verbraucht werden, als sie sich regenerieren können.
- Es dürfen nicht mehr schädliche Stoffe ausgestoßen werden, als die Umwelt abbauen oder aufnehmen kann, ohne Schaden zu nehmen.
- Die Nutzung natürlicher Ressourcen darf Menschen und Umwelt keinen Gefahren oder unvermeidbaren Risiken aussetzen.

Diese Grundsätze gelten auch für Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Dort werden sie in die Tat umgesetzt, indem zum Beispiel

- Kreislaufwirtschaft statt abfallträchtiger Wirtschaftsweisen eingeführt wird,
- alle Betroffenen bei der Lösung von Nutzungskonflikten beteiligt werden,
- die Kooperation aller beteiligten staatlichen, privaten und nichtstaatlichen Institutionen gefördert wird,
- neue Technologien für den Umwelt- und Ressourcenschutz gefördert werden,
- das Bewusstsein dafür geweckt wird, sparsam mit nichterneuerbaren Ressourcen umzugehen und umweltrelevante Standards einzuhalten.



Globale Strukturpolitik statt Insellösungen

Damit die armen Länder effektiv Umweltschutz betreiben können, müssen sie in ihrer Entwicklung vorankommen. Dazu wiederum müssen die Strukturen und Rahmenbedingungen stimmen – und zwar nicht nur in den Entwicklungsländern selbst, sondern auch global. Dabei arbeitet Entwicklungspolitik – als ein Bestandteil globaler Strukturpolitik – auf verschiedenen Ebenen:

- Auf internationaler Ebene initiiert sie im Umweltbereich internationale Verhandlungen, um weltweite ökologische Probleme zu lösen. Sie tritt dafür ein, dass Entwicklungsländer an diesen Verhandlungen gleichberechtigt beteiligt werden. Sie arbeitet darauf hin, dass internationale Vereinbarungen, Konventionen und Abkommen zum Umweltschutz eingehalten werden.
- Auf nationaler Ebene berät sie die Regierungen der Partnerländer bei ihrer Umweltpolitik. Zudem sollen Umweltaspekte auch in alle anderen Bereiche der Politik einfließen: Wirtschaftspolitik beispielsweise muss mit dem Umweltschutz in Einklang gebracht werden.
- Auf lokaler Ebene fördert die Entwicklungszusammenarbeit konkrete Vorhaben zum Schutz der Lebensgrundlagen und des Naturhaushalts.
- In Deutschland fördert sie durch Information das öffentliche Bewusstsein für die Belange der Entwicklungsländer.

UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg: Informationsaustausch am deutschen Stand.

Auf der UN-Konferenz für Umwelt und nachhaltige Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro stand zum ersten Mal das Leitbild der Nachhaltigkeit im Mittelpunkt.

Es begann in Rio...

Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro wurde das Leitbild nachhaltiger Entwicklung international anerkannt. Dahinter stand die Erkenntnis, dass wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und der Schutz der natürlichen Umwelt gleichwertige Ziele sind, die sich ergänzen.

...mit einem Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert

Das zentrale Ergebnis der Konferenz von Rio ist die „Agenda 21“. Sie ist ein Aktionsprogramm mit Handlungsempfehlungen für alle Bereiche aus Umwelt und Entwicklung. Die Agenda 21 fordert eine neue Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Sie umfasst wichtige entwicklungspolitische Ziele (etwa Armutsbekämpfung oder nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen Wasser, Boden und Wald) und wichtige Umweltziele (etwa die Reduzierung des Treibhauseffekts). Und sie schreibt vor, alle gesellschaftlichen Gruppen an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Die Agenda 21 setzt sich die Nachhaltigkeit als übergreifendes Ziel.

Ohne Strategien geht nichts

Allein durch kurzfristige Einzelprojekte ist das Leitbild der Nachhaltigkeit kaum zu verwirklichen. Um gesellschaftliche Interessenkonflikte auszugleichen und die Lebensgrundlagen für heutige wie für zukünftige Generationen zu sichern, sind langfristige Strategien gefragt.

Mit der Agenda 21 haben sich alle 179 Unterzeichnerstaaten verpflichtet, nationale Strategien für eine nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Die Industriestaaten haben zugesagt, Entwicklungsländer bei der Erfüllung dieser Verpflichtung zu unterstützen.



Algerien: Neue Strategien für die Umweltpolitik

Umweltthemen sollen bei der Entwicklung Algeriens zukünftig eine größere Rolle spielen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit berät dazu das Umweltministerium bei politischen Reformen sowie bei der Ausarbeitung einer Kommunikationsstrategie. Mit den Kommunen entwickelt sie ein kommunales und industrielles Umweltmanagement, das zukünftig landesweit verbreitet werden soll. Mit deutscher Beratung gehen die algerischen Partner wesentliche Probleme im Umweltsektor an:

- Schutz der Trinkwasserressourcen,
- städtische und industrielle Abwasser- und Abfallentsorgung,
- Siedlungs- und Industrialisierungsdruck auf die Küstenregion sowie Meeresverschmutzung
- die Degradierung der Böden (Wälder, Wüste und Steppen) als Folge von Überweidung, nicht angepassten landwirtschaftlichen Methoden und ungeklärten Besitzverhältnissen,
- unzureichende institutionelle Strukturen des Umweltschutzes.

Unter Mitarbeit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) wurde im Auftrag der Weltbank gemeinsam mit der algerischen Regierung ein nationaler Umweltaktionsplan (Plan d'Action National pour l'Environnement) aufgestellt. Er wurde aus einer nationalen Strategie für eine nachhaltige Entwicklung abgeleitet und beschreibt die zehn wichtigsten Ziele und Aktionen der nächsten zehn Jahre sowie Finanzierungsmöglichkeiten.

Unter Beteiligung von Weltbank, Welt-Entwicklungsfonds, UNDP, UN-Umweltprogramm, EU-Kommission, GTZ und dem Arabischen Fonds für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung soll dieser Plan weiter im öffentlichen Bewusstsein verankert und ein Finanzierungsrahmen erarbeitet werden.

Zukünftig wird die deutsche Entwicklungszusammenarbeit weiterhin nationale Umweltpolitiker fördern, insbesondere regionale Strukturen sowie universitäre, nichtstaatliche und relevante privatwirtschaftliche Akteure.

Mauretanien: Politikberatung zur Nachhaltigkeit

In dem nordafrikanischen Land leistet die Bundesregierung wichtige Beiträge zur Verbindung von Wirtschafts- und Umweltpolitik. Die Beratung zu Umweltpolitik, Wirtschaftspolitik und Bekämpfung der Armut wird verknüpft und in Einklang gebracht, um die weitere Entwicklung des Landes nachhaltig zu gestalten. Grundlage dieser erfolgreichen Regierungsberatung ist die langjährige Zusammenarbeit bei Fischerei und Wanderviehhaltung.

Die Küste Mauretaniens gehört zu den fischreichsten Gewässern der Welt. Im neuen Fischerei-Abkommen mit der EU konnte die Überfischung gewisser Arten – in erster Linie durch spanische Fischer – reduziert werden. Derzeit entsteht eine eigene mauretanische Fischereiindustrie, die auf nachhaltige Bewirtschaftung ausgerichtet ist.

Im trockenen Landesinneren Mauretaniens sorgen wandernde Viehherden für rund 80 Prozent des Wirtschaftsaufkommens. Hier gilt es, die Wüstenbildung zu verhindern und die Viehhaltung als wichtige Einkommensquelle der Menschen zu erhalten. Dazu müssen neue Verhaltensmuster und Regeln für die Nutzung von Wasser und Weideflächen entwickelt werden.



Internationale Abkommen schützen vor Überfischung – auch das gehört zum nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen.

Nach Rio geht es weiter

Seit dem Erdgipfel von Rio wird in vielen Konferenzen und Verhandlungen daran gearbeitet, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in die Praxis umzusetzen. Beispielsweise haben Industrie- und Entwicklungsländer mit deutscher Beteiligung Leitlinien entwickelt, die es den Entwicklungsländern erleichtern, eigene Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten und umzusetzen.

Kern dieser Leitlinien: Nachhaltigkeit ist mehr als „nur“ Umweltschutz. Zwar ist der schonende Umgang mit unser aller Lebensgrundlagen von essenzieller Bedeutung. Doch zu nachhaltiger Entwicklung gehören neben ökologischem Gleichgewicht auch soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ein stabiler, demokratischer Rahmen.

Wie in Rio vereinbart, unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Partnerländer dabei, ihre eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln. Denn einen strategischen Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten und dabei alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen, ist nicht einfach. Oftmals mangelt es an den elementarsten Voraussetzungen dafür. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hilft dabei auf vielfältige Weise: Sie berät die Politik und gibt Finanzierungshilfen. Zudem stärkt sie zivilgesellschaftliche Institutionen – Verbände, Genossenschaften, nichtstaatliche Organisationen –, die so ihren Beitrag zur Nachhaltigkeitsstrategie leisten können.

Wenn die eine Hand nicht weiß, was die andere tut

Die Umweltministerien vieler Entwicklungsländer haben das Leitbild der Nachhaltigkeit bereits übernommen. Das reicht allerdings nicht aus: Dieses Leitbild muss auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gelten, damit sich die verschiedenen Bereiche der Politik nicht widersprechen. Nur wenn die gesamte Politik eines Landes sich auf Nachhaltigkeit ausrichtet, können nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz auch ihre ökonomisch und sozial positiven Wirkungen entfalten.

Zwei Beispiele dafür: Eine Reform des Bodenrechts kann nachhaltige Methoden der Landwirtschaft und die Erhaltung der Bodenqualität fördern, die Rolle der Frauen stärken und für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Eine gezielte Besteuerung des Energieverbrauchs verstärkt den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Wer Nachhaltigkeit fordert, muss sie selbst praktizieren

Etwa 20 Prozent der Weltbevölkerung leben heute in den Industrieländern. Sie verbrauchen jedoch etwa 70 Prozent der Weltressourcen und sind für einen großen Teil der schädlichen Emissionen verantwortlich. Am Beispiel Weltklima verdeutlicht: Die Industrieländer produzieren etwa drei Viertel des Kohlendioxids (CO_2), das den Klimawandel mit verursacht. Die Folgen des Klimawandels werden dagegen die ärmsten Länder am härtesten treffen. Betroffen sind aber auch die zukünftigen Generationen aller Länder. Denn die Erderwärmung wird sich vorerst fortsetzen, auch wenn die CO_2 -Produktion reduziert wird. Die mittlere Verweildauer von CO_2 in der Atmosphäre liegt bei mehr als 100 Jahren.

Das Beispiel CO_2 zeigt, dass nachhaltige Entwicklung nicht nur ein Thema für die Entwicklungsländer ist. Im Gegenteil: Die reichen Länder tragen als Hauptverursacher der weltweiten Umweltschäden die größere Verantwortung. Doch derzeit gehören die Industriestaaten in punkto Nachhaltigkeit quasi zu Entwicklungsländern.



Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Daher hat sich Deutschland – wie die anderen Industrieländer – 1992 in Rio dazu verpflichtet, eine eigene nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Diese Strategie wurde unter Einbeziehung der Öffentlichkeit, gesellschaftlicher Akteure und der Ministerien erarbeitet und im April 2002 per Kabinettsbeschluss angenommen. Mit 21 Zielen und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung zeigt sie Perspektiven für Deutschland im 21. Jahrhundert. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung wird auf die Bereiche Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung bezogen. Die Strategie zielt unter anderem auf Ressourcenschonung, Reduktion der Treibhausgase, Ausbau der Energie aus regenerativen Energiequellen, Senkung des Flächenverbrauchs durch Straßen und Siedlungen, Verringerung der Staatsverschuldung, Verbesserung der Luftqualität und Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit.

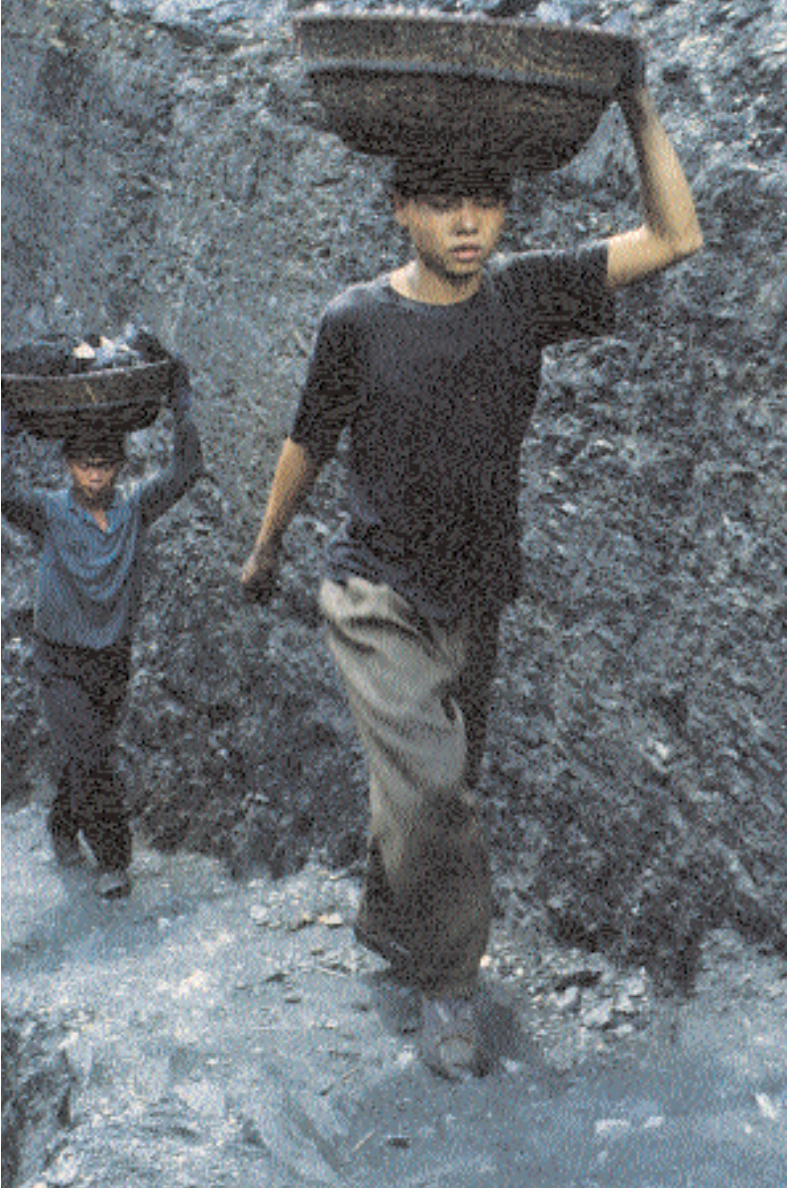
Im Vordergrund stehen auch Handlungsfelder wie zukunftsfähige Energieversorgung, umweltver-

trägliche Mobilität und eine Neuorientierung bei Agrarpolitik und Verbraucherschutz. Ein eigenes Kapitel ist der globalen Verantwortung Deutschlands gewidmet, insbesondere der Entwicklungspolitik und der internationalen Umweltpolitik.

Blick über den Tellerrand

Natürlich umfasst die Strategie nicht nur den Umweltschutz, sondern auch ökonomische und soziale Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung für Deutschland. Zudem schaut sie über den Tellerrand: Wie wirken sich Konsum und Veränderungen bei uns auf die Entwicklungsländer und die Menschen dort aus? Eine wichtige Frage, denn in Anbetracht der engen globalen Verknüpfungen wird eine nachhaltige Entwicklung in den reichen Ländern nicht funktionieren, solange die Kluft zu den armen Ländern wächst. Auch das globale ökologische Gleichgewicht lässt sich auf Dauer nicht bewahren, wenn in den Entwicklungsländern weiter die Umwelt zerstört wird oder veraltete, umweltschädliche Technik in die armen Länder exportiert wird. Eine Strategie für mehr Nachhaltigkeit bei uns kann die Entwicklungsländer nicht außen vor lassen.





Kinderarbeit – eins der vielen Gesichter der Armut.

„Die Globalisierung eröffnet uns große Chancen, ihr Nutzen ist jedoch derzeit sehr ungleich verteilt. Wir sollten sicherstellen, dass die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen wird und nicht Milliarden im Elend lässt.“

*UN-Generalsekretär Kofi Annan im UN Bericht
„We the People. The Role of the United Nations in the 21st century“, April 2000*

„Entwicklungspolitik, deren primäres Ziel die Steigerung der Güterproduktion ist, wird früher oder später zu einem Rückgang der Produktivität führen, was sich wiederum ebenfalls negativ auf die Armut auswirken könnte. Eine konkrete Strategie zur Armutsbekämpfung ist daher eine der Grundvoraussetzungen für eine gesicherte nachhaltige Entwicklung“.

(Agenda 21, Kapitel 3.2.).

Armut und Umwelt – zwei Seiten derselben Medaille

Soziale Gerechtigkeit: Basis erfolgreicher Gesellschaften

Der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten gesunken, doch die Bekämpfung der Armut ist unverändert eine zentrale Aufgabe. Vor rund dreißig Jahren gab es noch etwa 960 Millionen Hungernde. Damals lebten in den Entwicklungsländern allerdings nur 2,6 Milliarden Menschen. Heute sind es bereits 4,6 Milliarden, während die Zahl der hungernden Menschen auf rund 800 Millionen zurückgegangen ist.

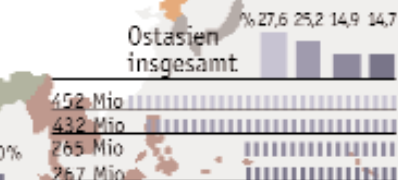
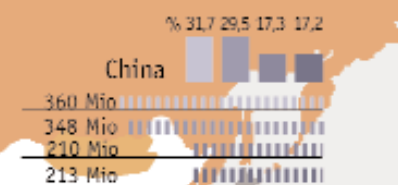
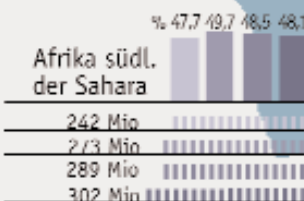
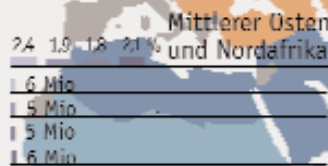
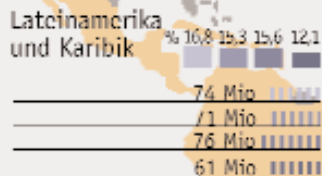
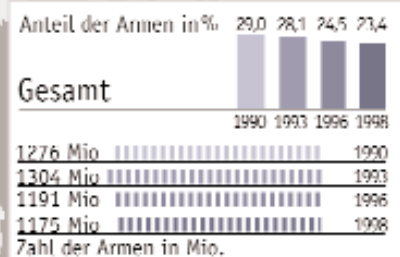
Doch immer noch müssen rund 1,2 Milliarden Menschen – etwa ein Fünftel der Menschheit – mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen. Die UN-Generalversammlung in Genf beschloss im Juni 2000, den Anteil der absolut Armen und Hungernden an der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Diese Politik wird auch von der deutschen Bundesregierung unterstützt.

Armut hat viele Gesichter: Hunger, Mangelernährung, schlechte Gesundheit, niedrige Lebenserwartung, hohe Kindersterblichkeit, schlechte Wohnbedingungen... Armut bedeutet aber auch, den Risiken des Lebens hilflos ausgeliefert zu sein. Krankheit, schlechte Ernte oder Naturkatastrophen – für arme Menschen geht es in solchen Fällen um das nackte Überleben. Wer keine Bildung und keinen Einfluss hat, kann der Armut nicht entfliehen und auch seinen Kindern keinen Weg aus der Armut weisen. Arme Menschen sind von wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens ausgeschlossen, fühlen sich machtlos, haben keine Chance, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten.

Sozial und ökologisch verträgliches Wachstum...

Wirtschaftliches Wachstum ist eine Voraussetzung, um die Armut zu verringern. Doch Wirtschaftswachstum reduziert die Armut nicht automatisch. Manche Länder verzeichnen ein rasches Wachstum,

Regionale Verteilung der extremen Armut in Entwicklungs- und Transformationsländern



Quelle: Weltbank, World Development Reports, Global Economic Prospects and the Developing Countries 2000/2001

ohne dass sich die Situation der Armen nennenswert verbessert. In anderen Ländern wächst die Wirtschaft langsamer, dennoch geht die Armut schneller zurück.

Wichtig ist offensichtlich, dass der wirtschaftliche Fortschritt so abläuft, dass er auch den Armen zugute kommt: Schafft das Wachstum Arbeitsplätze? Wird der neu gewonnene Wohlstand des Landes in die Bekämpfung der Armut investiert, also etwa in das Bildungs- und Gesundheitswesen? Ist das Wachstum ökologisch verträglich oder wird Raubbau an der Natur betrieben und die Umwelt verschmutzt?

...statt Ungleichheit und soziale Spannungen

Armut und Ungleichheit können zu sozialen Spannungen führen und die Gesellschaft so destabilisieren, dass alle Entwicklungserfolge zunichte gemacht werden. Letztlich sind Armut und Ungleichheit auch eine Gefahr für den weltweiten Frieden. Und: Wenn die Armen keine Möglichkeit haben, zur Entwicklung beizutragen, bedeutet Armut auch einen Verlust an schöpferischem Potenzial für die ganze Gesellschaft.

Langfristig erfolgreicher sind daher jene Länder, in denen auch die armen Bevölkerungsgruppen angemessen am Wirtschaftswachstum teilhaben und gesellschaftlichen und politischen Einfluss gewinnen können.

Auch die Weltbank hat in ihrem Weltentwicklungsbericht 2001/2002 festgestellt: Zu effektiver Armutsbekämpfung gehören neben besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Menschen auch die Chancen auf politischen Einfluss und Zugang zu sozialen Sicherungssystemen.

Armutsbekämpfung ist vernünftig

Die Kluft zwischen Arm und Reich abzubauen, ist ein Gebot der sozialen Verantwortung und der Vernunft. Armutsbekämpfung ist daher ein zentrales Ziel der deutschen Entwicklungspolitik.

Armut ist nicht zuletzt das Ergebnis der ungleichen Ausgangssituation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, von ungerechten Herrschaftsstrukturen und Interessengegensätzen. Es gilt auch, diese Ursachen der Armut anzugehen.

Auch der Internationale Währungsfonds und die Weltbank – also jene internationalen Finanzinstitutionen, welche die Entwicklung in den armen Ländern mit Krediten fördern – haben sich inzwischen vorgenommen, ihre Programme zur Strukturanpassung der Entwicklungsländer nicht mehr nur auf ein rein ökonomisches Wachstum, sondern verstärkt auf die Armutsbekämpfung auszurichten.



Armut und Umweltzerstörung – ein Teufelskreis

Es scheint ein Teufelskreis zu sein: Umweltzerstörung macht die Menschen arm, und Armut führt zu Umweltzerstörung. Wo die Menschen keinen Zugang zu natürlichen Ressourcen – etwa zu fruchtbarem Boden, Wasser oder Brennholz – haben, verschärft sich die Armut. Andererseits zwingt Not die Menschen oft dazu, ihre Umwelt massiv zu schädigen.

Ist beispielsweise fruchtbarer Boden knapp oder sind die Nutzungsrechte für gute Böden ungleich verteilt, werden arme Bevölkerungsgruppen dazu getrieben, karge Gebiete zu bebauen, die dieser Belastung eigentlich nicht gewachsen sind. Das führt zu „Übernutzung“, wie die Fachleute es nennen: Der Boden wird so ausgelaugt, dass nach einiger Zeit noch weniger wächst als zuvor. Ergebnis: Die Armen werden ärmer – und müssen auf noch schlechtere Böden ausweichen. Ein Teufelskreis, der ganze Landstriche veröden und endgültig unfruchtbar werden lässt und die Menschen aus ihrer Heimat vertreibt.

Schulden erlassen, Armut bekämpfen

Die „Initiative zur Unterstützung der ärmsten hoch verschuldeten Länder“ (HIPCs – Heavily Indebted Poor Countries) wurde auf dem Gipfel der acht wichtigsten Industrienationen 1999 in Köln von der Bundesregierung vorgeschlagen. Diese Entschuldungsinitiative sieht für eine begrenzte Zahl von Ländern, deren Schuldenlast ein tragbares Niveau überschreitet, Schuldenerleichterungen vor. Der Erlass der Schulden ist an Bedingungen gekoppelt. Die Entwicklungsländer sind verpflichtet, im Gegenzug die freiwerdenden Mittel in die Armutsbekämpfung zu investieren.

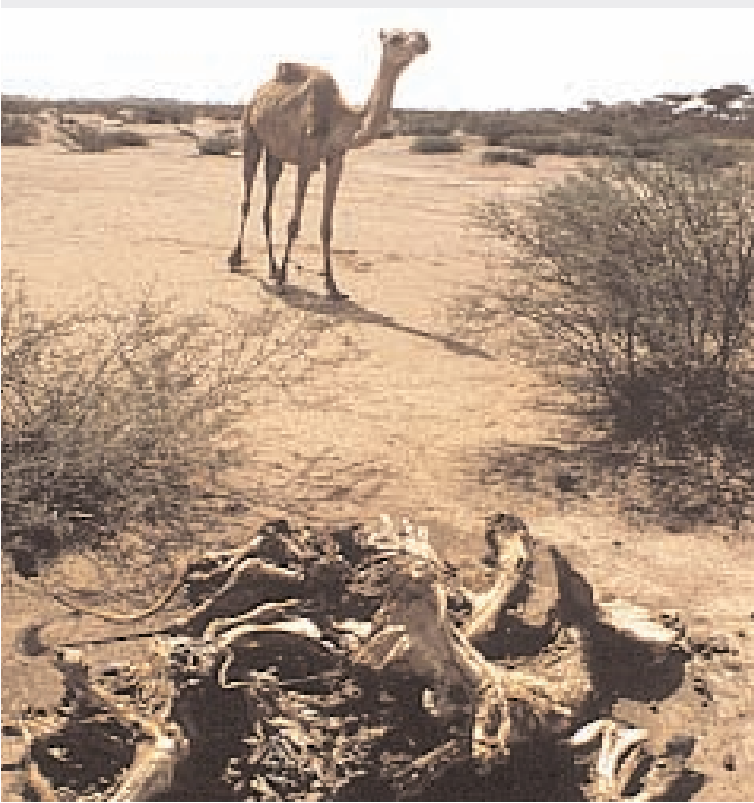
Gleichzeitig leiden arme Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich unter den Auswirkungen von Umweltzerstörung, Naturkatastrophen oder umweltbedingten Krankheiten. Ihnen fehlen einfach die Mittel, um Vorsorge zu treffen und sich zu schützen.

Umweltschutz und Bekämpfung der Armut hängen also zusammen. Wer über Umwelt spricht, muss auch über Armut reden.

Das eine tun, das andere nicht lassen

Die Beispiele zeigen: Bei Armutsbekämpfung und Umweltschutz gibt es kein „entweder – oder“. Wirtschaftliche Entwicklung funktioniert nicht mit einer Rangfolge – etwa nach der Art: zuerst die Armut mindern, dann an Umweltschutz denken. Da wir inzwischen wissen, dass die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums nicht automatisch die Armut verringert, muss Armutsbekämpfung explizites Entwicklungsziel sein. Doch nur ökologisch nachhaltige Konzepte bieten eine Chance, die Armut weltweit und langfristig zu mindern.

Unter den Folgen von Naturkatastrophen – etwa Dürren – leiden arme Bevölkerungsgruppen besonders.



Niger: Steinwälle stoppen die Wüste

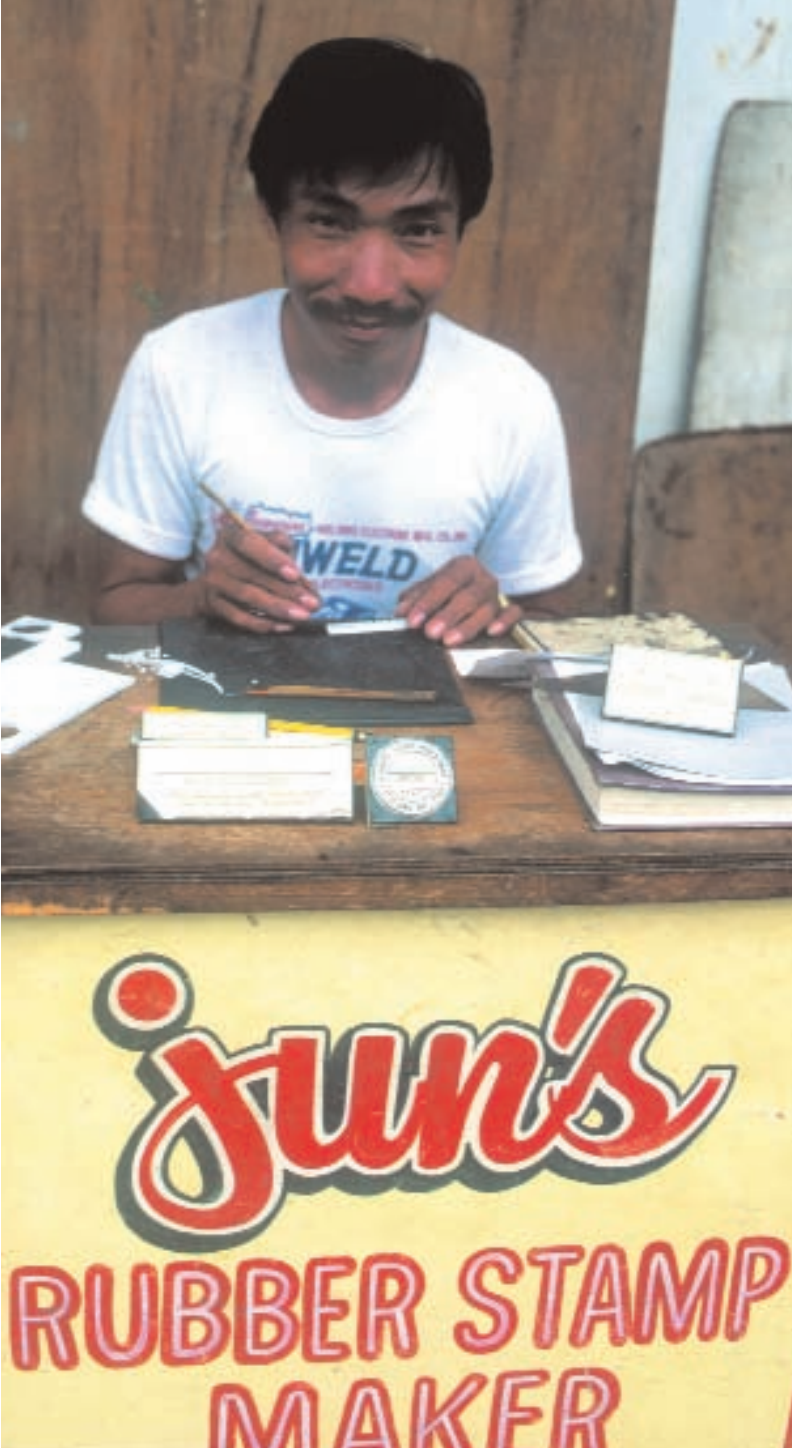
Wasser, fruchtbarer Boden und Vegetation sind knapp in der afrikanischen Sahelzone. Oft kommt der Regen zu spät oder bleibt ganz aus. Dann ist die karge Ernte in Gefahr. Die Not zwingt viele Menschen dazu, ungeeignete Böden zu bearbeiten, die Brachezeiten zu verkürzen und Bäume für Brennholz zu fällen. Die Folge: Das empfindliche ökologische Gleichgewicht wird gestört, der Boden wird ausgelaugt, die Wüste breitet sich aus.

Es regnet zwar selten, dann aber mit solcher Macht, dass ungeschützter Boden weggespült wird. Die Erosion zu stoppen, fruchtbare Böden zu erhalten, den Lebensstandard zu steigern – darauf zielt ein Entwicklungsprojekt in der Republik Niger. Kern ist die „dörfliche Landnutzungsplanung“: Dabei lernen die Menschen, ihre Dorfgemarkung als ganzheitliches System zu verstehen, das genutzt, aber auch erhalten und geschützt werden muss. Gemeinsam wird festgelegt, wo Ackerbau und wo Weide möglich ist und wie die Arbeit zu organisieren ist. Nutzungskonflikte zwischen Feldbauern und Viehzüchtern werden gemeinsam gelöst.

Gegen die Erosion pflanzt die Bevölkerung nun Bäume und legt kleine Steinwälle an. Das ist einfach und effektiv. Auch traditionelle Anbaumethoden wurden wiederentdeckt und weiterentwickelt. Zum Beispiel schützen trichterförmige Pflanzlöcher die junge Saat vor dem ausdörrenden Wind und sammeln das Regenwasser.

„Noch nie hat es eine extreme Hungersnot in einem demokratischen Land gegeben – egal wie arm es auch war. Der Grund ist, dass Hungersnöte sehr leicht verhindert werden können, wenn die Regierung versucht, sie zu verhindern. Und eine Regierung in einer Mehrparteien-Demokratie mit Wahlen und freien Medien hat starke politische Anreize, Vorsorge zu treffen.“

*Amartya Sen,
Träger des Nobelpreises
für Ökonomie 1998*



Armutsbekämpfung und Umweltschutz miteinander verbinden – das ist nur unter Mitwirkung der Bevölkerung möglich.

Der deutsche Beitrag: das Aktionsprogramm 2015

Die Bundesregierung steht hinter dem Ziel der Vereinten Nationen, den Anteil der Armen bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Dazu hat sie das „Aktionsprogramm 2015“ beschlossen. Dieses Programm hat sie gemeinsam mit entwicklungspolitischen Organisationen und Gewerkschaften, mit Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitet. Es formuliert den deutschen Beitrag zum Kampf gegen die Armut.

Zehn Punkte gegen die Armut

Das Aktionsprogramm 2015 nennt zehn wichtige Ansatzpunkte für die Armutsbekämpfung:

- wirtschaftliche Dynamik und Teilhabe der Armen erhöhen
- das Recht auf Nahrung verwirklichen und Agrarreformen durchführen
- faire Handelschancen für die Entwicklungsländer schaffen
- Verschuldung abbauen und Entwicklung finanzieren
- soziale Grunddienste gewährleisten – soziale Sicherheit stärken
- Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen sichern – eine intakte Umwelt fördern
- Menschenrechte verwirklichen – Kernarbeitsnormen respektieren
- Gleichberechtigung der Geschlechter fördern
- Beteiligung der Armen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben sichern – verantwortungsvolle Regierungsführung stärken
- Konflikte friedlich austragen – menschliche Sicherheit und Abrüstung fördern



Je enger die internationalen Verknüpfungen, um so weniger sind die Ursachen der Armut allein durch nationale Anstrengungen zu bewältigen. Eine Politik der Armutsbekämpfung muss darum auf allen Ebenen ansetzen: international, in den Entwicklungsländern – und schließlich auch in Deutschland selbst.

Armutsbekämpfung wird daher im „Aktionsprogramm 2015“ als internationale Gemeinschaftsaufgabe verstanden. Viele Akteure müssen dabei partnerschaftlich zusammenarbeiten: Die Regierungen und die gesellschaftlichen Kräfte der Entwicklungs- und Industrieländer genauso wie internationale Organisationen.

Den Hebel an den richtigen Stellen ansetzen

Die Bundesregierung setzt bei der Armutsbekämpfung auf drei Ebenen an. Zum einen will sie internationale Strukturen und Regelwerke so beeinflussen, dass die Armutsbekämpfung integraler Bestandteil globaler Politik wird. In ihren Partnerländern motiviert sie die Regierungen, Rahmenbedingungen für eine effektive Armutsbekämpfung zu schaffen. Dazu gehört vor allem die Unterstützung bei der Ausarbeitung nationaler Strategien zur Armutsbekämpfung. Aber auch die Strukturen in Deutschland und anderen Industrieländern müssen dem Gebot der wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit folgen und die ärmeren Länder als gleichberechtigte Partner auf dem Weltmarkt zulassen. Dazu gehört zum Beispiel, die eigenen Märkte für deren Produkte zu öffnen.

Umweltprobleme – Probleme für die Menschen

Umweltprobleme

Fruchtbare Böden werden schlechter, die Wüstenbildung beschleunigt sich; 66 Prozent der weltweiten Anbaufläche sind geschädigt.

Über 70 Prozent aller Süßwasserquellen sind ernsthaft belastet. Die Grundwasservorräte werden überstrapaziert: Es werden 160 Milliarden Kubikmeter mehr entnommen, als neues Grundwasser entsteht.

Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung sind in den meisten Entwicklungsländern ein Problem. Über eine Milliarde Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Immer mehr Ökosysteme werden zerstört. Das Artensterben hat stark zugenommen. Derzeit verschwinden stündlich zwischen zwei und fünf bekannte Arten.

Auswirkungen

Die landwirtschaftliche Produktivität sinkt, die Anfälligkeit für Naturkatastrophen steigt. Arme sind besonders betroffen.

Nur ein Bruchteil der weltweiten Wasserreserven ist nutzbares Süßwasser. Es ist zudem sehr ungleich auf die Regionen verteilt. Dabei ist es für die Wasserversorgung von Haushalten, Landwirtschaft und Industrie unerlässlich. Außerdem sind Süßwasserseen mit ihrem Fischreichtum in vielen Ländern ein unersetzlicher Nahrungslieferant.

Verschmutztes Trinkwasser ist weltweit Gesundheitsrisiko Nummer eins: 90 Prozent aller Durchfallerkrankungen in Entwicklungsländern gehen auf mangelhafte Wasserversorgung zurück.

Ökologische Systeme können nicht mehr für den Menschen wichtige Funktionen erfüllen. Wassergewinnung und Erosionskontrolle werden schwieriger. Die genetische Vielfalt geht zurück, auch nutzbare Pflanzen und Tiere verschwinden.



Beispiel: Pilotprojekt Armutsbekämpfung

Mit einem Pilotprojekt unterstützt die deutsche Entwicklungspolitik rund 30 Partnerländer dabei, eigene Strategien zur Armutsbekämpfung zu erarbeiten. Dabei geht es auch darum, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen an diesem Prozess zu beteiligen. Gerade arme Bevölkerungsgruppen sollen ihre Interessen einbringen und alle das gemeinsame Ergebnis akzeptieren können.

Die Strategien sollen künftig nicht nur die Sozialpolitik eines Landes beeinflussen, sondern auch die Umwelt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auch dieses Pilotprojekt verbindet also Armutsbekämpfung und Umweltschutz.

Kein Land kann von außen entwickelt werden

Letztlich liegt die Verantwortung für erfolgreiche Armutsbekämpfung bei den Entwicklungsländern selbst. Sie müssen den erforderlichen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmen schaffen und die Menschen an der Willensbildung beteiligen. Sie müssen den Armen die Chance eröffnen, ihren Selbsthilfewillen und ihr Potenzial einzusetzen.

Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist es, die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, ihre Strategien gegen die Armut in die Tat umzusetzen und die Lebenssituation armer Bevölkerungsgruppen wirksam zu verbessern.

Armut und Umwelt hängen zusammen

Um Armutsbekämpfung, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung zu fördern, gilt es:

- Anreize für umweltfreundliche Produktionsmechanismen zu schaffen und das Verursacherprinzip im Umweltschutz einzuführen
- Subventionen abzuschaffen, die nicht vorrangig den Armen zugute kommen und die Umwelt schädigen
- Eigenverpflichtungen der Privatwirtschaft zu fördern, die auf sozial verantwortliches Wirtschaften und die Erhaltung natürlicher Ressourcen abzielen.

Auf internationaler Ebene kommt es darauf an:

- die Beteiligung der Entwicklungsländer an internationalen Gremien und Institutionen, wie den Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation zu verstärken,
- global anerkannte Ökolabels einzurichten,
- Initiativen und Selbstverpflichtungen von Unternehmen und globalen Unternehmensverbänden zu unterstützen,
- den weltweiten Umweltverbrauch durch die reichen Länder einzudämmen.

Wirtschaft und Entwicklungs- politik gehen neue Wege

Das Entwicklungsministerium fördert Projekte deutscher Firmen im Ausland – und das macht Sinn. Dort nämlich, wo diese Projekte nicht nur Gewinn für das Unternehmen, sondern auch ent- wicklungspolitischen Nutzen bringen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit und Entwicklung fördert so ge- nannte Public Private Partnerships (PPP), zu deutsch „Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft“. Der Grundgedanke: Wenn Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit ihre Mittel bün- deln, können in vielen Fällen beide profitieren und ihre Ziele effektiver, schneller und kostengünstiger erreichen. Die Entwicklungszusammenarbeit kann so mit geringem Einsatz öffentlicher Mitteln viel bewegen.

Gefördert werden Vorhaben, die eine positive ent- wicklungspolitische Wirkung haben, insbesondere zu Armutsbekämpfung und Umweltschutz. Das reicht von der Berufsausbildung über die Einfüh- rung neuer Technologien bis zu Investitionen für besseren Umweltschutz. Firmen, die solche Vorha- ben in einem Entwicklungsland planen, aber nicht allein finanzieren können, kann das Ministerium unterstützen. Es übernimmt bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten eines Projektes oder maximal 200.000 Euro.

Beispiel: Tropenwaldschutz aus dem Westerwald

Mit dem Holz aus dem Regenwald wurde bislang in Brasilien verschwenderisch umgegangen: Nur rund ein Viertel wurde zu Möbeln, Brettern oder anderen Produkten verarbeitet. Der Rest wurde zumeist verbrannt oder landete auf der Müllkippe. Bis jetzt – denn ab 2003 verbietet das ein neues Gesetz. Die Holzindustrie ist also gezwungen, Restholz aufzuarbeiten, doch es fehlt an geeigne- ter Technologie.

Unterstützt aus dem PPP-Programm errichtet ein Unternehmen aus dem Westerwald gemeinsam mit einem brasilianischen Partner eine Pilotanlage. Diese bereitet verschmutzte Holzreste zu sauberen Spänen auf, aus denen sich Spanplatten produzie- ren lassen. Techniker des brasilianischen Partners werden geschult, um solche Anlagen künftig auch in Brasilien zu produzieren.

Nutzen für die Entwicklung...

Dank der neuen Technologie können mehr Produk- te aus der gleichen Menge Holz hergestellt wer- den. Weniger Bäume müssen gefällt werden, Umwelt und Tropenwald werden geschont. Die Wirtschaft der Region wird gefördert, neue Arbeitsplätze bieten den Menschen Verdienstmög- lichkeiten.

...und für das Unternehmen

Die mittelständische Firma erschließt sich in Brasi- lien gute Absatzchancen. Ohne PPP-Förderung hätte sie eine Investition außerhalb Europas nicht wagen können.



Energie und Klima – wenn der Motor des Wirtschaftens zu heiß läuft

Schlechte Energieversorgung als Bremsklotz

Eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung ist ein Grundpfeiler der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung – auch in Entwicklungs- und Schwellenländern. Ohne eine zuverlässige Versorgung mit Öl, Kohle, Strom und Benzin lässt sich die Lebenssituation dort nicht verbessern. Doch davon sind die meisten Länder noch weit entfernt.

Zwei Milliarden ohne Anschluss

Rund zwei Milliarden Menschen, knapp ein Drittel der Weltbevölkerung, haben keinen Zugang zu einer modernen Energieversorgung. Sie kochen und heizen überwiegend mit Holz oder Holzkohle. Auf ineffizienten Kochstellen wird viel Energie verschwendet. Mit der Bevölkerung wächst der Holzbedarf – und damit auch das Problem der Abholzung.

In den Städten müssen arme Haushalte bis zu 30 Prozent ihres Einkommens für Holz oder Holzkohle zum Kochen ausgeben. Vielerorts bricht das marode Stromnetz regelmäßig zusammen, veraltete Kraftwerke verpesten die Luft.

Mit Kohle und Öl in die Klimakatastrophe?

Seit Beginn der Industrialisierung werden Kohle, Öl und Gas in wachsendem Umfang verfeuert. Doch was da aus den Schloten, Auspuffrohren und Triebwerken kommt, verändert das Weltklima. Seit 1900 ist die mittlere Jahrestemperatur um 0,6 Grad gestiegen, und sie steigt immer schneller – eindeutig eine Folge menschlichen Handelns. Der von Menschen verursachte „Treibhauseffekt“ erfordert ein Umdenken in der ganzen Welt.

Wachsender Energiehunger...

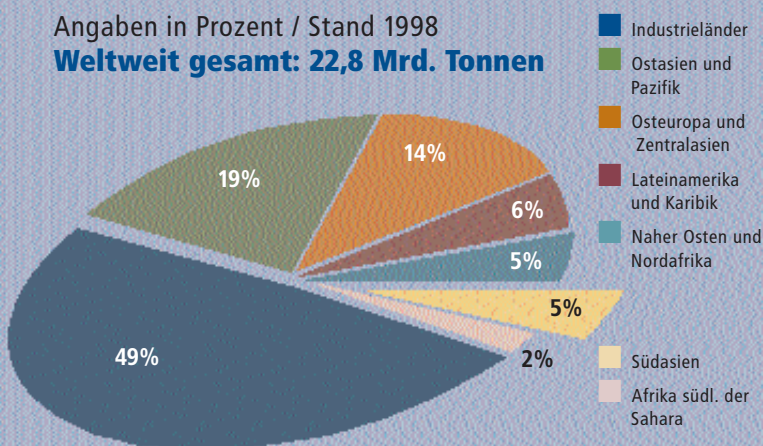
Die Industrieländer verbrauchen rund 70 Prozent der Primärenergie. Doch Bevölkerungswachstum

Verkehrsampel in Mexico-Stadt: Die Luftverschmutzung in Entwicklungsländern nimmt zu.

CO₂-Emissionen weltweit

Angaben in Prozent / Stand 1998

Weltweit gesamt: 22,8 Mrd. Tonnen



Quelle: Weltbank: World Development Indicators 2002

und Nachholbedarf bei sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung lassen den Energiebedarf der armen Länder wachsen: bis zum Jahr 2020 voraussichtlich um jährlich 2,6 Prozent. Bereits 2015 wird er den der Industrieländer übersteigen. Bedenkt man allerdings, dass in den Industriestaaten viel weniger Menschen leben als in den armen Ländern, ist das nicht viel.

...gefährdet das Klima

Bislang sind die Industrieländer für rund drei Viertel des Treibhauseffektes verantwortlich. 1998 lag ihr CO₂-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung bei 12 Tonnen pro Jahr, in Entwicklungsländern dagegen nur bei durchschnittlich zwei Tonnen. Der Anteil der Entwicklungsländer steigt jedoch, besonders in den Schwellenländern, die auf dem Weg zur Industrienation schon vorangekommen sind.

Problematisch wird es, wenn die Entwicklungsländer ihren zukünftigen Energiebedarf überwiegend durch fossile Brennstoffe – Kohle, Gas und Öl – decken. Dann würde sich auch das Weltklima durch den erhöhten CO₂-Ausstoß drastisch verändern.

Der Klimawandel trifft die Armen am stärksten...

Eine Klimaveränderung ist nicht mehr abzuwenden, selbst wenn sofort weniger Treibhausgase ausgestoßen würden. Das hat das UN-Gremium IPCC festgestellt. Die Folge: Steigende Temperaturen führen in einigen Regionen zu extremer Trockenheit und zum Vordringen der Wüsten, in anderen Gebieten zu extremen Niederschlägen. Steigende Meeresspiegel bedrohen flache Küstengebiete.

Besonders stark wirkt sich der Klimawandel in den armen Ländern aus. Sie können sich am wenigsten an die Veränderungen anpassen. Viele Menschen dort leben von der Landwirtschaft, die besonders anfällig für Klimaschwankungen ist. Naturereignisse, die sich in reichen Ländern selten verheerend auswirken, werden durch Armut zur Katastrophe.

...und gefährdet Entwicklungserfolge

Ernteeinbußen durch den Klimawandel können dazu führen, dass im Jahr 2080 zusätzlich 70 Millionen Menschen an Hunger leiden. In 25 Jahren könnten 5,4 Milliarden Menschen von akutem Wassermangel bedroht sein. Bisherige Erfolge im Kampf gegen den Hunger sind gefährdet.

Zudem befinden sich die oftmals sensiblen Ökosysteme in den Ländern des Südens auch ohne Klimawandel schon am Rande der Belastbarkeit. Eine der größten Herausforderungen wird es sein, die Landwirtschaft langfristig an die sich ändernden Umweltbedingungen anzupassen.

Treibhauseffekt – was ist das?

Das natürliche Treibhaus Erde...

Dank des natürlichen „Treibhauseffektes“ herrscht auf der Erdoberfläche statt eisiger Kälte eine angenehme Temperatur, bei der sich unsere Lebenswelt entfalten kann. Das funktioniert wie in einem Gewächshaus, dessen Glasscheiben zwar Sonnenwärme herein, aber nur wenig Wärme nach außen lassen. Die Funktion der Glasscheiben übernehmen die so genannten Treibhausgase, die in geringen Spuren in der Erdatmosphäre vorkommen – hauptsächlich Kohlendioxid (CO₂), Wasserdampf, Methan und Lachgas. Sie reflektieren einen Teil der langwelligen Wärmestrahlung zur Erdoberfläche zurück, sodass sie nicht in den Weltraum entweicht.

...wird von den Menschen aufgeheizt

Durch menschliche Aktivitäten ist die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre seit dem Jahr 1750 um 31 Prozent gestiegen. Hauptursache: die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas, bei der CO₂ frei wird. Das ergibt einen Effekt, als habe man in das „Gewächshaus Erde“ plötzlich Isolierglas eingesetzt: Immer weniger Wärme kann in den Weltraum entweichen, die globale Temperatur steigt. Dabei wird es der Erde wärmer, als ihr gut tut. Das gesamte Klimageschehen gerät durcheinander.



*Bei regenerativen Energien – etwa Windkraft und Solar-
energie – liegt auch in Entwicklungsländern die Zukunft.*

Schlechte Nachrichten vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)

Das IPCC, ein Gremium der Vereinten Nationen, gilt weltweit als höchste Autorität in Klimafragen. Hunderte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt untersuchen den Klimawandel und seine Folgen. Das IPCC gibt Empfehlungen für die internationale Klimapolitik. Seine wichtigsten Erkenntnisse:

Das Klima erwärmt sich stärker als erwartet: Werden wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen, steigt die Durchschnittstemperatur in den nächsten 100 Jahren um etwa 1,4 Grad Celsius; falls nicht gehandelt wird, um bis zu 5,8 Grad. Eine derartige Erwärmung hat es seit 10.000 Jahren nicht gegeben.

Das letzte Jahrzehnt war global gesehen das heißeste seit 1861, dem Beginn der systematischen Temperaturmessung. Der größte Teil der Erwärmung in den letzten 50 Jahren ist der Aktivität des Menschen zuzuschreiben.

Weitere Informationen: www.ipcc.ch

Klimaschutz – eine internationale Aufgabe

Ein einzelnes Land allein kann wenig für den Schutz des Erdklimas tun. Alle Nationen sind verantwortlich. Erste Schritte wurden bereits getan: In internationalen Vereinbarungen haben sich die Staaten der Welt zum Handeln verpflichtet.

Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen

Das „Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen“ (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) wurde auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro beschlossen und bislang von 186 Staaten ratifiziert.

Ziel dieser Klimarahmenkonvention ist es, die Treibhausgase in der Atmosphäre zu reduzieren, um das Klimasystem nicht zu stören. Nach der Konvention sind dafür alle Nationen verantwortlich, jedoch in unterschiedlicher Weise. Die Industrieländer sollen die führende Rolle und den Hauptteil der finanziellen Last übernehmen. Denn sie sind Hauptverursacher der Treibhausgas-Emissionen. Zudem verfügen sie über mehr technologisches Know-how. In der Konvention verpflichten sie sich daher, die armen Länder bei Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel finanziell zu unterstützen.

Das „Kioto-Protokoll“

Ergänzend zur Konvention wurde auf der Klimakonferenz in Kioto 1997 das „Kioto-Protokoll“ verabschiedet. Danach müssen die Industrieländer ihren Ausstoß der sechs wichtigsten Treibhausgase bis 2012 um 5,2 Prozent unter den Stand von 1990 senken. Einen Teil dieser Verpflichtung können die Industrieländer über so genannte „flexible Mechanismen“ erfüllen:

- der Handel mit Emissionsrechten zwischen Industrieländern: Stößt ein Land weniger Treibhausgas aus als vereinbart, kann es diese „Einsparung“ einem anderen Land verkaufen, das zu viele Treibhausgase emittiert.



- „Joint Implementation“: Trägt ein Industrieland in einem anderen Industrieland zur Verringerung der Treibhausgase bei, kann es das als Einsparung auf seine eigenen Emissionen anrechnen. Hintergrund: Emissionen lassen sich zum Beispiel in ehemaligen Ostblockstaaten, wo veraltete Technik viel Energie verschwendet, effektiver reduzieren als in einer modernen Industrienation.
- Clean Development Mechanism (CDM): Die Einführung erneuerbarer Energien oder umweltfreundlicher Transportsysteme kann Emissionen mindern. Werden solche Projekte in einem Entwicklungsland realisiert und geht ihre Finanzierung – bevorzugt durch den Privatsektor – über die Entwicklungszusammenarbeit hinaus, können sie auf die Emissionsverpflichtungen der Industrieländer angerechnet werden.

Mit diesen „flexiblen Mechanismen“ sollen die weltweiten Emissionen schneller und kostengünstiger verringert werden.

Weltklimagipfel in Bonn

In der Nachfolge der Kioto-Konferenz fand 2001 in Bonn ein Weltklimagipfel statt. Eine entwicklungspolitisch wichtige Entscheidung: International soll der Unterschied zwischen den Pro-Kopf-Emissionen von Treibhausgasen kleiner werden. Im Klartext heißt das: Weiterhin müssen die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel, die Industrieländer, ihre Emissionen am stärksten reduzieren, um unser Klima zu schützen.

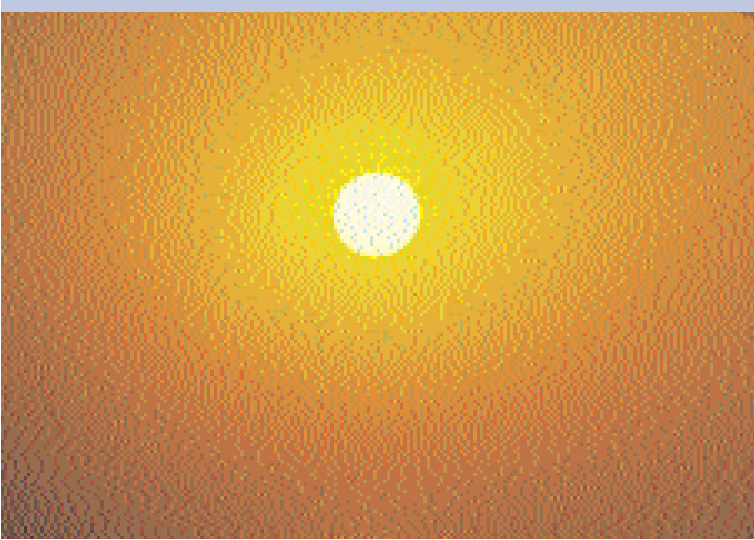
Mit drei neuen Fonds unter dem Dach der Globalen Umweltfazilität (GEF) sollen Klimaschutz und Anpassung an die Erderwärmung finanziert werden. Die Länder der Europäischen Union und fünf weitere Industriestaaten wollen ab 2005 jährlich 410 Millionen US-Dollar für zusätzliche Maßnahmen aufbringen.

Weitere Schritte in Marrakesch

Auf der Klimakonferenz in Marrakesch wurden im Herbst 2001 detaillierte Regelungen zum Kioto-Protokoll verabschiedet. Wichtigste Ergebnisse für die ärmsten Länder: Sie werden dabei unterstützt, eigene Aktionsprogramme zur Anpassung an den Klimawandel aufzustellen.

Einige tanzen aus der Reihe

Abkommen wie das von Kioto sind nur wirksam, wenn möglichst viele mitmachen. Alle Staaten haben erkannt, dass Klimaschutz notwendig ist. Doch der Weg dahin ist lang. Zu unterschiedlich sind die Interessen. So möchten einige Länder ihre großen Waldgebiete auf ihre CO₂-Emissionen „gutschreiben“ lassen. Denn Wälder binden das Treibhausgas CO₂. Andere Länder fürchten wirtschaftliche Einschränkungen. Nicht immer einigt man sich. Beispielsweise haben die USA das Kioto-Protokoll nicht unterzeichnet, weil sie unter anderem Einbußen für ihre Wirtschaft befürchten.



Wenn es den Pflanzen zu warm wird

Tiere und Pflanzen können sich nur einer Erwärmung von etwa einem Zehntel Grad Celsius pro Jahrzehnt anpassen. Die schnellere globale Erwärmung trifft die empfindlichen Ökosysteme in den armen Ländern besonders hart. Nutzpflanzen wachsen nicht mehr dort, wo sie bislang gute Erträge brachten. Die Grenzen zwischen Buschland, Weiden und Steppe verschieben sich. Vieh und Wildtieren fehlt Nahrung.



Keramik, klimaschonend produziert: Die neuen Brennöfen sparen Energie und Kosten, und es gibt weniger Ausschuss bei den schönen Vasen.

Öfen auf Sparflamme

Die Keramikherstellung ist in Asien ein großer Industriezweig. Doch die Elektro- oder Kohle-Brennöfen sind schlecht isoliert. Sie verbrauchen zu viel Energie, produzieren Ruß und CO₂.

Ein neuer Brennofentyp reduziert Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß um 50 Prozent. Modernes Isoliermaterial spart Energie, befeuert wird mit umweltfreundlichem Flüssiggas, unabhängig vom oft maroden Stromnetz. Dank gleichmäßiger Brenntemperatur steigt die Qualität der gebrannten Keramik.

Die Entwicklung der neuen Öfen wurde von der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt, gebaut werden sie vor Ort. Dazu wurden einheimische Fachleute geschult. Der Verkauf läuft gut, denn dank der Energieeinsparung amortisieren sich die Öfen nach einem Jahr. Mehrere tausend sind bereits in Vietnam, Thailand und den Philippinen in Betrieb.

Das Ziel: Weniger Treibhausgase

Der Klimaschutz und die Reduktion der Treibhausgase sind vorrangige Ziele der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Gleichberechtigt daneben steht das entwicklungspolitische Ziel, die Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern zu verbessern. Dazu gehört auch die Versorgung der Menschen mit ökologisch nachhaltig erzeugter Energie.

Die Entwicklungspolitik will daher die technologische Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer im Energiesektor stärken und ihre Abhängigkeit von teuren importierten Energieträgern vermindern. Schon heute fließen in einigen Staaten 50 Prozent der Exporteinnahmen sofort wieder in die Einfuhr von Erdöl.

Viele Wege zum Ziel

Energiepolitik und Klimaschutz hängen zusammen. Die deutsche Entwicklungspolitik arbeitet daher auf verschiedenen Ebenen:

- Politikberatung
- Erneuerbare Energien
- Energieeffizienz und -einsparung
- Verbesserung konventioneller Kraftwerkstechnologie
- Klimaschutz.

Erneuerbare Energien

Das Potenzial an erneuerbaren Energien wird in den armen Ländern (wie auch in den reichen) längst nicht voll genutzt. Die Technologie ist vorhanden, doch oft fehlen die Voraussetzungen für den breiten Einsatz. Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich daher auf die Verbreitung erneuerbarer Energien.

„Bevor wir Licht hatten, musste ich früher vom Feld kommen, um zu kochen oder zu waschen, jetzt kann ich das abends machen und länger auf dem Feld arbeiten.“

Lampe, Herd und Radio: Energie im ländlichen Raum

In dünn besiedelten Gebieten jedes kleine Dorf an das Stromnetz anzuschließen, wäre unwirtschaftlich. Daher fördert die Entwicklungszusammenarbeit den dezentralen Einsatz erneuerbarer Energie. Sonne, Wasser oder Wind stehen fast überall zur Verfügung. Wo Energie in erster Linie zum Kochen und Heizen benötigt wird, senken energiesparende Herde oder Biogasanlagen den Brennholzbedarf. Kleine Solaranlagen versorgen einzelne Haushalte mit Strom, solarbetriebene Pumpen ersetzen Diesel- oder Handpumpen zur Trinkwasserversorgung und Bewässerung. Kleinwasserkraftwerke können als „Insellösungen“ Dörfer mit Strom versorgen.

Marktorientierte Verbreitung

Der Betrieb solcher Anlagen ist kostengünstig, die Anschaffung jedoch relativ teuer. Daher müssen für die Nutzer Kreditsysteme entwickelt werden.

Viele Bauteile oder sogar komplette Anlagen können vor Ort produziert werden. Das schafft Arbeitsplätze und fördert die Wirtschaftsentwicklung. Dazu benötigen die Hersteller jedoch Know-how, Beratung, Kredite und Kontakte zu ausländischen Zulieferern.

Die Entwicklungszusammenarbeit berät Politik und Entscheidungsträger in den Partnerländern. Denn sie müssen Gesetze und Anreize schaffen, damit regenerative Energien kommerziell attraktiv werden und sich verbreiten.

Erneuerbare Energie aus der Steckdose

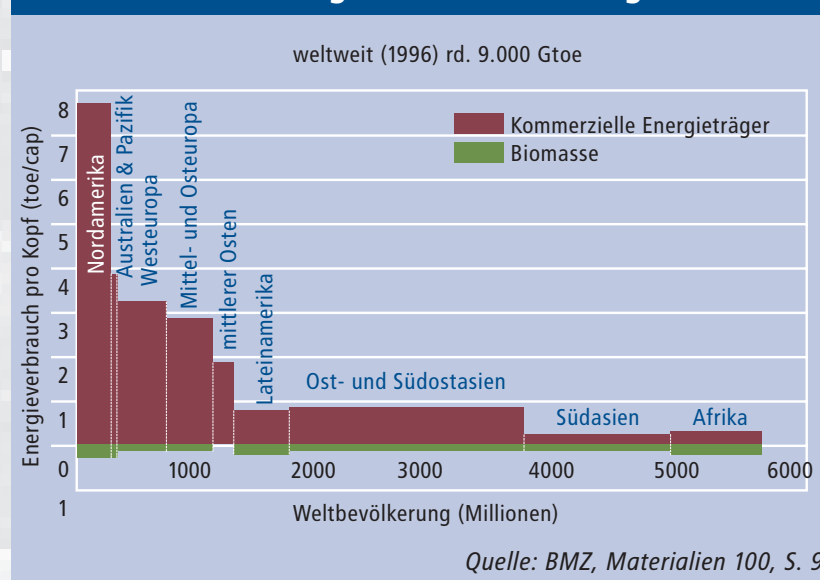
Wasser-, Wind- und Solarkraftwerke sind auch für kommerzielle Stromnetze attraktiv. Damit sie wirt-

schaftlich eingesetzt werden, berät die Entwicklungszusammenarbeit die Partnerländer. Stimmen die Rahmenbedingungen, oder blockieren Gesetze die Netzeinspeisung von Wind- oder Solarstrom? Decken die Tarife die Kosten, oder werden sie subventioniert und verführen zur Energieverschwendung? Orientiert sich ein Wind- oder Wasserkraftwerk am Bedarf, oder ist es zu groß ausgelegt und unwirtschaftlich? Die Entwicklungszusammenarbeit finanziert zum Beispiel Windmessungen und Standortanalysen.

Energie sparen – Kosten sparen

Veraltete oder schlecht betriebene Fabriken und Kraftwerke in vielen Entwicklungsländern sind wahre Energiefresser. Hier ist es wirksamer, viele alte Anlagen zu optimieren, als mit dem gleichen Geld wenige neue Fabriken zu bauen. „Energieeffizienz“ heißt das Zauberwort: Mit geringem Aufwand lassen sich oft 15 bis 30 Prozent der Energiekosten sparen. Die Kostenersparnis ist ein Anreiz für die Unternehmen, der Klimaschutz ein erwünschter Effekt.

Globaler Primärenergieverbrauch nach Regionen





Eine Solaranlage im indischen Rajasthan, gefördert von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Technologietransfer in punkto Energieeffizienz rechnet sich für beide Seiten: Die armen Länder müssen weniger Kraftwerke bauen, weniger Öl und Kohle importieren. Investitionen in effizientere Energienutzung verbessern oft auch Arbeits- und Lebensbedingungen und die Produktqualität. Und sie erschließen Unternehmen aus den Industrieländern neue Absatzmärkte für energieeffiziente Technologien.

Zur Verbreitung der Technologien zur Energieeffizienz berät die Entwicklungszusammenarbeit die Politik, fördert marktorientierte Beratungsangebote und kooperiert direkt mit Unternehmen.

Es gibt nur Gewinner

Wenn alle Beteiligten profitieren, nennt man das „Win-win-Effekt“. Viele Aktivitäten zur CO₂-Reduktion und zur Anpassung an den Klimawandel haben diesen „Win-win-Effekt“: Sie sind gleichermaßen wirtschaftlich und umweltpolitisch vorteilhaft.

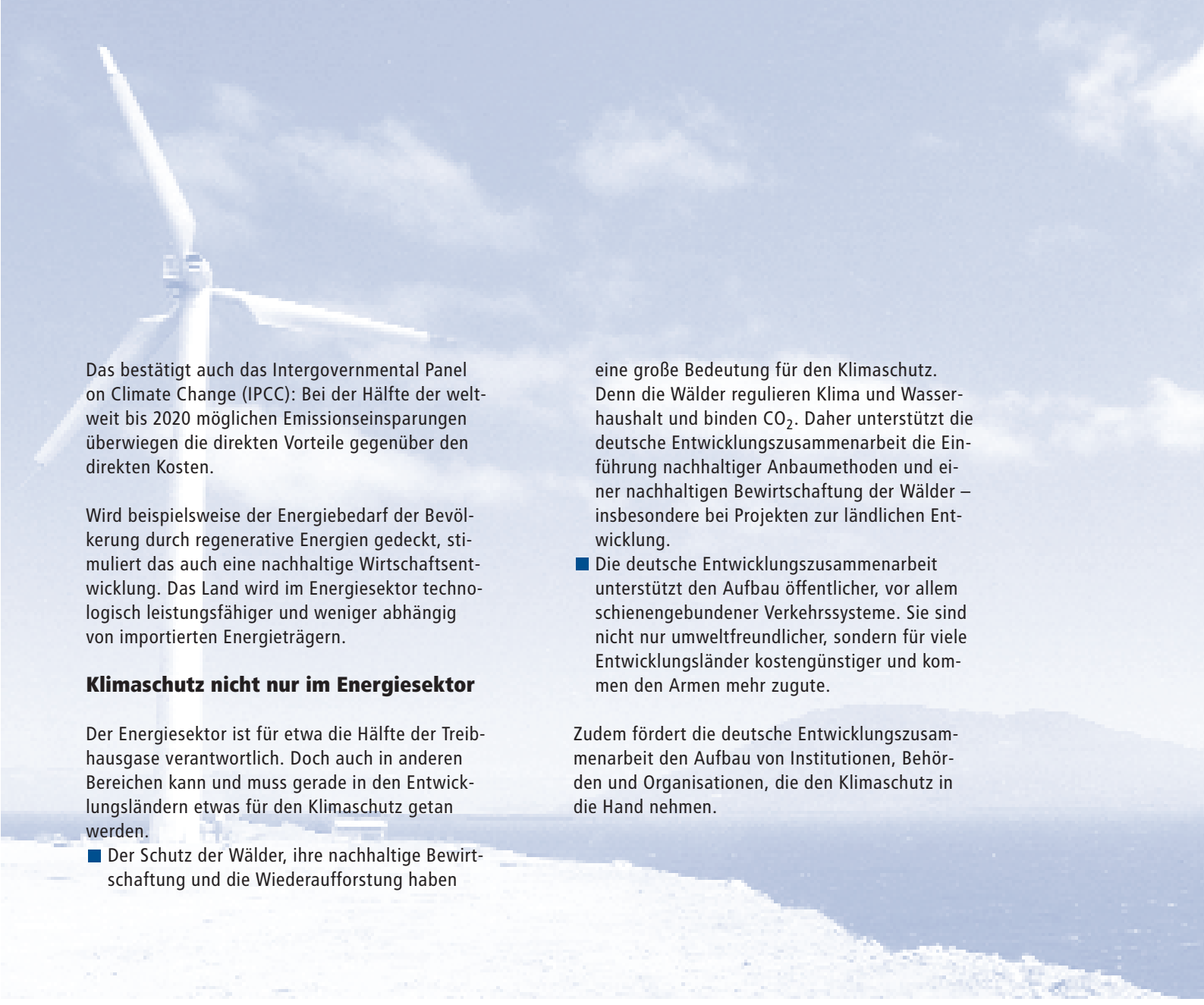
Licht von der Sonne

Kleine Solaranlagen, kombiniert mit Speicherbatterien, sind für viele Haushalte günstiger als Kerzen, Kerosin- oder Batterielampen. Ein Entwicklungsprojekt in Bolivien untersuchte die Einsatzmöglichkeiten solcher „Solar Home Systems“ (SHS). SHS lohnen sich für Familien mit höherem Einkommen, für ärmere Haushalte sind sie noch zu teuer.

Besonders Frauen empfinden den Solarstrom als große Erleichterung. Sie können Hausarbeiten nun nach Anbruch der Dunkelheit erledigen. So gewinnen sie Zeit für Feldarbeit oder andere Wege, das Familieneinkommen zu verbessern. Die Mehrarbeit sehen sie nicht als Belastung an.

Ägypten: Strom aus Wind

Ägypten erzeugt 80 Prozent seines Stroms aus Gas- oder Ölkraftwerken. Um die Umweltbelastungen zu reduzieren, setzt es jedoch verstärkt auf erneuerbare Energien. Deutschland beteiligt sich am Bau des großen Windparks in Zafarana, der zukünftig 600 MW leisten soll. Der Strom aus Windstrom wird voraussichtlich etwas teurer als aus Gas oder Öl. Doch dafür spart Zafarana jährlich 200.000 Tonnen CO₂ ein.



Das bestätigt auch das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): Bei der Hälfte der weltweit bis 2020 möglichen Emissionseinsparungen überwiegen die direkten Vorteile gegenüber den direkten Kosten.

Wird beispielsweise der Energiebedarf der Bevölkerung durch regenerative Energien gedeckt, stimuliert das auch eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Das Land wird im Energiesektor technologisch leistungsfähiger und weniger abhängig von importierten Energieträgern.

Klimaschutz nicht nur im Energiesektor

Der Energiesektor ist für etwa die Hälfte der Treibhausgase verantwortlich. Doch auch in anderen Bereichen kann und muss gerade in den Entwicklungsländern etwas für den Klimaschutz getan werden.

- Der Schutz der Wälder, ihre nachhaltige Bewirtschaftung und die Wiederaufforstung haben

eine große Bedeutung für den Klimaschutz. Denn die Wälder regulieren Klima und Wasserhaushalt und binden CO₂. Daher unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Einführung nachhaltiger Anbaumethoden und einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder – insbesondere bei Projekten zur ländlichen Entwicklung.

- Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt den Aufbau öffentlicher, vor allem schienengebundener Verkehrssysteme. Sie sind nicht nur umweltfreundlicher, sondern für viele Entwicklungsländer kostengünstiger und kommen den Armen mehr zugute.

Zudem fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit den Aufbau von Institutionen, Behörden und Organisationen, die den Klimaschutz in die Hand nehmen.



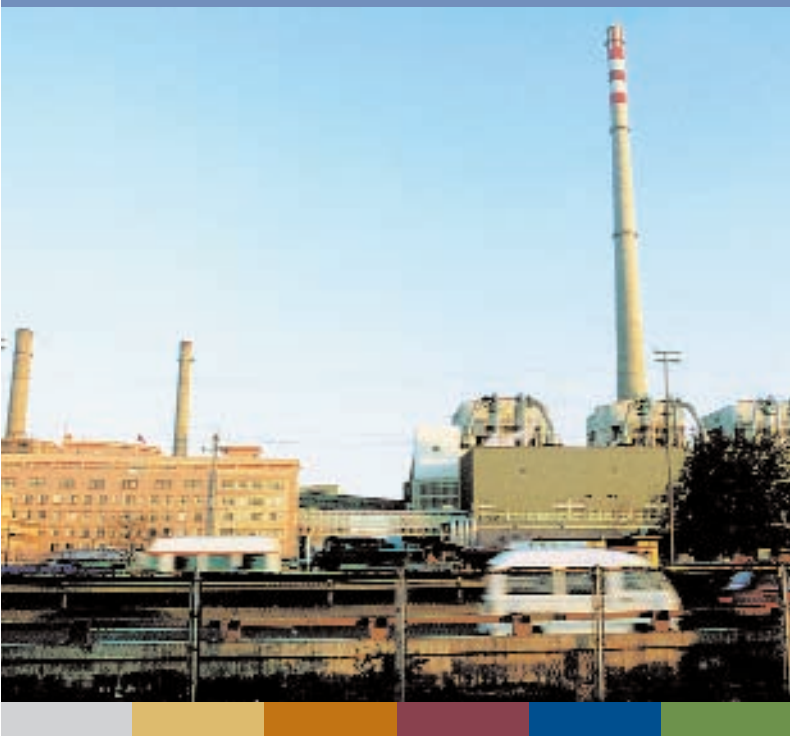
Indien: Energie effizient nutzen – ein enormes Potenzial

Strom ist in Indien knapp und teuer. Mit effizienteren Verfahren könnten viele Unternehmen 20 Prozent ihrer Energiekosten einsparen – ein Potenzial bis zu 1,5 Milliarden US-Dollar pro Jahr! Für den Klimaschutz hieße das: pro Jahr 15 Millionen Tonnen weniger CO₂.

Seit 1995 läuft ein deutsch-indisches Energiesparvorhaben. Zunächst wurden in ausgewählten Betrieben die Optimierung der Produktion, moderne Messtechniken und die Kraft-Wärme-Kopplung demonstriert. Schon dadurch werden ca. 15 Millionen US-Dollar Energiekosten pro Jahr gespart.

Die Regierung wurde bei der Formulierung eines Energiespargesetzes unterstützt. Nun wird die Energieberatung ausgebaut, um die Energieeffizienz landesweit zu verbreiten.

Ein Kohlekraftwerk in China. Alte Anlagen zu optimieren, kann effektiver als ein Neubau sein.



China: Jede Menge Kohle sparen

China erzeugt fast 70 Prozent seines Stroms aus Kohle. Die alten Kraftwerke sind echte „Kohlefresser“ und belasten das Weltklima mit CO₂. Ihr Ruß macht die Menschen krank.

Zukünftig werden 2,5 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr gespart und der Rußausstoß gesenkt. Dazu müssen keine modernen Kraftwerke gebaut, sondern nur die alten Brennkessel optimal eingestellt werden. Ein Pilotprojekt hat bereits Kohle für 80 Millionen Euro eingespart – bei Kosten von nur 4,5 Millionen Euro! Zukünftig werden 15 moderne Messwagen aus Deutschland Brennvorgänge und Abgase in 400 Großkraftwerken messen und optimieren. So wird mit wenig Aufwand der CO₂-Ausstoß um 3,6 Millionen Tonnen pro Jahr reduziert. Im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden die Messwagen finanziert und chinesische Experten geschult.

An das Unvermeidliche anpassen

Da eine globale Erwärmung bereits unvermeidlich ist, gilt es auch, sich an den Klimawandel anzupassen, um die Folgen abzumildern.

„Wir müssen den verletzlichen Gebieten in der Welt, besonders in den Entwicklungsländern, helfen, sich an die Konsequenzen der globalen Erwärmung anzupassen.“

*Klaus Töpfer,
Leiter des UN-Umweltprogramms (UNEP)*

Für die Entwicklungsländer heißt das, sich auf größere Klimaschwankungen einzustellen, etwa durch den Anbau widerstandsfähigerer Pflanzenarten, und auf Dürreperioden und extreme Witterungen vorbereitet zu sein. Nachhaltige Bewässerungsmethoden, langfristige Siedlungsplanung, der Aufbau von Frühwarnsystemen und nicht zuletzt der Bau von Dämmen und Deichen gehören dazu. Zudem müssen das Wachstum der Wüsten und die Bodenerosion gebremst werden. Regionen mit landwirtschaftlicher Nutzung reagieren besonders sensibel, daher ist ländliche Entwicklung eng mit der Anpassung an den Klimawandel verbunden.

Schon jetzt beschreiten viele Entwicklungsprojekte – das zeigte eine Untersuchung im Auftrag des BMZ – erste Schritte zur Anpassung, allerdings noch wenig gezielt. Die Anpassung an den Klimawandel ist auch Bestandteil des Aktionsprogramms 2015 der Bundesregierung gegen die Armut.

Das entwicklungspolitische Klimaschutzprogramm der Bundesregierung

Für die Nutzung und Verbreitung erneuerbarer Energien stellt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung jährlich etwa 100 Millionen Euro bereit. Rund 90 Projekte in 40 Ländern laufen bereits.

Das seit 1992 mit rund 11 Millionen Euro geförderte „Klimaschutz-Programm für Entwicklungsländer“ der Bundesregierung für Entwicklungsländer setzt die Vorgaben der Klimarahmenkonvention und des Kioto-Protokolls in die Tat um. Das Programm

- integriert den Klimaschutz in laufende Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit
- fördert den „Clean Development Mechanism“ in Entwicklungsländern
- erprobt Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in bestehenden Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit
- berät zu klimapolitischen Fragen.

Ohne Kohle, Erdöl und Erdgas wird es in absehbarer Zeit nicht gehen. Doch sie müssen sparsamer und ökologischer verwendet werden. Die Entwicklungszusammenarbeit prüft daher immer auch die Umweltauswirkungen ihrer Vorhaben. Beispielsweise gibt sie der Effizienzsteigerung den Vorrang gegenüber dem Neubau von Kraftwerken. Für jeden Bereich wird die Umstellung auf den jeweils ökologisch günstigsten Energieträger gefördert.

Auch multilateral engagiert sich die Bundesregierung für den Klimaschutz in Entwicklungsländern. Sie ist drittgrößter Beitragszahler in der Globalen Umweltfazilität (GEF). Die GEF ist der größte Finanzier für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern mit einem Zusagevolumen von rund 200 Mio. Dollar jährlich.





Boden schützen – Nahrung sichern

Wenn die Saat nicht aufgeht...

Fruchtbarer Boden ist die Grundlage der Ernährung. Wie sollen Menschen für ihr Auskommen sorgen, wenn das, was sie gesät haben, nicht aufgeht? Wie sollen sie ihr Vieh weiden, wenn kaum etwas wächst? Vor dieser Frage stehen Hunderttausende von Menschen. Denn gutes Acker- und Weideland wird zusehends knapp.

Die Ackerfläche schrumpft

Jedes Jahr wächst die Weltbevölkerung um 90 Millionen Menschen, doch die Ackerfläche nimmt ab. Knapp 40 Prozent der Landfläche der Erde werden landwirtschaftlich genutzt. Doch Wasser und Wind tragen die dünne Schicht weg, auf der Nutzpflanzen gedeihen können. Jährlich gehen so weltweit rund 24 Millionen Tonnen fruchtbaren Bodens verloren. Zudem werden große Gebiete durch falsche Bewirtschaftung unfruchtbar.

Es bleiben karge Flächen, auf denen kaum noch etwas wächst. Denn die Neubildung eines Zentimeters fruchtbaren Bodens dauert lange: bis zu 300 Jahren. Ein enormer Verlust der natürlichen Ressource Boden und damit der Grundlage für die Ernährung. Fachleute sprechen von „Degradation“ – Verschlechterung – des Bodens oder von Desertifikation.

Desertifikation – was ist das?

Unter Desertifikation versteht man nicht nur die Ausbreitung der Wüsten, sondern allgemein die Verödung von Nutzflächen. Sie findet insbesondere in den trockenen Klimazonen der Erde statt. Hauptursache sind menschliche Aktivitäten. Klimaveränderungen beschleunigen diesen Vorgang.

Desertifikation hat viele Erscheinungsformen: Bei Überweidung wird die schützende Pflanzendecke so geschädigt, dass Regenwasser und Wind den fruchtbaren Boden abtragen. Falsche Bewirtschaftung entzieht den Böden die Nährstoffe. Die Folgen: Der Boden verkrustet, Regen kann nicht mehr versickern, die Erde trocknet aus, der Grundwasserspiegel fällt. Wasser wird knapp und die Erträge von Bauern und Viehzüchtern sinken. Die Menschen verarmen. Wer es kann, wandert in andere Gebiete. Doch viele Menschen enden in den Slums der Großstädte – am unteren Ende einer Armutsspirale.

Rissiger, verkrusteter Boden: Hier wächst kaum noch etwas.

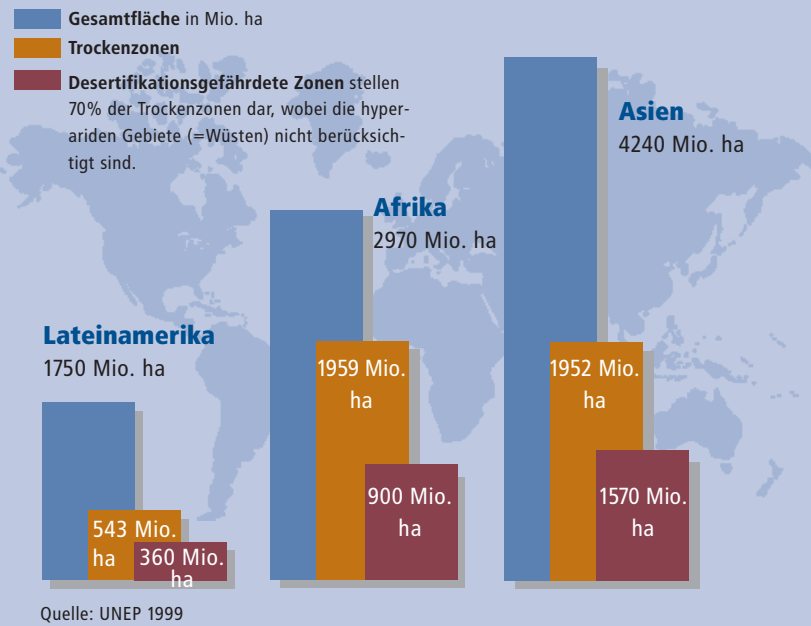
Wie kommt es dazu?

Eine wesentliche Ursache der Desertifikation ist menschliches Handeln: ungeeignete Anbaumethoden, Überweidung oder Übernutzung, falsche Bewässerung, die zur Versalzung der Böden führt, Entwaldung. Letztendlich sind es zumeist strukturelle Faktoren, die den Menschen keine Alternative lassen, als den Boden zu schädigen.

Etwa das Bevölkerungswachstum: Immer weniger Land muss immer mehr Menschen ernähren. So sind sie gezwungen, mehr und mehr aus dem Boden herauszuholen. Ihre überlieferten Anbaumethoden sind dazu oft ungeeignet. Oder sie müssen Flächen unter den Pflug nehmen, deren Böden dafür wenig tauglich sind. Besonders die sensiblen Ökosysteme in den trockenen Gebieten der Erde geraten durch solche Übernutzung an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit.

In vielen Ländern wird die Landwirtschaft vom Staat vernachlässigt. Die Bauern bekommen weder Hilfe noch Beratung. Und da die Preise für landwirtschaftliche Produkte kaum die Kosten decken, können Kleinbauern nicht in bessere Anbaumethoden investieren. Ihre Armut verhindert langfristige Investitionen, die zum Schutz der Bodenfruchtbarkeit notwendig wären.

Überblick über desertifikationsgefährdete Gebiete:



Im Semien-Gebirge in Äthiopien hat die Erosion tiefe Spuren hinterlassen.





Im Niger dringt die Wüste in die Dörfer vor.

Ein weltweites Problem

Bodendegradation und Desertifikation treten praktisch in allen Weltregionen auf. Seit 1960 sind rund 65 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen weltweit davon betroffen. Die insgesamt 1,5 Milliarden Hektar Ackerfläche schrumpfen jährlich um etwa 12 Millionen Hektar. Ein Viertel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche gilt als geschädigt.

Besonders gefährdet sind die Trockengebiete der Erde. Sie machen 40 Prozent der Landfläche aus und bilden Lebensraum und Existenzgrundlage für weite Teile der Bevölkerung. In fast drei Vierteln dieser Trockengebiete – das entspricht der dreifachen Fläche Europas – zeigen sich Auswirkungen der Desertifikation. Über 250 Millionen Menschen sind direkt davon betroffen, eine weitere Milliarde in 110 Ländern lebt in gefährdeten Gebieten.

Die armen Länder leiden am meisten

Am stärksten wirkt sich die Desertifikation in den Entwicklungsländern aus, die zu einem großen Teil in den Trockenzonen der Erde liegen. Besonders Afrika: Hier gelten 65 Prozent des Ackerlandes, 31 Prozent der Weiden und 19 Prozent der Wälder als geschädigt. Die unter Wüstenbildung leidenden Länder Afrikas gehören zu den ärmsten der Welt. Doch auch Lateinamerika und Asien sind betroffen. China etwa, das rund 20 Prozent der Weltbevölkerung beherbergt, aber nur über 12 Prozent der Welt-Ackerflächen verfügt, ist eines der am stärksten von Desertifikation betroffenen Länder.

Teufelskreis aus Desertifikation und Armut

Am härtesten trifft Desertifikation die armen Bevölkerungsgruppen. Rund 70 Prozent aller Armen leben auf dem Land. Sie sind Bauern oder Viehzüchter oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig. Zumeist reichen die Erträge gerade zum Überleben. Sinken sie, drohen Not und Hunger. Alternativen zu Ackerbau oder Viehzucht haben diese Menschen nicht. Die Desertifikation zwingt sie, ihre angestammten Siedlungsgebiete zu verlassen. Solche Wanderungen führen zu Konflikten und damit zu weiterer Verarmung.

Schlechte Aussichten, wenn nichts geschieht

Bevölkerungswachstum und Desertifikation haben zusammen einen fatalen Effekt. Allein von 1975 bis 1995 ist die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf der Weltbevölkerung von 0,32 auf 0,25 Hektar geschrumpft. Der Klimawandel verschärft diese Dynamik: Prognostiziert wird ein weiterer Verlust auf 0,14 Hektar – sofern nicht gehandelt wird. Für eine gesunde, ausgewogene Ernährung gelten 0,5 Hektar pro Kopf als Minimum.

Sofern nichts geschieht, erwarten Experten bis zum Jahr 2025 einen Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche um zwei Drittel in Afrika, einem Drittel in Asien und einem Fünftel in Lateinamerika.

Den Verlust an fruchtbarem Boden stoppen: die Desertifikationskonvention

Bereits 1977 verabschiedeten die Vereinten Nationen einen ersten Aktionsplan zur Desertifikationsbekämpfung. Doch trotz aller Bemühungen und vieler lokaler Erfolge verschärfte sich das Problem. Deshalb erarbeiteten die Vereinten Nationen nach dem Umweltgipfel 1992 in Rio eine weitreichende internationale Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (Convention to Combat Desertifikation – CCD). Sie trat 1996 in Kraft und wurde bis heute von 176 Staaten ratifiziert. Kernziel der CCD: die Fruchtbarkeit der Böden in den Trockengebieten erhalten, um die Ernährung der dort lebenden Menschen sicherzustellen und gegen die Armut vorzugehen.



Der Vormarsch der Wüste bedroht Siedlungen, Brunnen und Felder.

Die Abwärtsspirale der Desertifikation

- Sinkende Bodenfruchtbarkeit
- Zerstörung der Pflanzendecke
- Sinkender Grundwasserspiegel
- Regen spült fruchtbaren Boden weg
- Überschwemmungen, weil Boden kein Wasser mehr speichern kann
- Erosion durch Wind
- Agrarflächen gehen zurück
- Erträge sinken
- Armut, schlechte Nahrungsversorgung
- Abwanderung in die Slums der Städte
- Auflösung traditioneller Sozialsysteme und Familienstrukturen
- Politische Spannungen und Verteilungskonflikte
- Abhängigkeit von Hilfslieferungen



Wo der fruchtbare Boden schwindet, wird auch Brennholz knapp.

Burkina Faso: Die Rückkehr der wandernden Hirten

In den trockenen Regionen Burkina Fasos hat sich die Wanderviehhaltung über lange Zeit bewährt. Die Herden folgen dem Regen – das ist eine besonders gut angepasste Form der Landnutzung. Sind die Tiere weitergezogen, können sich Boden und Pflanzen ausreichend regenerieren.

Doch Bevölkerungswachstum und Zuwanderung sesshafter Bauern stören das traditionelle Gleichgewicht. Ackerbauern dringen in Weidegebiete vor, blockieren die Wanderrouten der Viehzüchter. Die Folge: Übernutzung der verbleibenden Weideflächen, Erosion.

Doch inzwischen beginnen die Menschen, diese Probleme partnerschaftlich zu lösen – ganz im Sinne der CCD. Nachdem Burkina Faso die CCD unterzeichnet hatte, ermöglichten neue Gesetze eine Lösung der Probleme auf lokaler Ebene. Deutschland fördert dabei die Selbsthilfebestrebungen in 56 Dörfern und vielen Siedlungen.

Viehzüchter und Ackerbauern, Männer, Frauen und Jugendliche entscheiden in Sitzungen gleichberechtigt über den Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Gemeinsam wird beschlossen, wo Herden entlang ziehen und die Bauern säen dürfen, wo etwas gegen Erosion getan werden muss und wie das Wasser verteilt wird. So werden Konflikte vermieden, die Wanderviehhaltung bekommt wieder den angemessenen Stellenwert und die Desertifikation wird gestoppt. Die Wanderhirten kommen zurück – und alle profitieren davon.

Erfahrungen nutzen, weltweit handeln

Die Konvention ist ein Instrument, um nachhaltiges Ressourcenmanagement in Trockengebieten wirksamer zu machen. Und sie sichert den betroffenen Ländern eine langfristige, verbindliche Unterstützung von außen zu. Zum ersten Mal wird weltweit abgestimmtes Handeln gegen Desertifikation festgelegt – als einzige Möglichkeit, dieses global auftretende Problem effektiv zu bekämpfen. Dabei sollen die Erfahrungen der Vergangenheit genutzt und das Wissen über die Ursachen gesammelt werden. Auch Vorbeugung gegen Dürre gehört zur CCD.

Ein Abkommen mit Prinzipien

Noch etwas macht die CCD außergewöhnlich. Erstmals werden verbindlich die Prinzipien der Partnerschaft und Partizipation festgeschrieben. Alle Beteiligten sollen partnerschaftlich zusammenarbeiten – Bevölkerung, Regierung, nichtstaatliche Organisationen, aber auch benachbarte Staaten einer Region. Alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen sollen beim Entscheidungsprozess mitwirken. Die Konvention fordert dabei auch ausdrücklich die Beteiligung von Frauen.

Kooperation statt Konflikt

Wird die Konvention konsequent eingehalten, werden regionale Konflikte um knappe Boden- und Wasserressourcen vermieden. Denn der Weg zu einem tragfähigen Kompromiss führt über die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei Entscheidungen und über die partnerschaftliche Kooperation unter Nachbarländern.

Die Grundsätze der Konvention sind – anders als bei früheren Abkommen – für die Unterzeichnerländer rechtlich verbindlich. Sie können also auch von der Bevölkerung eines Landes eingefordert werden.

Viele Wege aus der Wüste – die Entwicklungszusammenarbeit handelt auf vielen Ebenen

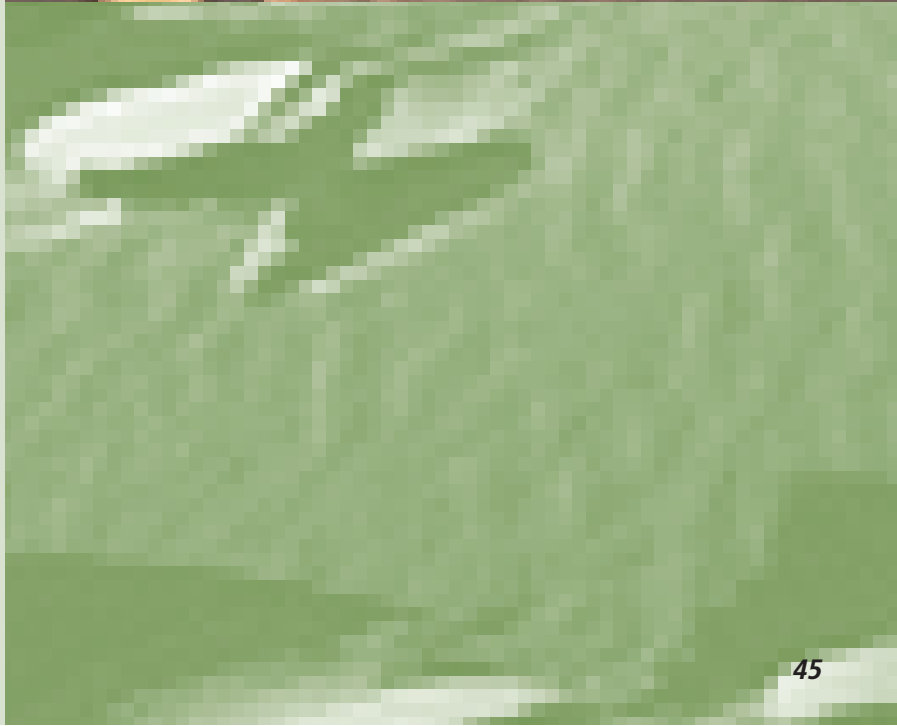
Der Kampf gegen die Desertifikation ist schon seit den achtziger Jahren ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Momentan unterstützt die Bundesregierung insgesamt rund 250 Projekte mit einem Gesamtvolumen von etwa 1,5 Milliarden Euro. Nachhaltige Bodenbewirtschaftung und Steigerung der Erträge stehen dabei im Mittelpunkt. Denn nur so lässt sich die Ernährung für die wachsende Bevölkerung sichern. Besonders viele Vorhaben laufen in Afrika, das am stärksten von Desertifikation betroffen ist.

Erfolgreicher Bodenschutz...

Gemeinsam mit den Betroffenen hat die Entwicklungszusammenarbeit viele schonende und nachhaltige Verfahren zur Bodennutzung entwickelt. So verhindern Steinwälle und Anpflanzungen Wind- und Wassererosion. Bessere Bewässerungsmethoden sparen Wasser und schützen den Boden vor Versalzung. Ein angepasstes Weidemanagement verhindert Überweidung und verbessert die Erträge. Und wenn Viehzüchter und Bauern beispielsweise ihre eigenen Produkte weiterverarbeiten, erschließen sie sich so zusätzliche Einkommensquellen. Dann müssen sie die Böden nicht mehr in so hohem Maße ausbeuten.

...kommt von den Menschen selbst

Voraussetzung für den Erfolg ist allerdings, dass die Menschen befähigt werden, ihre Probleme selbst zu analysieren und gemeinsam über das richtige Vorgehen zu entscheiden. Zudem müssen sie über geeignete Lösungen und Methoden informiert werden. Letztendlich funktioniert ein Projekt nur, wenn die Beteiligten die Sache selbst in die Hand nehmen. Die Entwicklungszusammenarbeit kann nur Anstöße geben, Wissen vermitteln, beraten und unterstützen.





Erosion im Senegal. Regen hat die Humusschicht weggespült.

Der richtige Rahmen

Damit die Anstrengungen der Menschen fruchten, müssen aber auch die Rahmenbedingungen stimmen. Denn wie wir gesehen haben, hat Desertifikation auch strukturelle Ursachen. Neben wirtschaftlicher Schwäche kann das auch eine ungünstige Agrar-, Energie- und Investitionspolitik sein. Oder verschiedene entwicklungspolitische Maßnahmen sind nicht richtig abgestimmt. Agrar- und Entwicklungspolitik beispielsweise müssen „kohärent“ sein, dürfen also nicht gegeneinander arbeiten.

Auch diesem Feld widmet sich die Entwicklungszusammenarbeit. So berät sie Regierungen bei der Erarbeitung strategischer Programme für ländliche Entwicklung und Ressourcenmanagement. Oder bei der Harmonisierung und Reform des rechtlichen Rahmens, insbesondere des Bodenrechts. Daneben fördert sie auch multilaterale Programme gegen die Wüstenbildung, die von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank oder der EU getragen werden.

Allianz gegen die Wüste

1999 wurde als ein Beitrag Deutschlands zur Umsetzung der Konvention das „Konventionsprojekt Desertifikationsbekämpfung“ gestartet. Das Projekt mit Sitz in Bonn ist mit den wichtigsten nationalen und internationalen Akteuren der Desertifikationsbekämpfung verbunden. Es war an der Gründung eines Netzwerks deutscher Wissenschaftler („Desert-Net“) beteiligt und hält enge Kontakte mit Wissenschaft und Forschung. Zudem hat es die Funktion einer Verbindungsstelle zwischen internationalen Organisationen und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und arbeitet eng mit dem ebenfalls in Bonn ansässigen Sekretariat der CCD zusammen.

Afrika: Wissen ist Macht

Welche Erfahrungen haben andere beim Kampf gegen die Desertifikation gemacht? Gibt es neue Forschungsergebnisse? Was geschieht bei unseren Nachbarn? Haben unsere eigenen Vorhaben eigentlich Erfolg? Solche Informationen sind wichtig. Deshalb unterstützt Deutschland die internationale Organisation Observatoire du Sahara et du Sahel (OSS). Der OSS sammelt Informationen und stellt sie seinen afrikanischen Mitgliedsländern zur Verfügung. Zudem wurden gemeinsam mit dem OSS Systeme zur Beobachtung der Auswirkung von Desertifikationsbekämpfung entwickelt, die inzwischen zur weltweiten Anwendung akzeptiert und empfohlen werden.



Und schließlich unterstützt Deutschland viele Länder bei der Umsetzung der internationalen Konvention zur Desertifikationsbekämpfung, dem wichtigsten internationalen Instrument zur Erhaltung des fruchtbaren Bodens.

Ein Programm zum Handeln

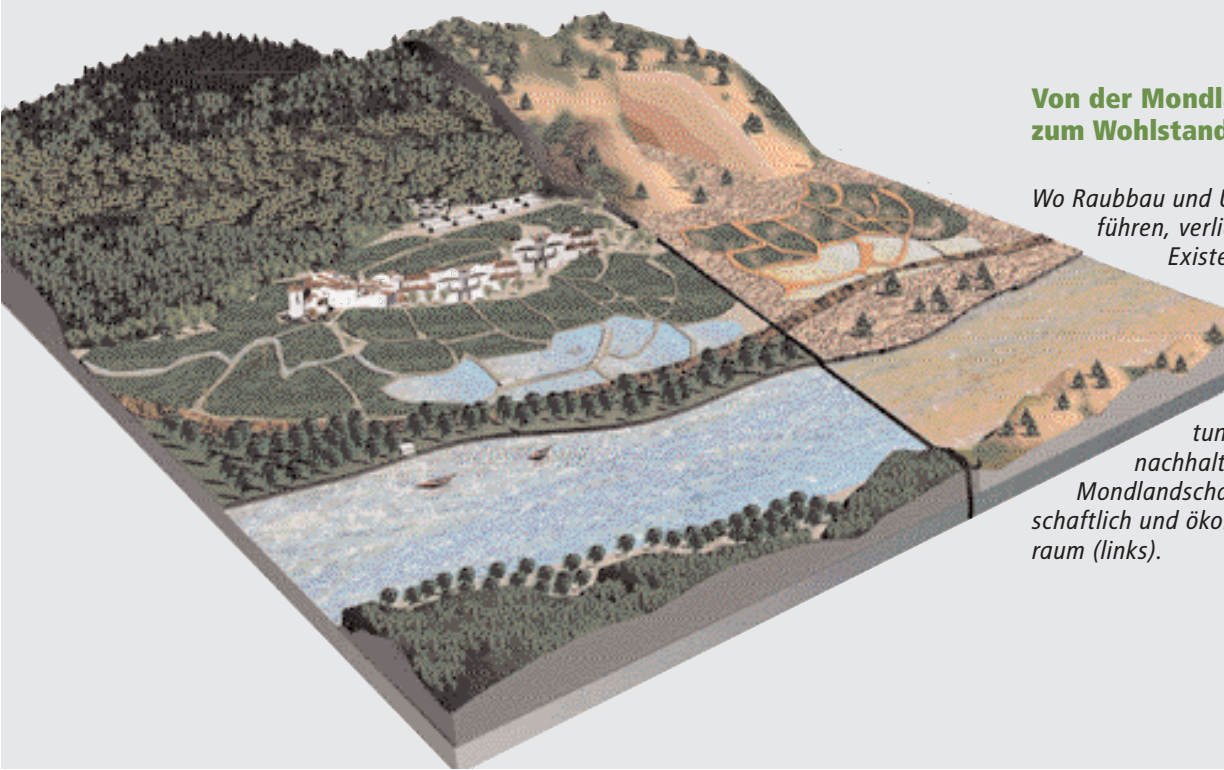
Die Konvention zur Desertifikationsbekämpfung – CCD – ist zwar ein internationales Abkommen, doch in die Tat umgesetzt werden muss sie nahezu ausschließlich auf nationaler Ebene. Die Konvention sieht vor, dass die von der Desertifikation betroffenen Länder dazu so genannte „nationale Aktionsprogramme“ aufstellen. Sie dabei zu unterstützen, ist eine weitere wichtige Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit.

In einigen Regionen ist Desertifikation ein länderübergreifendes Problem – etwa in Zentralasien. Dort erarbeiten die betroffenen Länder gemeinsam „sub-regionale“ Aktionsprogramme. Die CCD setzt gerade in solchen Situationen auf eine bessere Abstimmung der Akteure, eine stärkere regionale Integration sowie den Erfahrungsaustausch.

Zentralasien: Grenzüberschreitende Probleme gemeinsam lösen

Die zentralasiatischen Länder – Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – tragen ein schweres Umwelterbe aus Sowjetzeiten: Baumwoll-Monokulturen und unsachgemäße Bewässerung haben fruchtbare Böden versalzen lassen. Aus dem einst fischreichen Aralsee ist eine lebensfeindliche Salzwüste geworden, verseucht von Pestiziden aus der Landwirtschaft. Mit einem länderübergreifenden Aktionsprogramm, wie es die Desertifikationskonvention vorsieht, wollen die Länder nun handeln.

Deutschland hat Unterstützung zugesagt und berät bei der Entwicklung und Planung. Zudem wirkt es bei einem Sofortprogramm mit und beteiligt sich an der Vorbereitung von Pilotvorhaben. So soll etwa in der Landwirtschaft sparsamer mit Wasser umgegangen und Erosion und Versalzung bekämpft werden. Auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit wird gefördert. Forschungsprojekte deutscher Universitäten sind eingebunden.



Von der Mondlandschaft zum Wohlstand

Wo Raubbau und Übernutzung zu Erosion führen, verlieren viele Menschen ihre Existenzgrundlage. Doch dieser Prozess lässt sich rückgängig machen, wie das Beispiel China zeigt. In der Provinz Jiangxi entsteht durch Aufforstung, Erosionsschutz und nachhaltige Landwirtschaft aus der Mondlandschaft (rechts) wieder ein wirtschaftlich und ökologisch intakter Lebensraum (links).



In vielen Entwicklungsländern tragen Frauen die Hauptlast der Arbeit, doch sie haben selten entsprechende Rechte.

Nicht nur Männersache

Frauen sind in den ländlichen Gesellschaften vieler Entwicklungsländer für die Ernährung und Gesundheit ihrer Familie verantwortlich. Sie arbeiten auf dem Feld, bauen Gemüse an, sie sammeln Früchte, Heilpflanzen und Brennholz, und sie sind für die Versorgung mit Wasser zuständig.

Wo Raubbau zu Bodenerosion und Dürre führt, wird es immer schwieriger, den Haushalt mit Wasser, Nahrung, Futtermitteln und Brennholz zu versorgen. Die Frauen bekommen in ihrem Alltag oft als Erste zu spüren, wenn das Ökosystem ins Ungleichgewicht gerät.

Arbeiten, aber nicht entscheiden?

Trotz ihrer Verantwortung für die Familie haben die Frauen selten auch die entsprechenden Rechte. Traditionelle Regeln zu Erbschaft und Landbesitz begünstigen immer noch die Männer. Weltweit verfügen Frauen nur über ein Prozent des Landbesitzes. Obwohl sie in vielen Ländern den

Argentinien: Mit ländlicher Entwicklung gegen die Wüste

Mit deutscher Unterstützung läuft in Patagonien ein Programm zur ländlichen Entwicklung. Einseitige Konzentration auf die Schafzucht hat vielerorts die Böden so geschädigt, dass die Herden kaum noch Weiden fanden. Nun wird das Weidemanagement verbessert: Damit sich geschädigte Flächen erholen, werden Zäune gezogen und zusätzlich Futter angebaut. Auch mit Obst- und Ackerbau wird begonnen, dazu entstehen Gewächshäuser für Gemüse. Durch eine solche gemischte Produktion wird die Monostruktur der Schafzucht durchbrochen. Alles wird zusammen in den Dorfgemeinschaften geplant. Gemeinsam werden auch die Produkte vermarktet.



Stolz auf die eigene Ernte: Dieses Frauenprojekt in Gambia fördert die Anlage von Gemüseärten.

Löwenanteil in der landwirtschaftlichen Produktion tragen und damit die Existenz ihrer Familien sichern, dürfen sie nicht mitentscheiden, was angebaut, wie der Acker bestellt, die Ernte genutzt und die Güte des Bodens erhalten wird.

Wenn Frauen mitreden, profitieren alle

Aufgrund ihrer Rolle in Familie und Haushalt haben Frauen oft ein besonderes Interesse daran, ihre Lebenssituation zu verbessern. Zudem haben sie spezielle Kenntnisse im schonenden, nachhaltigen Umgang mit knappen natürlichen Ressourcen entwickelt.

Doch so lange Frauen gesellschaftlich benachteiligt sind, wird ihr wertvolles Wissen nicht genutzt, wird die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gebremst. Die Rolle der Frauen zu stärken, ist deshalb Bestandteil aller Entwicklungsprojekte. Bei Dorfprojekten zum Bodenschutz gehört es beispielsweise dazu, dass Frauen gleichberechtigt darüber mitentscheiden, wie das Land des Dorfes genutzt wird. Auch wenn bis dahin manchmal einige Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.

Wasser – ein knappes Gut

Wasser ist der Grundstoff des Lebens

Wasser ist durch nichts zu ersetzen. Es ist die Grundlage des Lebens und das wichtigste Nahrungsmittel des Menschen. Ohne Wasser sterben Tiere und Pflanzen, gibt es keine Landwirtschaft, stehen Fabriken still.

Wasser ist ein Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung. Wasserversorgung, Wohlstandsniveau und Umweltschutz hängen eng zusammen. Wo Brunnen angelegt und gepflegt werden, steigen die landwirtschaftlichen Erträge, gibt es Wohlstand und Gesundheit. Wird Wasser nicht angemessen und nachhaltig genutzt, nehmen Armut und Krankheiten zu.

Bei uns kommt Wasser ganz selbstverständlich aus dem Hahn. Darüber vergessen wir schnell, wie knapp und wertvoll dieses Gut ist. Zwar ist ein großer Teil der Erdoberfläche von Wasser bedeckt. Doch nur wenig davon ist zum Trinken oder zur Bewässerung geeignet: Die Wasservorräte der Erde bestehen zu 97,5 Prozent aus Salzwasser.

Immer mehr durstige Kehlen

Der Rest ist Süßwasser. Doch das ist regional sehr unterschiedlich verteilt. Es steht nicht immer dort zur Verfügung, wo es benötigt wird.

Vielerorts ist Süßwasser Mangelware. In mehr als 30 Ländern droht sogar akute Wasserknappheit.

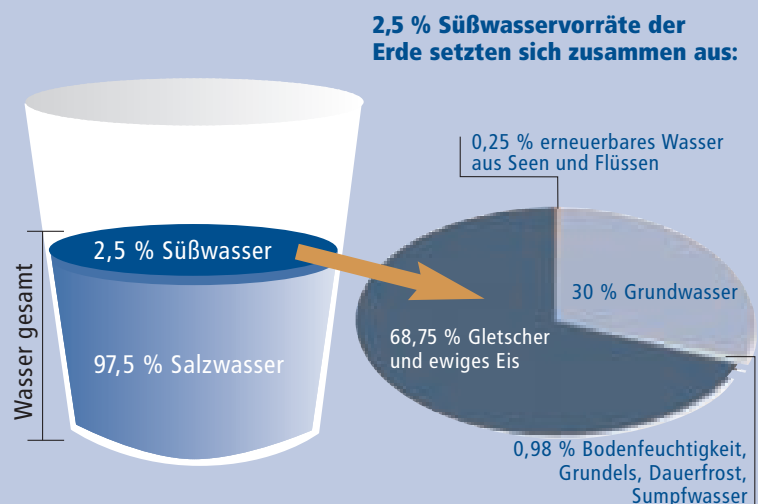
Wasserstelle im indischen Rajasthan.

Wann beginnt der Wassermangel?

Von periodischer oder ständiger Wasserknappheit spricht man, wenn das erneuerbare Süßwasserangebot pro Kopf und Jahr unter 1.700 Kubikmetern liegt. Ein Pro-Kopf-Wasserangebot von unter 1.000 Kubikmetern wird als Wassermangel definiert.

(Definition der schwedischen Hydrologin Malin Falkenmark; nach: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung)

Das Wasser der Erde



Quelle: Igor Shiklomanow, World Fresh Water Resources

Diese Probleme werden noch zunehmen. Nutzen zu Beginn der christlichen Zeitrechnung gerade 300 Millionen Menschen die Süßwasservorräte der Erde, werden es im Jahr 2025 rund 8,5 Milliarden sein. Immer mehr Menschen benötigen immer mehr Wasser. Doch die Vorräte lassen sich nicht vermehren.

In der Milleniumserklärung der Vereinten Nationen haben sich 189 Regierungen zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Sie heben ausdrücklich hervor: Ohne Wasser lassen sich diese Ziele nicht erfüllen. Daher verpflichten sie sich unter anderem dazu, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem und bezahlbarem Wasser bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

Verschwendet, verschmutzt, umkämpft: Süßwasser wird rar

Wasser wird für viele Zwecke benötigt: Zum Trinken, zum Waschen, für Landwirtschaft, Industrie und zur Stromerzeugung. Allein die Landwirtschaft verbraucht etwa zwei Drittel des weltweit verfügbaren Wassers, in vielen Entwicklungsländern sogar über 80 Prozent. Fast 40 Prozent aller Nahrungsmittel werden mit künstlicher Bewässerung erzeugt.

Wasserschluckender Landwirtschaft

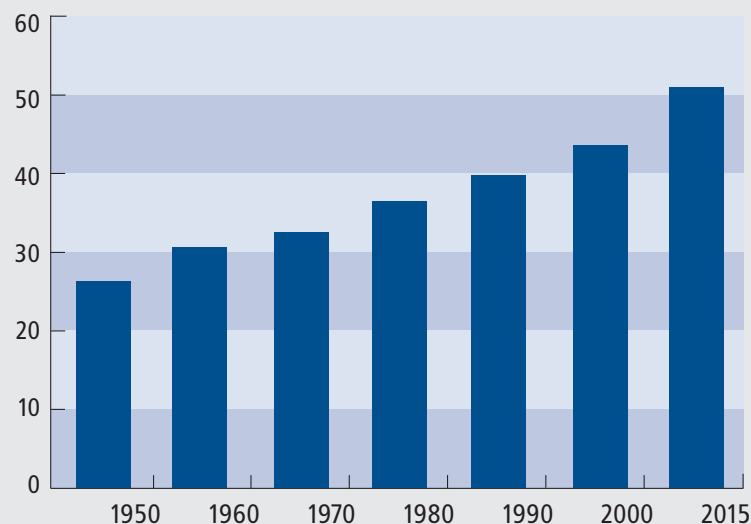
Die Landwirtschaft ist aber auch ein großer Wasserverschwender. Gerade in Entwicklungsländern geht in defekten und ineffizienten Bewässerungssystemen mehr als die Hälfte des Wassers verloren. Was im großflächigen Bewässerungslandbau verschwendet wird, fehlt an anderer Stelle: bei den Kleinbauern oder in den Städten.

Konkurrenz zwischen Stadt und Land

Die rasch wachsenden Metropolen konkurrieren mit der Landwirtschaft um das Wasser. In 25 Jahren wird bereits jeder zweite Mensch in einer Stadt leben. Dort steigt der Lebensstandard und damit der Wasserverbrauch. Schon heute sind Wasserver- und Abwasserentsorgung in vielen Städten der armen Länder ungenügend.

Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung

Angaben in Millionen



Quelle: UN (1997), World Urbanization Prospects: The 1996 Revision, New York





Wo nur verschmutztes Wasser zur Verfügung steht, gedeihen Krankheiten.

Schmutziges Wasser macht krank

Etwa 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser. Doppelt so viele haben keine vernünftige Abwasserentsorgung. Die Mehrzahl dieser Menschen lebt in Afrika, im Nahen Osten und in Westasien. In Dörfern, die keinen Brunnen haben. Oder in den Slums der Riesenstädte, wo es weder Toiletten noch Wasseranschluss gibt. Rund 80 Prozent aller Krankheiten in Entwicklungsländern gehen auf verschmutztes Wasser zurück, ebenso die hohe Kindersterblichkeit.

Wo Wasser zu billig ist...

Obwohl Wasser ein knappes Gut ist, wird es oft verschwendet. Es ist einfach zu billig oder gar kostenlos. Denn häufig werden Wasserpreise aus politischem Interesse niedrig gehalten. Ist das Wasser zu billig, fehlt aber jeder Anreiz zum Sparen – und den Versorgungsunternehmen das Geld für Investitionen. Die Folgen: mangelhafte Wartung, schlecht qualifiziertes Personal. Beides sind wichtige Ursachen für die schlechte Wasserversorgung in den Entwicklungsländern.

... zahlen die Armen drauf

Paradoxerweise kommt subventioniertes Wasser eher den Reichen als den Armen zugute. Die meisten Armen haben nämlich gar keinen Anschluss an das Wasser- und Abwassernetz. Denn wegen der

Internationale Politikberatung

Zunehmende Konkurrenz um knappere Wasserressourcen war der Ausgangspunkt für den „Petersberger Runden Tisch“, der auf Initiative von Bundesregierung und Weltbank 1998 bei Bonn stattfand. Zentrale Botschaft der Konferenz: Wasser kann als Katalysator für internationale Kooperation und Frieden dienen, wie Erfahrungen an Rhein, Mosel, Elbe und Oder zeigen. Viele Staaten sind an diesen Erfahrungen Deutschlands und seiner Nachbarn interessiert.

niedrigen Einnahmen, bedingt auch durch ineffizientes Management, fehlen den öffentlichen Wasserversorgern oftmals die Mittel, um die Armenviertel an ihr Ver- und Entsorgernetz anzuschließen. Die Armen müssen ihr Wasser bei privaten Wasserhändlern kaufen. So zahlen sie häufig die höchsten Preise – und bekommen Wasser von minderer Qualität.

Das Wasser wird immer schmutziger

95 Prozent der weltweiten Abwässer fließen ungeklärt in Grundwasser, Flüsse und Seen. Zum Abwasser aus Haushalten und Industrie kommen noch Sickerwasser wilder Müllhalden und unsachgemäß eingesetzte Chemikalien aus der Landwirtschaft. Trotz steigenden Wasserbedarfs wird nach wie vor Süßwasser ungenießbar gemacht. Weil außerdem vielerorts zu viel Grundwasser gefördert wird, dringt immer mehr Salzwasser in die unterirdischen Grundwasservorräte ein. Auch diese Süßwasserquelle ist damit bedroht.

Wenn es Streit um Wasser gibt

Die Konkurrenz um den knappen Rohstoff Wasser löst zunehmend Konflikte aus. Gerade an grenzüberschreitenden Gewässern gibt es oft Spannungen unter den Anrainerländern. Wasserknappheit entwickelt sich damit zu einem globalen Krisenfaktor.

Sauberes Wasser ist ein wertvolles Gut.



Nachhaltige Wassernutzung – Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit

Der Schutz der Wasserressourcen ist eine Überlebensfrage – gerade für die Entwicklungsländer. Doch auch hier gilt: Entwicklungszusammenarbeit kann eigene Anstrengungen der Partnerländer ergänzen, aber nie ersetzen. Wo der politische Wille fehlt, kann die Entwicklungspolitik nichts erreichen. Die Entwicklungszusammenarbeit setzt daher besonders auf Politikdialog, auf Abstimmung mit anderen Geberländern, auf Investitionen und Beratung. Nur so kann sie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Leistungsfähigkeit von Institutionen im Wassersektor beitragen.

Im Wassersektor ist Deutschland weltweit der zweitgrößte bilaterale Geber, in Europa sogar mit Abstand der größte: Projekte und Programme in diesem Sektor werden mit rund 3,5 Milliarden Euro unterstützt.

Sparen statt neue Quellen erschließen

Die Entwicklungszusammenarbeit zielt auf einen nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser: nur so viel verbrauchen, dass sich der Wasserhaushalt wieder regenerieren kann. Effektive und sparsame Nutzung hat daher Vorrang vor der Erschließung neuer Ressourcen. Nicht erneuerbare Grundwasservorräte müssen geschützt, Wasserverschmutzung vermieden werden.

Wasser hat seinen Preis

Eine funktionierende Wasserversorgung – sei es für Haushalte, Landwirtschaft oder Industrie – kostet Geld. Sie kann langfristig nur mit kostendeckenden, sozialverträglichen Tarifen gesichert werden. Für dieses Kostendeckungsprinzip sind in vielen Ländern zunächst politische und rechtliche Reformen notwendig. Die Entwicklungszusammenarbeit berät die Partnerländer dabei. Und sie unterstützt sie beim Aufbau leistungsfähiger Organisationen, die dafür sorgen, dass der Verbrauch abgerechnet wird und die Versorgung funktioniert.



Oft können die Städte in Entwicklungsländern die Wasserversorgung nicht selbst finanzieren.

„Privates Wasser“ kann günstiger sein

In vielen Fällen macht eine Partnerschaft mit privaten Wasserversorgern Sinn. Mit ihrem Know-how und Kapital ermöglichen sie hohe Effizienz und neue Investitionen – insbesondere dort, wo den Entwicklungsländern die Mittel fehlen. Auch die ärmere Bevölkerung kann durch Privatunternehmen oft gut und günstig mit sauberem Wasser versorgt werden. Daher fördert die Entwicklungszusammenarbeit solche öffentlich-privaten Partnerschaften. Je nach Bedarf der Partnerländer gibt es unterschiedliche Wege der Zusammenarbeit – vom Management- oder Konzessionsvertrag bis zur Privatisierung.

Fachleute schätzen, dass jährlich 180 Milliarden US-Dollar investiert werden müssen, um bis zum Jahr 2015 die Zahl derer, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, zu halbieren. Derzeit werden nur etwa 70 bis 80 Milliarden investiert. Der Privatsektor kann dazu beitragen, diese Finanzierungslücke zu schließen.

Albanien: Wasser für Elbasan

Albanien ist eines der ärmsten Länder Europas. Die politische und wirtschaftliche Lage ist schwierig. Dennoch investierte die private Berlinwasser International gut 5 Millionen Euro in die Wasserversorgung der Stadt Elbasan. Parallel stellte Deutschland einen zinsgünstigen Kredit von rund 12 Millionen Euro bereit. Diese Kombination privater und öffentlicher Gelder bringt enorme Vorteile. Das marode Versorgungsnetz kann erneuert werden. Die Einwohner werden mit gutem Trinkwasser versorgt – zu sozialverträglichen Tarifen. Das private Engagement entlastet den deutschen Entwicklungshaushalt. Und das Unternehmen profitiert von der politischen Unterstützung durch die Entwicklungszusammenarbeit.

Peru: Mehr Erträge mit weniger Wasser

In den südlichen Anden Perus wird seit Jahrhunderten Bewässerungsanbau betrieben. Doch Wasser ist knapp, die Menschen sind arm. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert die Optimierung der Bewässerungssysteme für 13.000 Kleinbetriebe. Bereits bei der Planung wurden die Bauern beteiligt, sie werden beraten und betreiben die modernisierten Anlagen in eigener Regie. Mit Erfolg: Die Kleinbauern konnten ihre Erträge verdoppeln. Ein bescheidener Wohlstand ist in die Dörfer gekommen, und die Landflucht geht zurück.

Effektiver bewässern

Einfache, aber bessere Bewässerungstechnik senkt den Wasserbedarf der Landwirtschaft und erhöht gleichzeitig die Ernteerträge. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert deshalb vor allem die Effizienz bestehender Bewässerungssysteme. Etwa durch wassersparende Anbaumethoden und die Reparatur maroder Leitungen. Besonders gefördert werden kleine Bewässerungsanlagen, die von den Nutzerinnen und Nutzern eigenverantwortlich betrieben werden.

Dialog statt Konflikt

Internationale Wasserkonflikte zu lösen bedeutet, regionale Kooperation zu fördern. Ziel der Entwicklungspolitik ist es dabei, den Nutzungsdruck auf die Gewässer zu reduzieren. Probleme können nur gemeinsam mit allen Anrainern gelöst werden. Die Entwicklungszusammenarbeit fördert die Zusammenarbeit unter den Anrainern und setzt auf politischen Dialog und internationale Kooperation.



Die Landwirtschaft verbraucht zwei Drittel des weltweit verfügbaren Wassers. Doch bei der Bewässerung lässt sich mit einfachen Mitteln viel Wasser sparen.

Ressourcenschutz über Grenzen hinweg

Der Ohrid-See zwischen Mazedonien, Albanien und Griechenland ist mit über zwei Millionen Jahren der älteste See Europas. Seine einzigartige Fauna und Flora und seine schöne Naturlandschaft machen ihn touristisch attraktiv. Doch die Abwässer der umliegenden Orte bedrohen die Wasserqualität. Albanien und Mazedonien haben nun vereinbart, mit deutscher Unterstützung Kläranlagen auf ihren Ufern zu bauen. Zudem haben alle drei Länder Schutzgebiete um den See angelegt, um ihn vor Verschmutzung durch Düngemittel und Pestizide aus der Landwirtschaft zu schützen.

Dieses gemeinsame Vorgehen ist neu für die Region. Trotz wirtschaftlicher und politischer Probleme werden zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung Lasten in Kauf genommen – etwa höhere Wassertarife oder Einschränkungen für Landwirtschaft und Fischerei. Zudem werden Mitspracherechte des anderen Landes beim Umgang mit gemeinsamen Ressourcen akzeptiert. Letztlich auch eine Krisenprävention, da über die Zusammenarbeit Vertrauen entsteht. Andererseits werden neue Chancen erschlossen: etwa Obstanbau, umweltverträglicher Tourismus oder das Sammeln wertvoller Heilkräuter für den Export.

Brasilien: Gemeinsam die Wasserversorgung organisieren

Im trockenen Nordosten Brasiliens ist der Wassermangel eines der größten Entwicklungsprobleme. Um die Grundversorgung mit Trinkwasser sicherzustellen, haben sich rund 70 Dörfer mit Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu regionalen Wasserverbänden zusammengeschlossen. Diese Zweckverbände helfen den Nutzergruppen in den Dörfern, ihre Wasserversorgung selbst zu verbessern. Mittlerweile haben einige Bundesstaaten in Brasilien beschlossen, dieses erfolgreiche Modell zu übernehmen.



Die Wasserversorgung des Haushalts ist vielerorts Aufgabe der Frauen – und oftmals harte Arbeit.

Dezentralisierung: Vor Ort entscheiden

Die Dezentralisierung eröffnet große Chancen für Wasserversorgung und Umweltschutz: Wenn nicht in einer zentralen Behörde, sondern vor Ort über Probleme und Lösungswege entschieden wird, können alle beteiligt werden, vor allem auch die Frauen. Entscheidungen über Investitionen richten sich danach, was lokal erforderlich ist und was die Menschen bezahlen können. Das steigert ihre Verantwortung für ihre Wasserversorgung.

Ein Brunnen im Dorf statt weiter Wege für die Frauen

In vielen Dörfern Afrikas gibt es bislang keine Brunnen mit sauberem Trinkwasser. Das Wasser wird über lange Strecken zu Fuß geholt, von einer entfernten Quelle oder dem nächsten Fluss. Traditionell eine Aufgabe für Frauen und Mädchen, die oft Stunden mit schweren Kanistern und Wasserkrügen unterwegs sind – eine Knochenarbeit. Ihnen bleibt dadurch kaum Zeit für Bildung, Erziehung und andere produktive Tätigkeiten. Und das Wasser ist oft verschmutzt und verursacht Durchfall, Cholera oder Ruhr.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit finanziert einfache Trinkwasserbrunnen in den Dörfern. Vom sauberen Wasser profitieren alle im Dorf. Am meisten die Frauen. Deshalb begreifen sie den Nutzen der Brunnen eher als die Männer. Daher wird in den Projekten darauf hingewirkt, dass gerade die Frauen schon über den Standort der Brunnen mitentscheiden. Oft wird ihnen auch die Verantwortung für die Instandhaltung der Wasserstellen übertragen. Das stärkt ihre Stellung im Dorf.

Einer muss die Initiative ergreifen – die Bonner Süßwasserkonferenz

„Wasser – ein Schlüssel zur nachhaltigen Entwicklung“ war das Motto der Internationalen Süßwasserkonferenz im Dezember 2001, zu der die Bundesregierung nach Bonn eingeladen hatte. Auf deutsche Initiative hin formulierten Delegierte von 118 Regierungen, von 47 internationalen Organisationen und 73 Organisationen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen Empfehlungen für den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im September 2002.

Handlungsempfehlungen für Johannesburg

- Die zentralen Handlungsempfehlungen der Bonner Süßwasserkonferenz zeigen praktische Schritte zu einer besseren Wasserversorgung, zu einer gerechten Verteilung und einem nachhaltigen Umgang mit Wasser. Regierungen werden aufgefordert, allen Menschen einen sicheren Zugang zu Wasser zu ermöglichen und dabei besonders die Armen und die Frauen zu berücksichtigen. Sie sollen das Management der Wasserressourcen verbessern und die Qualität und ökologische Funktion des Wassers schützen. Wesentlich sind dabei auch der Kampf gegen Korruption, Dezentralisierung des Wassersektors und die Beteiligung der Wassernutzer und -nutzerinnen an Entscheidungen.
- Um den hohen Finanzierungsbedarf der Wasserversorgung zu decken, soll der Finanzierungsrahmen für die Wasserversorgung verbessert werden. Dazu gehören kostendeckende, sozial verträgliche Tarife, aber auch private Investitionen. Bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit soll dem Wassersektor hohe Priorität beigemessen werden.

- Bildung, Ausbildung und Erfahrungsaustausch haben eine wichtige Funktion bei der Wasserversorgung und sollen verstärkt werden. Das betrifft alle Ebenen: Experten in Behörden, das Management der Wasserversorger, aber auch die lokale Ebene der Wassernutzer. Wenn diese in ihrem eigenen Interesse die Wasserversorgung selbst in die Hand nehmen sollen, müssen ihnen die Kenntnisse dazu vermittelt werden. Auch der Transfer wassersparender und umweltschonender Technologie gehört dazu.

Internationale Süßwasserkonferenz in Bonn, Dezember 2001



Biodiversität – Vielfalt für die Zukunft

Vielfalt eröffnet Perspektiven

Die Vielfalt des Lebens auf der Erde – die Biodiversität – ist ein wichtiges Kapital für unsere Zukunft. Sie sorgt für das ökologische Gleichgewicht unseres Lebensraumes. Je größer der Artenreichtum bei Tieren und Pflanzen, um so größer ist die Vielfalt an genetischen Informationen. Dies ist eine wichtige Grundlage für neue technische Entwicklungen und bessere Produkte wie Arznei- und Lebensmittel.

Perspektiven für Ernährung

Von den mehr als 30.000 essbaren Pflanzen nutzt die Menschheit für die Ernährung hauptsächlich 30 Arten, in erster Linie drei – Weizen, Reis und Mais. Das wird nicht ausreichen, um zukünftig den Hunger der wachsenden Weltbevölkerung zu stillen. Eine möglichst große „Agrobiodiversität“, genetische Vielfalt auf den Äckern und Weiden der Welt, ist wichtig als Basis für die Züchtung neuer, ertragreicher Nutzpflanzen. Gerade regionale Sorten und Arten haben oft Eigenschaften entwickelt, die auch woanders gefragt sein könnten.

Ungehobene Schätze

Die Regenwälder und Korallenriffe sind die größten biologischen und genetischen Schatzkammern. Sie beherbergen den Großteil aller Tier- und Pflanzenarten der Erde – und sind noch längst nicht vollständig erforscht. Ein wertvolles Reservoir für Biochemie, Pharmazie, Gentechnik und Grundlagenforschung. Aus Pflanzen werden seit Jahrtausenden Medikamente entwickelt. Aus dem Madagaskar-Immergrün wird heutzutage zum Beispiel ein Präparat hergestellt, das die Überlebensrate krebserkrankter Kinder deutlich erhöht. Schätzungsweise 25 Prozent unserer modernen Medikamente stammen ursprünglich aus den Wirkstoffen tropischer Pflanzen, circa 80 Prozent der Weltbevölkerung sind bei ihrer Gesundheitsversorgung von Heilpflanzen abhängig. Die Biodiversität bringt uns allen also praktischen Nutzen und Gewinn.



Schatzkammer Regenwald: Urwald in Malaysia.

Lebenswichtiger Wirtschaftsfaktor

Der Reichtum von Flora und Fauna ist Lebensgrundlage vieler Menschen in Entwicklungsländern. Etwa auf den Fidschi-Inseln: Früchte, Krebse und Fische aus den Flüssen, Heilkräuter – für das, was die Frauen aus den Dörfern im Wald sammeln, müsste eine Familie auf dem Markt umgerechnet rund 1.700 Euro im Jahr bezahlen. Unmöglich bei einem Durchschnittseinkommen der Familien von gerade 350 Euro im Jahr.

Perspektive Ökotourismus

Viele arme Länder setzen große Hoffnungen in den Tourismus. Artenvielfalt und intakte Ökosysteme sind dabei ihr Kapital. Der Tourismus schafft Arbeitsplätze und kann zukünftig eine wichtige Einnahmequelle werden. Vorausgesetzt, er ist nachhaltig: Er passt sich der Kultur und der Umwelt im Zielland an, und seine Einnahmen kommen den Menschen dort zugute. Ökotourismus – also nachhaltiger Tourismus in ökologisch sensiblen Gebieten – kann sogar Naturschutz finanzieren: Für viele Naturparks und Schutzgebiete sind die Besuchereinnahmen die einzige Einnahmequelle.

Stichwort Biodiversität

Unter der biologischen Vielfalt oder „Biodiversität“ versteht man die genetische Vielfalt, die Artenvielfalt und die Vielfältigkeit der Ökosysteme. Auch Nutztiere und -pflanzen gehören dazu. Biodiversität ist das Ergebnis der Evolution seit dem Beginn des Lebens auf der Erde. Wissenschaftler gehen von rund 13 Millionen Tier- und Pflanzenarten aus, obgleich Schätzungen zwischen 10 und 100 Millionen variieren. Nur rund 1,75 Millionen davon sind bislang wissenschaftlich erfasst. Ein großer Teil des Artenreichtums findet sich in den Entwicklungsländern. In den tropischen und subtropischen Regionen leben bis zu 90 Prozent der heute bekannten Lebewesen.

„Hotspot“ Kolumbien

Ein Vergleich mit Deutschland verdeutlicht den Artenreichtum in den Entwicklungsländern. Kolumbien gehört zu den artenreichsten Ländern der Welt. Fachleute bezeichnen das als „Biodiversitäts-Hotspot“. Fast 3.300 Tierarten leben hier: Säugetiere, Vögel, Reptilien und Amphibien – Insekten nicht einmal mitgezählt. Das sind mehr als achtmal so viel wie in Deutschland. Ein Teil dieser Lebewesen kommt nur in Kolumbien vor. Ein anderes Beispiel: In Costa Rica fand man auf einem Hektar Wald mehr als 190 Baumarten. In ganz Europa gibt es dagegen kaum mehr als 60.





Auch nicht landwirtschaftlich genutzte Gebiete haben eine wertvolle Funktion. Sie sind Rückzugsgebiete für Pflanzen- und Tierarten.

Artensterben – eine schleichende Gefahr

Das Aussterben von Pflanzen- und Tierarten ist Teil des natürlichen Evolutionsprozesses. Normalerweise gleicht das Ökosystem das Aussterben einer Art aus. Menschliche Aktivitäten – Landwirtschaft, Verstädterung, Raubbau, Abholzung und Umweltzerstörung – haben die Artenvielfalt jedoch empfindlich reduziert. Und sie bedrohen den Bestand heute mehr denn je: Derzeit liegt die Aussterberate 50- bis 100mal über der als natürlich angenommenen Rate. Pflanzen, die nur in einigen Gebieten vorkommen, werden – oftmals unbemerkt – vernichtet. Tierarten sind gefährdet, weil ihr Lebensraum immer mehr eingeschränkt wird. Eine Art, die ausstirbt, ist unwiederbringlich verloren. Es wird befürchtet, dass bis zum Jahr 2020 weitere 20 Prozent der Arten verschwinden.

Gefahr für Lebensräume

Das Artensterben stört weltweit die sensible Balance von Ökosystemen, in denen jede Art eine Funktion hat. Es gefährdet den Lebensraum einheimischer Bevölkerungsgruppen, etwa im brasilianischen Regenwald. Mit dem Verlust ihrer Lebensräume geht auch ihre Kultur verloren – und ihr unschätzbare Wissen über Tiere und Pflanzen und deren Verwendungsmöglichkeiten. Das Artensterben hat aber auch unabsehbare Folgen für die Industrieländer. Denn auch sie hängen davon ab, dass zum Beispiel die tropischen Regenwälder Wasserhaushalt und Klima unseres Planeten regulieren.

Wo Armut und Naturschutz kollidieren

Es ist nicht zuletzt die Armut, die den großen Artenreichtum der Entwicklungsländer bedroht – etwa, wenn Menschen Regenwälder roden, um Brennholz und Ackerland zu gewinnen. Die Menschen sind Täter aus Not – und gleichzeitig Opfer. Denn mit der Natur zerstören sie auch den eigenen Lebensraum. Doch auch manche Schutzmaßnahmen, die den Zugang zu ihren Lebensgrundla-

gen einschränken, gehen zu ihren Lasten – etwa das Verbot, Bäume als Brennholz zu schlagen. Der Schutz ist oft dort am dringendsten, wo auch Siedler, Jäger oder Viehzüchter die natürlichen Ressourcen nutzen. Hier ist ein Interessenausgleich notwendig.

Reichtum nicht verschleudern

Nicht nur in den Regenwäldern gilt: Mit jeder Tier- oder Pflanzenart, die ausgerottet wird, verschwinden unersetzbare genetische Informationen. Die wissenschaftliche Erforschung der Arten kann längst nicht mehr mit ihrer Ausrottung Schritt halten. Dadurch entsteht auch ein unabsehbarer wirtschaftlicher Schaden.

Dabei ist die Biodiversität nicht zuletzt auch ein wichtiger Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Sofern die biologische Vielfalt nicht zerstört und ihr Nutzen gerecht verteilt wird, bietet sie den Entwicklungsländern eine wichtige Grundlage für ihre zukünftige Entwicklung. Die biologische Vielfalt ist ein wichtiges Zukunftskapital der armen Länder. Daher ist ihr Schutz auch eine wichtige Aufgabe der Entwicklungspolitik.

Nutzen und schützen: Die Biodiversitätskonvention

Der Verlust an biologischer Vielfalt ist ein weltweites Problem. Kein Staat kann es allein lösen. Daher wurden 1992 auf dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ein globaler Vertrag unterzeichnet. Dass die Biodiversität geschützt werden muss, war keine Frage. Doch wie kann ein wirksamer Schutz aussehen?

Was dem Menschen nützt, das schützt er

Die Konvention über die biologische Vielfalt, die in Rio verabschiedet wurde, gibt einen klaren Weg vor: Schutz, nachhaltige Nutzung und gerechte Verteilung der sich aus der Nutzung ergebenden Gewinne sind ebenbürtige Ziele, wenn der biologische Reichtum auch in Zukunft erhalten werden soll. Hintergrund: Die Erfahrung hat gezeigt, dass reine Naturschutzkonzepte oft nicht erfolgreich sind. Der Mensch schützt am ehesten das, was ihm Nutzen bringt. Es geht also darum, den Wert der Biodiversität zu erkennen und nutzbar zu machen – jedoch so schonend, dass sie erhalten wird. Um den Ländern Anreize zum Schutz ihrer Biodiversität zu geben, sieht die Konvention daher Regelungen für den Zugang und die nachhaltige Nutzung der genetischen Ressourcen vor.

Die Biodiversitätskonvention

Die Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) wurde 1992 verabschiedet und trat 1993 in Kraft. Bis 2002 sind ihr bereits 182 Staaten sowie die Europäische Gemeinschaft beigetreten. Während frühere Abkommen lediglich einzelne Naturschutzaspekte behandelten, regelt sie umfassend und international die Erhaltung biologischer Ressourcen. Ihre drei zentralen Ziele:

- Erhalt der biologischen Vielfalt (Gene, Arten und Ökosysteme),
- nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile,
- gerechte Aufteilung der Gewinne aus der Nutzung genetischer Ressourcen („Vorteilsausgleich“).

Die Vertragsstaaten haben sich verpflichtet, dafür nationale Strategien und Aktionspläne zu entwickeln. Deutschland unterstützt Entwicklungsländer dabei, die Konvention in die Tat umzusetzen.

Philippinen: Gegen die Biopiraten

Die Philippinen beherbergen eine ungeheure Artenvielfalt. Forscher und Unternehmen aus aller Welt sammeln in den Wäldern und Küstenstreifen biologisches Material – auch für kommerzielle Zwecke. Eigentlich muss diese Erkundung – die so genannte Bioprospektion – genehmigt werden. Doch die modernen „Biopiraten“ arbeiten illegal und meist unbemerkt. Unterstützt von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit klärt daher die philippinische Organisation SEARICE die Menschen in den Dörfern, die Verwaltung, die Polizei und den Zoll über ihre Rechte und den Wert genetischer Ressourcen auf. Mit Erfolg: Mehrfach schon konnten Biopiraten gestellt werden. Eine Forschergruppe hat inzwischen den legalen Weg beschritten. Bevor sie mit der Suche nach einem Wirkstoff gegen Bluthochdruck begann, hat sie das Projekt mit der Dorfgemeinschaft diskutiert und eine Gewinnbeteiligung vereinbart.

Wer darf die genetischen Ressourcen nutzen?

Der Bedarf der Forschung an genetischen Informationen wächst. Wichtige Lieferanten sind die Länder des Südens mit ihrer Vielfalt an Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen. Zahlreiche Forscher aus den Industrieländern suchen dort nach Rohmaterial für Biochemie, Molekularbiologie und Gentechnik. Doch wer darf darüber verfügen, wer davon profitieren? Bislang haben die armen Länder nichts davon gehabt, wenn aus ihren genetischen Ressourcen neue, Gewinn bringende Produkte entwickelt werden.

Die Biodiversitätskonvention (CBD) schreibt daher vor, dass die Entwicklungsländer an Gewinnen aus der biotechnischen Nutzung ihrer genetischen Ressourcen angemessen beteiligt werden. Denn sie geht davon aus, dass die Verantwortung gegenüber den genetischen Ressourcen nur wächst, wenn geregelte „Besitzverhältnisse“ herrschen. Erst wenn die Länder selbst von der biologischen Vielfalt profitieren, haben sie auch starkes Interesse an ihrem Schutz.

Vorteile für beide Seiten

Dahinter steckt die Idee des „benefit sharing“, eines Ausgleichs von Gewinnen zwischen beiden Seiten. Länder, die eine hohe biologische Vielfalt besitzen und deren Bevölkerung über einen reichen Schatz an traditionellem Wissen verfügt (in der Regel Entwicklungsländer), werden gerecht an der Nutzung und den Erträgen aus ihren genetischen Ressourcen durch Unternehmen und Forschungseinrichtungen anderer Staaten beteiligt. Darüber hinaus steuern die „Nutzerländer“ Technologien und finanzielle Mittel für den Schutz und die Nutzung der Biodiversität bei.

Zugang zu den genetischen Ressourcen erhalten Nutzer nur,

- sofern sie das Entwicklungsland und die lokale Bevölkerung umfassend über ihr Vorhaben informiert haben,

- sich mit ihnen über die Bedingungen geeinigt haben,
- sie an den Gewinnen gerecht beteiligen,
- und die Ressourcen nachhaltig nutzen.

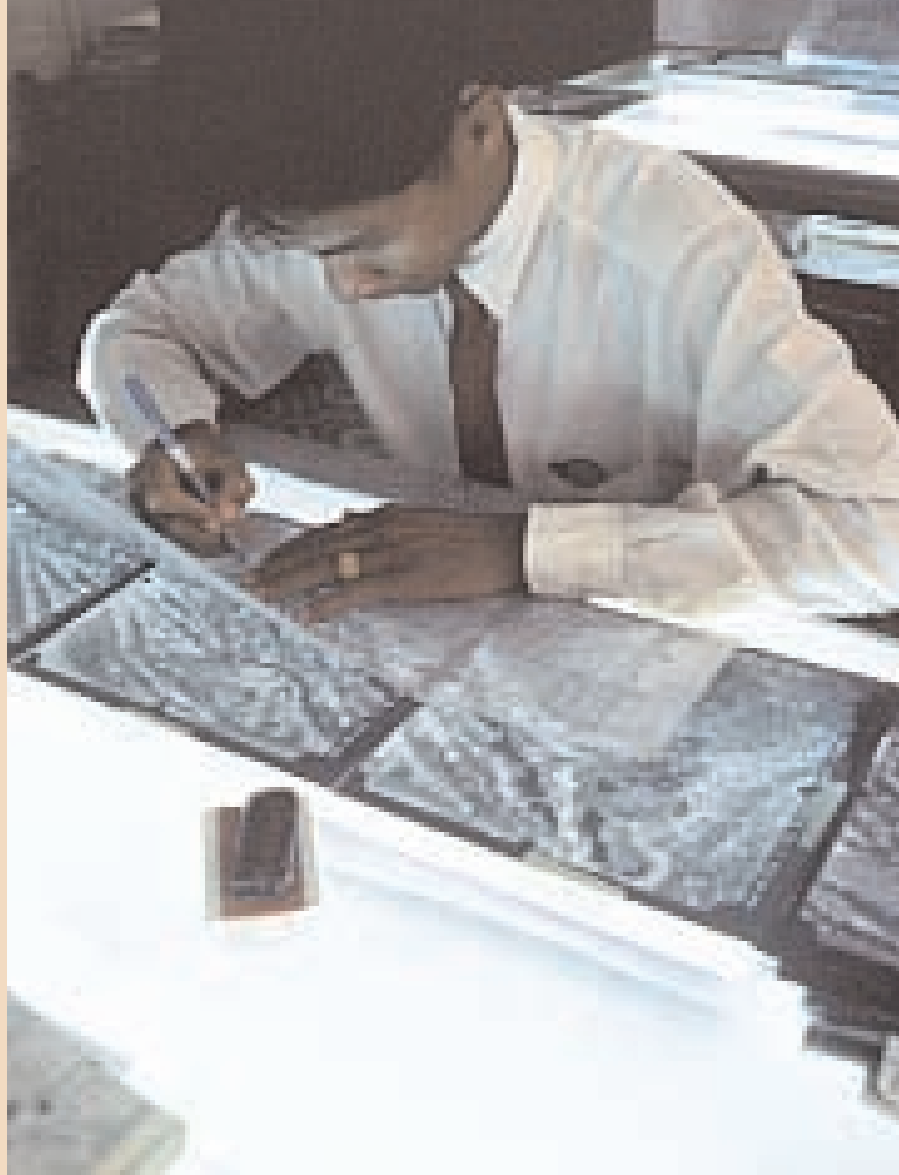
Die Länder müssen dazu die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Deutschland unterstützt verschiedene Partnerländer dabei.

Finanzschub für Ressourcenschutz und Entwicklung

Dieser „Vorteilsausgleich“ kann eine zusätzliche Finanzquelle für den Ressourcenschutz und die Entwicklung der armen Länder werden. Doch die konkrete Umsetzung ist noch umstritten, viele Fragen sind noch offen. Was ist ein gerechter Vorteilsausgleich, was gehört zu einer umfassenden Information und wie lassen sich die Rechte der einheimischen Bevölkerung berücksichtigen? Darüber wird zwischen den Vertragsstaaten der CBD weiter kontrovers diskutiert. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit tritt dabei für die Anerkennung der Rechte einheimischer Bevölkerungsgruppen und ihre Beteiligung am politischen Dialog ein.

Das Abkommen reicht über die Umweltpolitik hinaus

Die CBD spricht den Ländern und der einheimischen Bevölkerung ein Recht zu, über Schutz und Nutzung ihrer genetischen Ressourcen zu entscheiden und davon zu profitieren. Der Abgleich mit anderen internationalen Vereinbarungen steht dabei zum Teil noch aus: z.B. mit dem Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights, TRIPs). Besonders umstritten ist dabei die Ausdehnung des Patentschutzes auf Lebewesen, was viele Entwicklungsländer nicht akzeptieren. Die deutsche Entwicklungspolitik tritt international für eine Harmonisierung zwischen handels-, wirtschafts- und umweltpolitischen Fragen ein.



Satellitenbilder helfen bei der Festlegung von Schutzgebieten.

Was tut die Entwicklungszusammenarbeit?

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt seit 1985 über 360 Projekte zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt, überwiegend in den Bereichen Naturschutz, ländliche Entwicklung, Fischerei und Waldwirtschaft. Dafür werden jährlich für Projekte mit den Partnerländern über 60 Millionen Euro aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereitgestellt. Zusätzlich wurden seit 1991 ca. 260 Millionen Euro für Biodiversitätsprojekte, die durch die Vereinten Nationen und die Weltbank durchgeführt werden (so genannte GEF-Projekte) finanziert.



Traditionelles Wissen über die Wirkung von Heilkräutern: Oft eine Domäne der Frauen.

„Apotheke Natur“

Heilpflanzen, die zu einem großen Teil in Regenwäldern wachsen, sind wichtige traditionelle Heilmittel für die Menschen dort. Denn sie sind auch in abgelegenen Gebieten zugänglich und billiger als industriell hergestellte Medikamente. Viele Menschen leben davon, Heilkräuter für den Verkauf zu sammeln. Auch für die Handelsbilanz der armen Länder wird der Verkauf von Heilkräutern zunehmend wichtiger. Allein Deutschland importiert pro Jahr Heil- und Medizinalpflanzen für mehr als 75 Millionen Euro. Die Regeln der Biodiversitätskonvention gelten auch für Heilpflanzen.

Der Umgang mit Heilpflanzen liegt oft in den Händen von Frauen, die dabei einen großen Erfahrungsschatz gesammelt haben. Männer arbeiten dagegen beispielsweise eher in der

Ecuador: Die Regenwald-Manager

Der ecuadorianische Regenwald ist Lebensraum und Nahrungsquelle für viele einheimische Bevölkerungsgruppen. Ein deutsches Entwicklungsprojekt berät indigene Dorfgemeinschaften bei der nachhaltigen Nutzung und beim Management von vier Schutzwäldern (kommunale Schutzgebiete). Auf Grundlage ihres traditionellen Wissens haben die Dorfgemeinschaften Schutzkonzepte entworfen. Wo gibt es seltene Tiere und Pflanzen? Welche Gebiete müssen geschützt, wo darf Holz geschlagen, wo gejagt werden? Wo darf das Vieh im Wald weiden, wo wird Ackerbau betrieben? Wo gibt es Interessenkonflikte, und wie löst man sie? Die Dorfbewohner sind inzwischen zu Managern in Sachen Nachhaltigkeit geworden und bieten auch Ökotourismus an. Er kann zukünftig eine wichtige Einnahmequelle werden – und anderen Menschen die fantastische Vielfalt des Regenwaldes nahe bringen.

Land- oder Holzwirtschaft und haben entsprechendes Wissen darüber. Ein Beispiel dafür, dass Männer und Frauen traditionell Ressourcen unterschiedlich nutzen und daher ganz unterschiedliche Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Entwicklungspolitik setzt darauf, dieses Wissen gleichermaßen nutzbar zu machen. Dieses Vorgehen ist Teil des so genannten Gender-Konzeptes, das die gesamte Entwicklungszusammenarbeit durchzieht.

Gender-Konzept – was heißt das?

Wo Frauen gefördert werden, sollen auch Männer beteiligt werden. Es ist wichtig, dass sie verstehen, was die Frauen machen, wollen oder planen, und sie dabei auch unterstützen. Das ist – kurz gefasst – die Idee, die hinter dem so genannten Gender-Konzept in der Entwicklungspolitik steht (der englische Begriff „Gender“ bedeutet hier so viel wie „soziale Geschlechterrolle“). Anders als bei einer reinen Frauenförderung werden die Männer in die Strategie integriert und für die Lage der Frauen und ihre Probleme sensibilisiert. Ziel ist hier, dass Männer von Frauen lernen und umgekehrt. So soll nicht nur die Position der Frauen gestärkt, sondern auch das Verhältnis der Geschlechter zueinander insgesamt verändert werden.

Dieser ganzheitliche Ansatz geht aber über lokale Entwicklungsprojekte hinaus. Auch Verwaltungen, Ministerien und Politik – alle Institutionen, die wichtige Entscheidungen treffen – werden beraten, das Gender-Konzept in ihrer Arbeit zu übernehmen. Das Konzept ist auch in Deutschland und den EU-Ländern politische Leitlinie.



Eine Reisbäuerin in Indien. Die Position der Frauen zu stärken, ist ein wichtiges Ziel der Entwicklungspolitik.

Peru: Das Wissen der Frauen

Das Land in den Anden beherbergt zahlreiche Pflanzen, die als Nahrungs- oder Heilmittel Verwendung finden. Ein von Deutschland unterstütztes Entwicklungsprojekt hat das Ziel, diese enorme genetische Vielfalt zu erhalten und greift dazu auf das traditionelle Wissen der Einheimischen zurück. Dabei schlägt man einen neuen Weg ein: Gemeinsam mit der Bevölkerung wird das – zum Teil höchst unterschiedliche – traditionelle Wissen von Männern und Frauen gleichermaßen erfasst. Dieses Wissen wird in lokalen Projekten genutzt. Aber auch Verwaltung und unabhängige Organisationen werden dafür gewonnen, diese Ergebnisse im ganzen Land für eine nachhaltige Entwicklung nutzbar zu machen.



Wald – nicht nur zum Spazierengehen

Der Wald hat es in sich

Wälder sind nicht nur schöne Naturräume, in denen sich gestresste Städter erholen können. Sie bieten vielen Menschen Einkommen, Nahrung und Lebensraum und liefern nachwachsende Rohstoffe. Sie haben eine enorme ökologische und ökonomische Bedeutung für Industriestaaten und Entwicklungsländer.

Holz ist einer der ältesten Roh- und Baustoffe. Er ist dem Menschen vertraut wie kein anderer. Jährlich wird Holz im Wert von rund vier Milliarden US-Dollar eingeschlagen. Tropenholz ist für viele Entwicklungsländer ein wichtiges Exportprodukt. Und für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, rund drei Milliarden Menschen, ist Brennholz die einzige Energiequelle zum Kochen und Heizen. Weltweit deckt Holz sieben Prozent des Energiebedarfs, in den Entwicklungsländern über 70 Prozent.

Großkonzern Wald

Nicht nur als Holzproduzent ist der Wald ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wie ein riesiger Konzern fabriziert er viele Dinge, die den Menschen nützen: eine Vielzahl von Früchten, Wild, Heilpflanzen, Öle, Harze und andere wertvolle Rohstoffe. In Peru etwa sind die Erträge aus Waldfrüchten und Latex dreimal höher als die aus der Viehzucht. Wälder sind natürliche Fabriken für Heilpflanzen und pharmazeutische Rohstoffe. In den Industrieländern werden jedes Jahr für viele Milliarden Euro pharmazeutische Produkte aus Tropenwaldpflanzen verkauft.

Biologische Schatzkammer Regenwald

Regenwälder bedecken gerade sechs Prozent der Landflächen, beherbergen jedoch eine immense Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten: Auf einem halben Quadratkilometer Regenwald in Malaysia leben so viele Baum- und Buscharten wie in den USA und Kanada zusammen. Die Regenwälder sind sozusagen eine gigantische genetische Bibliothek von unschätzbarem Wert.

Wald – Potenzial für die Entwicklung

Viele Menschen leben vom Wald. Gerade arme Bevölkerungsgruppen sind auf die Wälder angewiesen. Über eine Milliarde Menschen haben weniger als einen US-Dollar Bareinkommen am Tag zur Verfügung. Der größte Teil von ihnen lebt im ländlichen Raum. Ohne das, was sie im Wald sammeln und ernten, könnten sie nicht leben. Eine nachhaltige Nutzung des Waldes ist eine Chance für sie, ihre Situation zu verbessern. Daneben bietet der Wald für die armen Länder auch Entwicklungspotenzial im Tourismus.

Der Wald als Klimaanlage...

Zusammen mit den Weltmeeren regulieren die Wälder die globalen Kreisläufe von Wasser und CO₂ und damit den Klimahaushalt der Erde. Sie beeinflussen Bodentemperatur, Verdunstung, Wolkenbildung und Niederschläge. Ohne die tropischen Regenwälder würde sich die Erde am Äquator stärker erwärmen, die Randtropen würden sich abkühlen.

Wälder beeinflussen auch das regionale Klima. Werden sie großflächig abgeholzt, verdunstet weniger Wasser. Die Folge: In der Hauptwindrichtung sinken die Niederschläge – mit fatalen Auswirkungen für die Landwirtschaft. So blieb in einigen Regionen Malaysias nach Entwaldungen der Regen aus. 20.000 Hektar Trockenreisfelder mussten aufgegeben werden, auf weiteren 72.000 Hektar sanken die Erträge.

...und Wasserspeicher

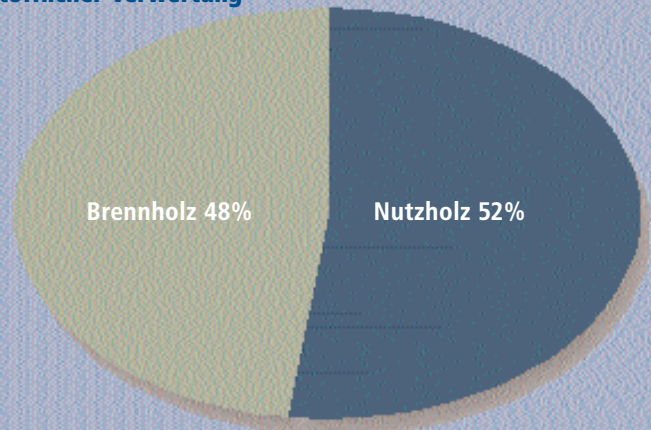
In Wurzelwerk und Boden speichert der Wald wie ein Schwamm Wasser, regelt so den Wasserhaushalt und verhindert Überschwemmungen. Der Wasserspeicher Wald hat große Bedeutung für die Trinkwasserversorgung. Zudem schützt der Wald den Boden vor Erosion. Ohne Wald drohen Wind und Regen die dünne Humusschicht fortzutragen.

Fachleute schätzen, dass allein die Versandung von Kraftwerken und Bewässerungsanlagen, die auf Entwaldung zurückgeht, jährliche Kosten von 6 Milliarden US-Dollar verursacht.

Ein Sonderfall sind die tropischen Regenwälder. Sie produzieren gerade so viel Nährstoffe, wie sie verbrauchen. So können sie auf nährstoffarmen Böden gedeihen. Rodung unterbricht diesen Nährstoffkreislauf. Ackerbau ist nur kurze Zeit möglich, dann sind die Nährstoffe im Boden erschöpft.

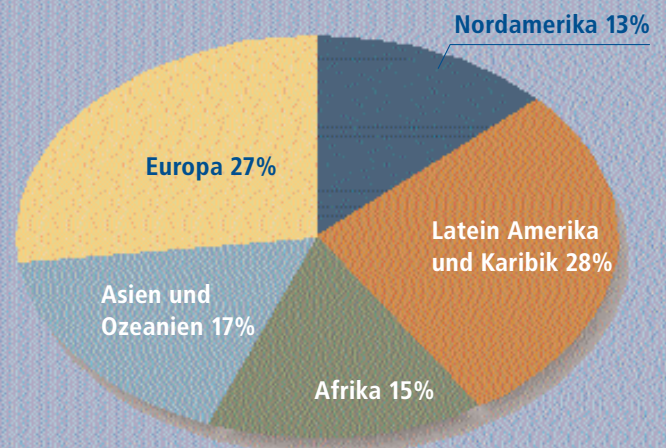
Holznutzung weltweit

Verhältnis von energetischer und stofflicher Verwertung



Quelle: Der Bürger im Staat, Heft 1 / 2001

Waldfläche weltweit nach Regionen



Quelle: FAO 1999



Vietnam: Am Mekong liegt Holz aus Laos zum Weiterverkauf bereit. Raubbau an den Wäldern verstärkt den Treibhauseffekt.

Mit Axt und Motorsäge ins Treibhaus?

Abholzung und Brandrodung verstärken den Treibhauseffekt, also die Erwärmung des Erdklimas. Wenn der Wald wächst, nimmt er aus der Luft das Treibhausgas Kohlendioxyd (CO_2) auf. Bei der Verbrennung oder Verrottung des Holzes wird dieses CO_2 wieder freigesetzt.

Die Waldbestände der Erde speichern rund doppelt so viel CO_2 , wie zur Zeit in der Atmosphäre enthalten ist. Wird die weltweite Waldfläche weiter reduziert, steigt der CO_2 -Anteil in der Erdatmosphäre. Gezielte Aufforstung dagegen kann die Zunahme von CO_2 in der Atmosphäre verlangsamen.

Und täglich schrumpft der Wald

Nach dem Ende der letzten Eiszeit, also vor rund 18.000 Jahren, bedeckten Wälder die Hälfte der Landflächen. Menschen haben Wälder gerodet, seit sie Ackerbau betreiben. Bevölkerungswachstum und Industrialisierung haben das Tempo der Abholzung beschleunigt. Seit 1850 ist mehr Wald gerodet worden als im Lauf der gesamten Menschheitsgeschichte zuvor.

Große Waldverluste in Entwicklungsländern

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Waldzerstörung dramatische Ausmaße angenommen: Von 1980 bis 1995 ist die weltweite Waldfläche um 180 Millionen Hektar geschrumpft. In den Entwicklungsländern sogar um 200 Millionen Hektar, dafür nahm die Waldfläche der entwickelten Länder um 20 Millionen zu.

Im letzten Jahrzehnt gingen jährlich 15 Millionen Hektar Wald verloren. Die größten Waldverluste gab es in Afrika. Mehr als 70 Entwicklungsländer werden zu den waldarmen Ländern gezählt, in denen nur noch unter 10 Prozent der Landesfläche bewaldet sind (in Deutschland sind es etwa 30 Prozent).

Waldzerstörung hat viele Ursachen...

Die Gründe für die Zerstörung der Wälder sind vielfältig. Klar ist, dass mit wachsender Bevölkerung der Druck auf die Wälder zunimmt. Immer mehr Menschen benötigen Brennholz oder Holzkohle zum Kochen und Heizen. Und für viele ist Brandrodung die einzige Möglichkeit, ein Stück Ackerland zu bekommen, um die Ernährung ihrer Familie zu sichern. Gerät das Feuer außer Kontrolle, was in Dürrezeiten oft geschieht, kann es riesige Waldgebiete vernichten.

Armut ist eine davon...

Es ist also oft die Not, die die Menschen dazu zwingt, den Wald abzuholzen. Doch häufig sind die gerodeten Flächen für den Feldbau ungeeignet. Nach kurzer Zeit sinken die Erträge. Aus der Not roden die Menschen weitere Wälder für Ackerland. Wer Mangel leidet, hat nun einmal wenig Interesse an langfristigem Waldschutz. Armut ist also eine Gefahr für die Regenwälder, und die Waldzerstörung erzeugt neue Armut – ein Teufelskreis.

...mangelnde Nachhaltigkeit eine andere

Holz ist zwar ein nachwachsender Rohstoff. Doch Naturwälder sind komplizierte Ökosysteme, die über Jahrhunderte entstanden sind. Sie benötigen Zeit, um nachzuwachsen und sich zu regenerieren. Nachhaltiger Umgang mit dem Wald ist also gefragt: Nur so viel aus dem Wald entnehmen, dass er sich regenerieren kann und langfristig erhalten bleibt. Wie man vom Wald lebt, ohne ihn zu zerstören, zeigen zum Beispiel indigene Völker im brasilianischen Regenwald. Sie haben eine angepasste Lebensweise entwickelt. Doch Bauern oder Viehzüchter, die auf der Flucht vor Armut oder Desertifikation in Waldgebiete eindringen und sie abholzen, haben eine andere Tradition. Ihnen sind nachhaltige Methoden der Waldbewirtschaftung fremd.

Kurzfristiger Gewinn, bleibender Verlust

Nicht nur an nachhaltigen Methoden mangelt es, sondern oft auch am Bewusstsein für den wahren Wert des Waldes. Das gilt besonders für die kommerzielle Waldnutzung in vielen Ländern. Die Holzunternehmen sind vielfach auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtet. Sie kalkulieren beim Holzeinschlag nur die Kosten für Löhne, Maschinen und Transport. Dass der Raubbau aber das Grundkapital – nämlich den Wald – vernichtet, wird genauso übersehen wie die Folgekosten der Waldzerstörung. Auf den kurzfristigen Gewinn folgt langfristig ein viel größerer Verlust.



Holzhandel auf Madagaskar. Der Verkauf von Brennholz ist oft eine wichtige Einnahmequelle.

Politik gegen den Wald

Ähnlich wie die Unternehmen rechnen immer noch viele Länder nur mit dem volkswirtschaftlichen Gewinn aus der Abholzung, aber nicht mit dem Wertverlust durch die Waldzerstörung. Oftmals sind sie durch Verschuldung und Strukturanpassung gezwungen, Devisen zu erwirtschaften. Sie holzen Wälder ab, um Holz zu exportieren oder landwirtschaftliche Produkte für den Export anzubauen. Auch eine falsche Förderpolitik beschleunigt die Abholzung. Vielerorts werden Landnutzungen steuerlich begünstigt, die zu Waldvernichtung führen. So wurde im brasilianischen Amazonasgebiet lange Zeit die Rinderzucht staatlich gefördert. Ein großer Teil der Waldzerstörung dort geht auf diese Subventionen zurück.



Setzlinge sind für Anpflanzung bereit. Wiederaufforstungen – wie hier im indischen Darjeeling – sind ein Weg, ökologische Schäden auszugleichen.

Aufforstung am Schwarzen Fluss

Das Bergland am Schwarzen Fluss im Norden Vietnams war bis in die 50er Jahre dicht bewaldet. Holzeinschlag und Brandrodung haben davon wenig übrig gelassen. Arme Kleinbauern beackern auch schlechte Böden und extreme Steilhänge. Wegen der geringen Erträge roden die Bauern weitere Waldungen. Die Folge: Erosion und Störungen des Wasserhaushaltes. Der Fluss versandet. Das gefährdet die Stromerzeugung in einem großen Wasserkraftwerk.

Hier setzt ein deutsches Entwicklungsprojekt an. Das Ziel: die Dorfbewohner befähigen, die Probleme eigenverantwortlich anzugehen. Ein erster Schritt: Die Landnutzungsrechte werden klar geregelt. In Landnutzungsplänen wird festgelegt, was zu tun ist. Doch bevor die Bauern die Steilhänge wieder aufforsten, muss noch viel geschehen. Die landwirtschaftlichen Erträge auf den verbleibenden Feldern müssen steigen. Dazu sind Kenntnisse nachhaltiger und effektiver Anbaumethoden notwendig. Ein Beratungsdienst dafür wird aufgebaut. Zudem erlaubt die Regierung den Bauern, die aufgeforsteten Wälder nachhaltig zu nutzen. So wird die Aufforstung attraktiv. Mangelnde Koordination der Verwaltung, fehlende Mittel, Zentralismus, Bevölkerungswachstum und Armut, aber auch mangelndes Problembewusstsein bei der Bevölkerung – am Schwarzen Fluss wird deutlich, wie vielschichtig die Probleme sind, die es zu lösen gilt.

Es hilft nicht, den Wald einzuzäunen

Einen Zaun um die Wälder zu ziehen, den Zutritt und jede Nutzung zu verbieten, hilft nicht gegen die Waldzerstörung. Armut, mangelnde Alternativen zum Raubbau oder der Landbedarf einer wachsenden Bevölkerung – all das macht die Einrichtung reiner Waldschutzgebiete zu einem untauglichen Rezept. Waldschutz und die sozialen und ökonomischen Interessen der Menschen sind gleichwertig.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verfolgt daher das Konzept der nachhaltigen Nutzung der Wälder. Denn die Wälder werden nur dann erhalten bleiben, wenn ihre Bewirtschaftung sich für die dort lebenden Menschen rentiert. Sie sollen von den Schätzen der Wälder profitieren, die Wälder sollen für die Entwicklung der armen Länder genutzt werden – aber mit all ihren ökologischen und ökonomischen Funktionen auch für zukünftige Generationen erhalten bleiben.



Alternativen zum Raubbau

Zusammen mit der Bevölkerung erarbeitet die Entwicklungszusammenarbeit Alternativen zum Raubbau. Das reicht von nachhaltiger Waldbewirtschaftung über Erosionsschutz und Aufforstung, nachhaltige Methoden der Landwirtschaft und angepassten Tourismus bis zum Bau von Biogasanlagen. Zumeist kommen mehrere Lösungen zusammen – immer jedoch steht die Beteiligung der Menschen im Mittelpunkt.

Institutionen stärken

Doch ein erfolgreicher Waldschutz kann sich nicht nur auf lokale Projekte stützen. Wie in vielen Bereichen müssen auch hier die Rahmenbedingungen stimmen – national und international. Und es sind entschlossene Maßnahmen der betroffenen Länder und der internationalen Gemeinschaft notwendig. Geeignete Forstgesetze und der politische Wille zu deren Umsetzung sind dafür eine wesentliche Voraussetzung. Aber es müssen auch Institutionen und Behörden aufgebaut werden, die nachhaltige Waldbewirtschaftung in die regionale und nationale Entwicklung integrieren. Dabei unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit viele Partnerländer.



Die Holzsammlerinnen von Nepal

In den Bergdörfern Nepals wird zumeist noch mit Holzfeuer geheizt oder gekocht. Doch steigender Holzverbrauch hat die Waldgebiete in den ökologisch sensiblen Bergregionen im Himalaja reduziert. Die Folge: Das Holzsammeln, traditionell Aufgabe von Mädchen und Frauen, nimmt mehr und mehr Zeit in Anspruch. Immer weiter müssen sie laufen, um genügend trockene Äste zu sammeln. Es ist eine Knochenarbeit, stundenlang mit einem kiloschweren Bündel auf dem Rücken zum Dorf zurückzulaufen. Oft sind sie viele Stunden am Tag unterwegs, kaum bleibt Zeit für den Haushalt.

Die deutsche Entwicklungspolitik fördert daher seit vielen Jahren Aufforstungen und den Bau von Biogasanlagen für die Bauernfamilien. Mit Biogas zu kochen, spart Brennholz, Zeit und Geld, erleichtert insbesondere den Frauen die Arbeit, und man kann sogar eine Gaslampe betreiben.

Das Pilotprojekt zur Rettung des brasilianischen Regenwaldes

Der amazonische Tieflandregenwald ist das größte zusammenhängende Regenwaldgebiet der Erde. Ihn zu erhalten und dabei Ökologie und Ökonomie zu vereinbaren – das ist das Hauptziel dieses Projektes, bei dem die sieben wichtigsten Industriestaaten, Brasilien und die Weltbank kooperieren. 1992 startete die Arbeit in den Bereichen Ressourcenschutz und -management, Institutionenförderung und Forschung. Schutzgebiete für die indigene Bevölkerung werden markiert, Naturschutzzonen eingerichtet und in Modellprojekten verschiedene Methoden nachhaltiger Waldnutzung und -bewirtschaftung erprobt. Deutschland hat bislang rund 256 Millionen Euro bereitgestellt und ist damit größter Geber bei diesem Projekt.

Im Niger werben Plakate dafür, den Wald zu erhalten.



Nicht warten, bis es brennt

Die Wälder von Ost-Kalimantan, einer Provinz auf Borneo, sind besonders feuergefährdet. 1982 und 1997/98 vernichteten große Brände insgesamt fast neun Millionen Hektar Wald. Die Rauchwolken zogen über ganz Südostasien. Auslöser waren oft Brandrodungen. In Dürreperioden steigt die Gefahr.

Ein Projekt zum „integrierten Feuermanagement“ senkt das Brandrisiko. Es wird von Deutschland unterstützt und verbindet verschiedene Ebenen: Lokale Feuerwachen wurden eingerichtet. Sie sind mit modernen Löschfahrzeugen ausgestattet, die Mitarbeiter beobachten die Wälder und ermitteln mit Satellitenunterstützung das aktuelle Waldbrandrisiko. Forstbeamte, Waldarbeiter und Freiwillige werden im Umgang mit Brandgefahren trainiert. Und schließlich wird die Dorfbevölkerung geschult: Welche Ursachen haben Brände, wie vermeidet man sie? Denn vorbeugen ist besser als löschen.

Internationaler Walddialog

Zudem setzt die deutsche Entwicklungspolitik auf internationale Zusammenarbeit. Sie beteiligt sich aktiv an der Gestaltung eines internationalen forstpolitischen Dialogs. Dabei werden Erfahrungen beispielsweise zu Fragen des illegalen Holzeinschlags, des Handels oder der nachhaltigen Waldbewirtschaftung ausgetauscht. Zudem werden internationale Regelungen zur Einführung weltweit anerkannter Grundsätze nachhaltiger Waldbewirtschaftung vorbereitet.

Ein Programm für Nachhaltigkeit

Dazu gehört die Internationale Vereinbarung für Wälder (International Arrangement on Forests, IAF). Kernstück dieser Vereinbarung: Den Ländern wird empfohlen, nationale Waldprogramme zur Einführung einer nachhaltigen Waldwirtschaft zu formulieren. Daran soll auch die Zivilgesellschaft beteiligt werden. So lassen sich einvernehmliche Lösungen finden und ein Interessenausgleich – etwa zwischen Waldbewohnern, Ackerbauern und Holzindustrie. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt solche nationalen Waldprogramme unter anderem in Vietnam, Indonesien, Tansania, Uganda, Ecuador und Honduras.

Die Kennzeichnung von nachhaltig erzeugtem Holz durch glaubwürdige international anerkannte Zertifikate kann mithelfen, Waldzerstörung in den Produzentenländern zu stoppen und Verbrauchern mehr Sicherheit über Herkunft der gekauften Produkte geben.

Grünes Licht für Teak und Mahagoni?

Tropenholz gehört zu den wertvollsten Exportprodukten von Entwicklungsländern. Doch Holzeinschlag hat weite Teile des Regenwaldes zerstört. Darf man also Möbel aus Tropenholz kaufen? Ja – wenn sie das FSC-Gütesiegel tragen. Denn Holz mit diesem Siegel stammt aus nachhaltiger Waldnutzung. Dabei werden nur so viele Bäume geschlagen, dass der Wald sich regenerieren kann. Die lokale Bevölkerung ist an der Waldnutzung beteiligt, ihr Lebensraum bleibt erhalten. Auch die Holzunternehmen profitieren, wenn der Wald langfristig als Quelle wertvoller Bäume erhalten bleibt.

Damit sich dieses Prinzip gegen den bisherigen Raubbau durchsetzt, muss es sich lohnen: Es muss Nachfrage bestehen. Das FSC-Siegel informiert die Verbraucher, welches Holz umwelt- und sozialverträglich produziert wird. Es fördert so die Nachfrage. Den Wald nachhaltig zu nutzen, ist einträglicher, als ihn für Ackerland oder Plantagen zu roden: Waldschutz durch nachhaltige Nutzung.

Das internationale Forest Stewardship Council (FSC) wurde von Umweltschützern, der Forstwirtschaft, lokalen Bevölkerungsgruppen und Gewerkschaften initiiert. Es vergibt das FSC-Siegel nur nach strengen Kriterien. Das Siegel hat bereits wichtige Veränderungen im Forstsektor bewirkt: Im Juni 2000 wurden bereits über 17 Millionen Hektar nach FSC-Kriterien nachhaltig bewirtschaftet. Die deutsche Entwicklungspolitik fördert die Verbreitung des FSC-Siegels.



Warum soll man Aufforsten?
Dieses Schild der Forstbehörde von Sri Lanka
erklärt es:
„Ein Baum führt zum Wald,
der Wald liefert Wasser,
Wasser gibt Reis,
Reis gibt Leben.
Pflanze einen Baum.“

Ohne Ressourcenschutz kein Frieden

Sicherheit: mehr als die Abwesenheit von Krieg

Entwicklung braucht Frieden. Denn nur wo Frieden herrscht, können Menschen ihre Lebensbedingungen verbessern. Doch die meisten der fast 200 Kriege seit 1945 haben in Entwicklungsländern stattgefunden. Über 20 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung – ebenfalls zum größten Teil in den armen Ländern.

Kriege „auf kleiner Flamme“

Immer häufiger schwelen Kriege „auf kleiner Flamme“: Bürgerkriege und gewaltsame innerstaatliche Konflikte, die unterhalb der Schwelle eines Krieges liegen, nehmen zu. Von den fast 100 bewaffneten Auseinandersetzungen in den 90er Jahren waren nur wenige Kriege zwischen Staaten. Im Jahr 2000 wurden 36 bewaffnete Konflikte gezählt, davon 13 in Afrika südlich der Sahara.

Wo Unfrieden herrscht, gibt es keine Entwicklung

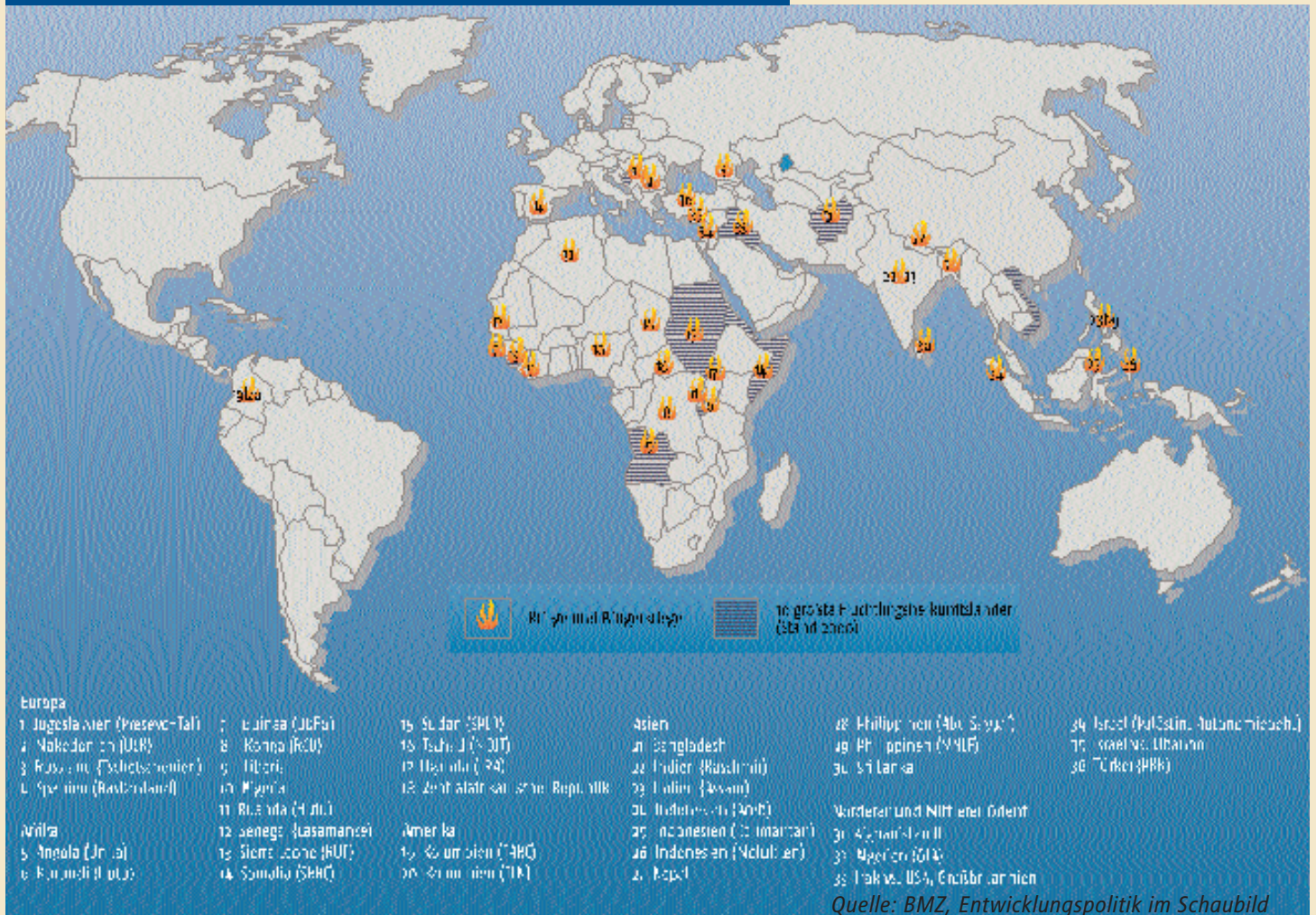
Doch nicht nur Kriege und bewaffnete Konflikte machen die Entwicklungschancen von Millionen Menschen zunichte, werfen die Länder um Jahrzehnte zurück und verursachen unsägliches menschliches Leid. Auch ein Klima von Gewalt verhindert, dass die Menschen ihre Lebenssituation verbessern können. Denn „Frieden“ bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg.

Politische Instabilität und ein Klima von Gewalt sind am weitesten in den armen Ländern verbreitet. Sie unterbinden jede Entwicklung, genauso wie Diktaturen, Versagen von Regierungen oder der Zerfall von Staaten. Wirtschaftliche und soziale Auseinandersetzungen, Menschenrechtsverletzungen, Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen um die Nutzung knapper Ressourcen – die Formen des Unfriedens sind vielfältig. Ob offener Krieg, schwelender Konflikt, sozialer oder ökologischer Zündstoff: Wo Unfrieden herrscht, kann es keine Entwicklung geben.



Bürgerkriege und innerstaatliche Konflikte werden immer häufiger.

Kriege und Bürgerkriege 2001



Vierzehnmal mehr für Waffen als für Entwicklung

Überhöhte Rüstungsausgaben blockieren ebenfalls die Entwicklung. Noch immer werden weltweit rund 780 Milliarden US-Dollar pro Jahr für Rüstung ausgegeben. Zum Vergleich: Für die Entwicklungszusammenarbeit stehen weltweit nur 53 Milliarden Dollar zur Verfügung. Und das, obwohl die Entwicklungszusammenarbeit vielerorts Kriege und Konflikte wirksamer verhindert, als ganze Waffenarsenale es können.

Nicht warten, bis der Konflikt ausbricht

Kriege zu verhindern ist nicht nur humaner, sondern auch bei weitem billiger, als die Länder anschließend beim Wiederaufbau zu unterstützen. Insofern ist Konfliktvermeidung ein Gebot der Vernunft. Entwicklungszusammenarbeit beugt vor und setzt an den Ursachen an – Armut, Umweltzerstörung, ungleicher Zugang zu Ressourcen. So trägt sie zum Interessenausgleich bei – zwischen und innerhalb der Weltregionen, aber auch zwischen den heutigen und zukünftigen Generationen. Damit schafft sie eine zentrale Voraussetzung für Frieden und Sicherheit. Kurz: Eine erfolgreiche Entwicklung entschärft und verhindert Konflikte. Das ist um so nötiger, als neue Konfliktursachen auftauchen.



Wasser gehört zu den Ressourcen, deren Knappheit Konfliktstoff birgt.

Weniger Ressourcen, mehr Menschen: Nährboden für Konflikte

Bevölkerungswachstum auf der einen Seite, zunehmende Zerstörung der Umwelt, Vernichtung und Verknappung natürlicher Ressourcen auf der anderen – aus diesem Konflikt erwachsen weltweit neue Krisenpotenziale. Zumal dort, wo die Spirale von Armut, Bevölkerungswachstum und Ausbeutung der Ressourcen sich weiter beschleunigt. Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit entwickeln sich zu strukturellen Krisenursachen. Entwicklungspolitik setzt an diesen Strukturen an, um so langfristig Krisen zu vermeiden.

Kampf um Wasser?

Ein wachsendes Krisenpotenzial liegt in der Konkurrenz um knappe Wasservorräte. Wassermangel wird zunehmend Ursache für Flüchtlingsbewegungen und bewaffnete Auseinandersetzungen sein. Insbesondere bei grenzüberschreitenden Flüssen ist die Frage: Wer verfügt über das Wasser, wird es gerecht zwischen den Flussanrainern verteilt – besonders in Dürreperioden –, oder „gräbt einer dem anderen das Wasser ab“? Im Nahen Osten, in Nordafrika und der Sahel-Zone wird schon heute mehr als die Hälfte des Flusswassers für den Verbrauch durch Menschen und für die Bewässerung genutzt. Damit ist eine kritische Marke überschritten.

Konflikte um Boden ...

Bodenknappheit bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum ist ebenfalls zunehmend Auslöser gewaltsamer Konflikte. Sie sind nicht nur lokal begrenzt – etwa auf die Konkurrenz zwischen sesshaften Bauern und nomadisierenden Viehzüchtern um Weiden, Äcker und Bodenrechte. An Bodenknappheit entzündeten sich auch Bürgerkriege, beispielsweise in einigen afrikanischen Ländern, und Kriege zwischen Nachbarstaaten.

... gefährden die gesellschaftliche Stabilität

Wenn sich traditionelle Bodenordnungen auflösen, werden Gesellschaften instabil. Die Armen verlieren ihre soziale Sicherung. Flüchtlinge, die vor Desertifikation oder Landkonflikten fliehen, „exportieren“ das Problem. Denn dort, wohin sie flüchten, tragen sie neuerlich zu Bodenverknappung und bodenrechtlichen Konflikten bei.

Mehr noch: Große Flüchtlingsströme destabilisieren die Gesellschaften, die sie aufnehmen, und belasten das Ökosystem der Zielländer zusätzlich. Dieses Problem verschärft sich, weil der größte Teil der Flüchtlingsströme der letzten Jahrzehnte sich in armen Regionen bewegt, in denen schon viele der Einheimischen Mangel leiden. Weltweit nimmt die Zahl der Umweltflüchtlinge zu.

Gewalt verschlimmert die Situation

Das Beispiel der Flüchtlinge zeigt: Oftmals ziehen gewaltsame Auseinandersetzungen um begrenzte Ressourcen zusätzliche negative Folgen für die Umwelt nach sich. Sie verschlimmern die Situation also weiter und bergen den Kern neuer Konflikte.

Doch Umweltzerstörung und Verknappung von Ressourcen sind nicht automatisch und allein Auslöser von Gewalt und Krisen. Schließlich werden ja nicht alle Konflikte um knappe Ressourcen mit Gewalt gelöst. Doch gerade in armen Ländern und Regionen besteht diese Gefahr. Denn wer arm ist, verfügt über deutlich weniger Möglichkeiten, Probleme friedlich zu lösen, als reiche Staaten. Umweltkonflikte treten am ehesten dort gewaltsam zu Tage, wo bereits wirtschaftlicher, sozialer, religiöser oder ethnischer Zündstoff vorhanden ist.

Keine Gesellschaft ohne Konflikte

Eines ist klar: Es gibt keine Gesellschaft ohne Konflikte. Nicht alle Konflikte lassen sich verhindern. Es kommt jedoch darauf an, sie friedlich zu lösen. Das ist ein Gebot der globalen Zukunftssicherung.

Richtig genutzt, sind Konflikte auch eine Chance, neue und kreative Lösungen für eine menschliche Entwicklung zu finden. Doch um die Fähigkeit friedlicher Konfliktlösung zu entwickeln, benötigen gerade die armen Länder Unterstützung. Die Entwicklungspolitik stellt sich dieser Aufgabe insbesondere auch beim Umweltschutz.



Frauen, die vor dem Krieg in Afghanistan geflohen sind. Die Zivilbevölkerung leidet an Kriegen und deren Folgen am stärksten.

Krisenursachen abbauen, Konflikte friedlich lösen

Ohne Frieden keine menschliche Entwicklung, ohne Entwicklung kein Frieden. Ihn zu bewahren stellt die Entwicklungspolitik vor zwei Aufgaben: Vermeidung von Krisen, also Prävention, und Krisenmanagement.

Entwicklungspolitik ist dabei gemeinsam mit der Außen- und Sicherheitspolitik Teil eines Gesamtkonzeptes, das auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Frieden zielt. Die Außenpolitik gestaltet nach diesen Prinzipien die Beziehungen zu anderen Ländern. Die Entwicklungspolitik verfügt darüber hinaus über Kooperationsinstrumente, um in diesem Sinne auf die Verhältnisse in den Partnerländern einzuwirken. Wesentlich dafür sind ihre breite Erfahrung in der Zusammenarbeit mit den Partnerländern und das hohe Vertrauen, das in sie gesetzt wird. Zudem verfügt sie über langjährige Kenntnisse der Situation und der Beteiligten.

Das Übel frühzeitig bei der Wurzel packen: Prävention

Krisen verhindert man am ehesten, indem man frühzeitig die Ursachen erkennt und gegensteuert. Das ist sozusagen eine traditionelle Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit: Mit der Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung

Desertifikationsbekämpfung: Beitrag zur Krisenprävention

Die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (CCD) gehört zu den wichtigen Instrumenten der Krisenvermeidung. Sie regelt zum Beispiel verbindlich die Mitwirkung der Zivilgesellschaft bei der Entscheidung über die Nutzung von Boden und Wasser. Damit zielt sie auf einen friedlichen Interessenausgleich zwischen den unterschiedlichen Nutzergruppen und ihren Ansprüchen. Auch die partnerschaftliche Kooperation zwischen betroffenen Ländern, die die Konvention vorschreibt, ist ein wichtiger Faktor, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden.



rung setzt sie an grundlegenden Ursachen von Krisen und Kriegen an.

Im Umweltbereich zielt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit darauf ab, die Zerstörung von Naturräumen zu verhindern, die Folgen zu mindern und den Betroffenen Möglichkeiten zu erschließen, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern. Das bedeutet, immer auch an den strukturellen Ursachen von Umweltzerstörung anzusetzen: also bei wirtschaftlichen, sozialen und politischen Faktoren.

Auf allen Ebenen zum Interessenausgleich

Auf globaler Ebene treibt die Entwicklungspolitik internationale Verhandlungen über Umweltprobleme voran und drängt darauf, entsprechende Vereinbarungen oder Konventionen umzusetzen, etwa die Konventionen zur Bekämpfung der Wüstenbildung oder zum Schutz der Biodiversität.

Regionale und internationale Vernetzung fördern

Das Modell der EU zeigt: Regionale Zusammenarbeit und Integration fördern die friedliche Beilegung von Differenzen. Deutschland unterstützt deshalb den Ausbau regionaler Zusammenschlüsse. Ziel ist, durch stabile Staatenbündnisse dauerhaft Frieden und Zusammenarbeit zu sichern. Der Umweltbereich kann hierbei Wegbereiter sein.

Ein Beispiel: die Einrichtung von grenzüberschreitenden Flusskommissionen. Solche Kommissionen – nach dem Vorbild europäischer Kooperationen an Oder, Elbe, Rhein oder Mosel – verbessern die Bewirtschaftung der knappen Ressource Wasser. Mehr noch: Neben dem Interessenausgleich führen sie zur Vertrauensbildung zwischen Nachbarstaaten gerade in konfliktträchtigen Regionen. Die Bundesregierung unterstützt deshalb zum Beispiel Flusskommissionen im Nilbecken und im südlichen Afrika.

Ägypten: Ein Fluss verbindet

Das gemeinsame Bemühen aller Nil-Anrainerstaaten um eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung des Nils verbessert nicht nur die Lebensbedingungen der Menschen. Es trägt auch zur Verständigung in dieser armen, ökologisch sensiblen und politisch instabilen Region bei. Schon sind es gemeinsame Projekte zur Wasserbewirtschaftung, zum Ressourcenschutz, zu Wasserkraft und Stromhandel entstanden. Nach europäischem Muster werden Flussgebietskommissionen eingerichtet. Deutschland unterstützt die Planung und das Management der Wasserressourcen im Nilbecken mit gut 3 Millionen Euro. Die Zusammenarbeit verhindert frühzeitig Konflikte um die wichtige Ressource Wasser. Zudem ebnet sie den Weg zu partnerschaftlicher Kooperation auch in anderen Bereichen.





Die Entwicklungspolitik versucht, Konflikte im Vorfeld zu verhindern und nicht erst zu intervenieren, wenn zu den Waffen gegriffen wird.

Krisenindikatoren: Damit keine Konfliktursachen übersehen werden

Welche Wirkungen hat die Entwicklungszusammenarbeit in einer Region? Mit einem speziellen Schema analysiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung alle Entwicklungsprojekte. Bestandteil dieser Untersuchungen sind auch so genannte „Krisenindikatoren“. Bei jedem Projekt wird nun geprüft: Sorgt es für Ausgleich konkurrierender Interessen? Bindet es benachteiligte Gruppen mit ein? Setzt es an möglichen Konfliktursachen an? Unterstützt es die Beteiligten dabei, selbst Strukturen zur friedlichen Konfliktlösung aufzubauen? Und: Setzt es an den Bedürfnissen der Menschen an und wird es von ihnen akzeptiert?

Guter Rat: Politikberatung

Eine Grundlage für mehr Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz ist eine Umweltpolitik mit klaren Zielen und Regeln. Um sie durchzusetzen, wird eine leistungsfähige Verwaltung benötigt. An diesem mangelt es in vielen Ländern. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit berät daher die Regierungen

- bei der Formulierung von Umweltpolitik und Umweltgesetzen und
- bei der Erarbeitung von nationalen Umweltplänen und von Strategien für Ressourcenmanagement und nachhaltige Entwicklung.

Dabei geht es auch darum, Umweltschutzaspekte in andere Bereiche der Politik, etwa die Wirtschafts- und Agrarpolitik, zu integrieren.

Wer setzt die Umweltpolitik durch?

Institutionen und Behörden werden aufgebaut, reformiert und darauf vorbereitet, einen friedlichen Interessenausgleich zu begleiten. Denn auch der Umgang mit der Zivilgesellschaft, mit den Interessen der Bürger, will eingeübt sein. Parallel werden die Umweltbildung der Bevölkerung und die Beteiligung der Zivilgesellschaft gefördert. Eine Voraussetzung dafür ist Umweltkommunikation, also etwa Umweltinformationssysteme und -berichte. Denn die Bürger müssen ja wissen, worüber sie mitentscheiden.

Nachhaltigkeit statt Streit

Viele lokale Entwicklungsprojekte verhindern Konflikte sozusagen „ganz nebenbei“: Wo der nachhaltige Umgang mit knappen Ressourcen gelingt, werden mögliche Konflikte im Vorfeld verhindert. Ein Instrument dazu ist die „Landnutzungsplanung“, die in vielen Projekten zur ländlichen Entwicklung eingesetzt wird. Alle Dorfbewohner erstellen gemeinsam einen Plan der Gemarkung, der die Probleme und Ressourcen ihres Gebietes erfasst. Gemeinsam verständigt man sich darüber, welche Ressourcen genutzt und welche geschützt werden. Den Menschen bringen derartige Projekte doppelten Gewinn: Sie lernen, ihre Ressourcen besser zu schützen – und sie trainieren die friedliche Konfliktlösung.

Krisenmanagement: friedliche Wege eröffnen

Wo Konflikte sich bereits zuspitzen, weil Gesellschaft oder Politik nicht zu einem friedlichem Interessenausgleich kommen, ist Krisenmanagement gefragt. Das ist die zweite Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit: zu schlichten, wenn Gegensätze und Streitigkeiten in Krieg, Vertreibung und Völkermord umzuschlagen drohen. Oder nach einem Krieg den Frieden nachhaltig zu sichern und den Beteiligten Möglichkeiten und Wege zur friedlichen Konfliktbewältigung zu erschließen.

Mehr Demokratie schützt die Ressourcen

Friedliche Konfliktlösung muss eingeübt werden. Die Entwicklungszusammenarbeit stärkt daher die Zivilgesellschaft in den Partnerländern. Wo eine unabhängige Justiz jedem offen steht, wo Bürgerinnen und Bürger sich organisieren können, um ihre Anliegen voranzubringen, wo gewählte Vertreter die Interessen der Bevölkerung vertreten, stehen Wege offen, sich friedlich über eine gerechte Ressourcenverteilung zu einigen. Deshalb fördert die Entwicklungszusammenarbeit zum Beispiel:

- die Neuordnung des Justizwesens in Guatemala,
- die Fortbildung von Anwältinnen, Anwälten, Richterinnen und Richtern in Namibia,
- die Schulung von Abgeordneten in Mosambik,
- weltweit den Aufbau von Gewerkschaften, Verbänden, Kirchen, privaten Organisationen und Friedensinitiativen, die als wichtige Ansprechpartner für die Regierenden der Bevölkerung Gewicht und Stimme verleihen.

Nachhaltige Entwicklung – Bestandteil menschlicher Sicherheit

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hat den Begriff der „menschlichen Sicherheit“ geprägt. Nicht die Sicherheit von Staaten, sondern die der Menschen muss letztendlich Ziel sein. Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit werden als „Global Public Goods“ bezeichnet, als ein Allgemeingut, das jedem Menschen zusteht. Diese Güter zu schützen, ist auch das Ziel der Entwicklungspolitik bei der Erhaltung der natürlichen Ressourcen.

Entwicklungszusammenarbeit hat nur dort Aussicht auf Erfolg, wo Frieden herrscht. Aber sie trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Das ist der einzige Weg, um die Ursachen für neue Kriege und Konflikte – Armut, ungleiche Chancen, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung – zu bekämpfen.

Mali: Wiederaufbau und Ressourcenschutz

Sesshafte Ackerbauern und Vieh züchtende Tuareg-Nomaden konkurrieren in Nord-Mali um dasselbe Land. Der Konflikt mündete in einen blutigen Krieg, der Anfang der 90er Jahre Hunderttausende vertrieb und die Region verarmen ließ. Ein deutsches Entwicklungsprojekt trägt dazu bei, die ehemals verfeindeten Kriegsparteien zu versöhnen. Kämpfer und Flüchtlinge werden durch den Wiederaufbau und die Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft reintegriert. Brunnen und Bewässerungsanlagen entstehen, kleine Unternehmen – Nähereien, Werkstätten, Ziegelbrennereien – werden gefördert, Schulen und Gesundheitszentren errichtet. Denn erst die Stabilisierung der sozialen und ökonomischen Lage ermöglicht den Menschen, sich über eine friedliche und gerechte Verteilung von Boden und Wasser zu einigen.

Ihr Beitrag ist gefragt

Umweltschutz geht uns alle an

Gemeinsam Zukunft gestalten – dieses Motto für eine weltweite nachhaltige Entwicklung schließt auch uns mit ein. Denn Nachhaltigkeit und globaler Umweltschutz lassen sich nicht ohne Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger verwirklichen. Und dazu kann jeder beitragen.

Tagtäglich beeinflussen wir, oft ohne es zu merken, durch unser Verhalten die Umwelt – nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern. Denn nicht-nachhaltige Konsumgewohnheiten und übermäßiger Verbrauch natürlicher Ressourcen in den Industrieländern tragen wesentlich zu weltweiter Armut und Umweltzerstörung bei.

Durch bewussteres Verhalten können wir alle daran mitwirken, die Ökobilanz der Industrieländer zu verbessern – und die armen Länder bei ihren Anstrengungen zu Umweltschutz zu unterstützen. Viele kleine Beiträge Einzelner summieren sich dabei zu großem Nutzen.

Umweltbewusstes Verhalten bedeutet übrigens keineswegs unbedingt Verzicht, sondern zumeist sogar mehr Lebensqualität – und schont oft den Geldbeutel. Es gibt viele Möglichkeiten – hier einige Anregungen.

Entwicklungspolitik mit dem Einkaufskorb: Wer bewusst auswählt, fördert die armen Länder.

„Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Schritte tun, können das Gesicht der Welt verändern.“

(Sprichwort der Dinka aus dem Sudan)

„Zwischen Armut und Umweltzerstörung besteht eine enge Wechselbeziehung. Zwar bringt auch die Armut bestimmte Arten von Umweltbelastungen mit sich, doch ist die Hauptursache für die allmähliche Zerstörung der globalen Umwelt in den nichtnachhaltigen Verbrauchs- und Produktionsmustern – insbesondere in den Industrieländern – zu sehen, die Anlass zu ernster Besorgnis geben und zunehmende Armut und Ungleichgewichte verursachen.“

(aus Kapitel 4 der Agenda 21, „Veränderung der Konsumgewohnheiten“)

Bewusster genießen statt verzichten

Was hat eine schöne Kaffeetafel mit einem Blumenstrauß in der Mitte mit Entwicklungspolitik zu tun? Sie ist ein gutes Beispiel dafür, wie unser Lebensstil sich auf andere Länder auswirkt – und für die Möglichkeiten, selbst etwas daran zu ändern. Ein großer Teil unserer Schnittblumen stammen aus Blumenplantagen in Lateinamerika. Dort werden giftige Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Für den Kaffeeanbau werden auf Borneo Regenwälder abgeholzt. Doch es gibt Alternativen: Blumen mit dem „Flower Label“, Kaffee aus Fairem Handel oder ökologischem Anbau. Wer gezielt nach solchen Produkten fragt, verändert etwas. Er unterstützt Produzenten in Entwicklungsländern und Europa, die ökologische und soziale Mindeststandards einhalten und die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Die Macht der Konsumenten

Konsumentinnen und Konsumenten können also „mit dem Einkaufskorb“ durchaus wirkungsvoll Einfluss ausüben. Etwa, indem sie Produkte bevorzugen, deren Herstellung die Umwelt bei uns oder in anderen Ländern nicht oder kaum schädigt. Das beginnt übrigens bei unserer Ernährung: Getreide, Obst und Gemüse sind besser für die Umwelt als Unmengen von Fleisch. Denn die Fleischproduktion ist viel umweltbelastender als Gemüseanbau. Zwar hat Fleisch rund viermal mehr Nährwert als Gemüse. Doch auch wenn man das einrechnet, belastet unser Fleischkonsum die Umwelt mehr als doppelt so stark wie der Genuss von Gemüse.



Schnittblumen aus sozial- und umweltverträglichem Anbau

Flower Label – Blumen mit „Mehrwert“

Etwa jede dritte Schnittblume in Deutschland stammt aus Entwicklungsländern. In den Plantagen werden hoch giftige Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Die Arbeiterinnen werden oft schlecht bezahlt, erkranken durch die Chemikalien, haben keinen Kündigungsschutz. Anders ist das bei Blumen mit dem „Flower Label“, die es in immer mehr Blumenläden gibt. Sie kommen aus Kenia, Simbabwe, Ecuador und Tansania, aus Betrieben, die angemessene Löhne zahlen und Mindeststandards bei Gesundheits- und Umweltschutz einhalten.

Das Flower Label ist der Erfolg einer Kampagne des Food First Informations- und Aktionsnetzwerks (FIAN) mit Importeuren, Großhändlern, Gewerkschaften und Organisationen wie Brot für die Welt oder terre des hommes. Es wird von der deutschen Entwicklungspolitik unterstützt. Eine Liste der Blumengeschäfte, die Flower Label-Blumen führen, gibt es beim Fachverband Deutscher Floristen (0209 / 95 87 70).



Steak und Braten – schlecht für's Klima

Die Landwirtschaft trägt insgesamt etwa 9 bis 15 Prozent zum vom Menschen verursachten, zusätzlichen Treibhauseffekt bei. Rund 85 Prozent dieser durch die Landwirtschaft verursachten Klimabelastung stammen aus der Tierzucht, so die Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages in ihrem Bericht 1995.



Fairer Handel und biologischer Anbau erschließen vielen Kleinbauern-Genossenschaften den Zugang zu den Märkten der Industrieländer.

Viehfutter statt Nahrungsmittel?

Der Fleischhunger der Industrieländer erhöht die Nachfrage nach Tierfutter. Ein wichtiger Bestandteil ist Soja – und das stammt zu großen Teilen aus Ländern des Südens. Brasilien etwa, wo Soja bis vor 35 Jahren praktisch unbekannt war, ist heute der zweitgrößte Soja-Exporteur weltweit. Nur etwa drei Prozent der jährlichen Ernte von 25 Millionen Tonnen werden zu Nahrungsmitteln verarbeitet, der Rest zu Viehfutter.

Vom Sojaanbau profitieren allerdings nur die großen Farmen. Sie verdrängen die Kleinbauern, die dort bislang Gemüse, Kaffee und Getreide anbauen. Viele von ihnen wandern zum Amazonas und roden dort Wald, um sich wieder den Lebensunterhalt verdienen zu können. In anderen Gebieten wird der Regen- oder Trockenwald direkt gerodet, um Sojaplantagen anzulegen. Je mehr Menschen bei uns etwas seltener, aber dafür vielleicht besonders gutes Fleisch essen, um so eher kann diesem fatalen Trend entgegengewirkt werden.

Ökologisches aus aller Welt

Inzwischen gibt es auch zunehmend ökologisch angebaute Produkte aus Entwicklungsländern. Die Methoden des ökologischen Anbaus können oftmals die Erträge der traditionellen Anbaumethoden der Kleinbauern deutlich steigern. Attraktiv sind sie auch in armen Regionen, denn dort können die Menschen selten teuren Kunstdünger bezahlen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit berät die Produzenten in vielen Ländern dabei, mit ihren Produkten europäische Ökostandards zu erfüllen und sich damit einen neuen Markt zu erschließen. Immer mehr ökologische Lebensmittel aus Entwicklungsländern tragen daher europäische Ökosiegel, zum Beispiel das Naturland-Zeichen für anerkannt ökologischen Anbau.

Fairer Handel: „Social Shopping“ statt „nur billig“

Landwirtschaftliche Produkte aus armen Ländern erzielen auf dem Weltmarkt oft viel zu niedrige Preise. Was der Zwischenhandel davon übrig lässt, reicht für die Bauern kaum zum Leben.

Verschiedene Initiativen setzen sich erfolgreich für faire Preise und einen gerechteren Handel mit Entwicklungsländern ein. Die Organisation TransFair zum Beispiel vergibt ein Siegel für Lebensmittel, die „fair gehandelt“ werden. Fair gehandelt heißt: Die Kleinbauerngenossenschaften bekommen vertraglich vereinbarte, angemessene Preise, die oft deutlich über dem viel zu niedrigen Weltmarktpreis liegen. Kaffee, Tee, Orangensaft, Bananen, Honig oder auch Schokolade mit dem TransFair-Zeichen sind in Europa dafür etwas teurer. Der Mehrpreis ist für uns kaum spürbar, zumal die Qualität stimmt. Den Produzenten in den armen Ländern ermöglicht das sichere Einkommen jedoch eine bessere Zukunft für sich und ihre Kinder.

„Social Shopping“ statt „nur billig“ kommt immer mehr in Mode. Jährlich werden bereits über sechs Millionen Pfundpäckchen Kaffee mit dem TransFair-Siegel und viele andere fair gehandelte Produkte gekauft. Ein großer Teil dieser Produkte trägt auch ein Biosiegel.

Extrem schlechte Bezahlung und unzumutbare Arbeitsbedingungen sind in manchen armen Ländern noch an der Tagesordnung. Oft werden auch Kinder als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Auch hier können Sie etwas ändern: Teppiche mit dem Rugmark-Siegel beispielsweise werden ohne ausbeuterische Kinderarbeit produziert.



Beim Fairen Handel bekommen die Produzenten angemessene Preise für ihre Erzeugnisse.





Nachhaltige Nutzung trägt zum Erhalt der Wälder bei.



Darf es auch Tropenholz sein?

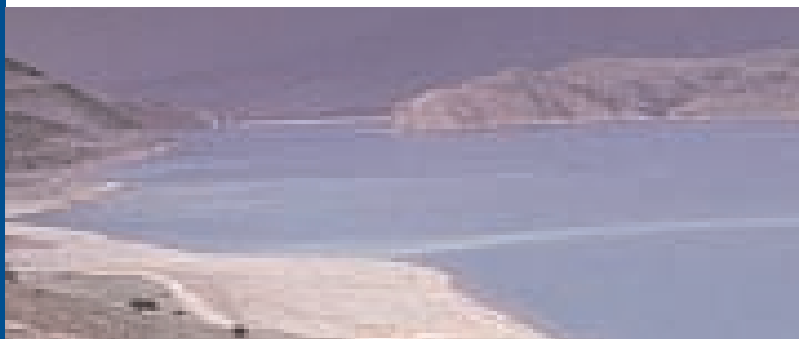
Wenn Möbel aus Tropenholz das FSC-Gütesiegel tragen, dann stammt dieses Holz aus nachhaltiger und sozial verträglicher Waldnutzung (dazu mehr im Kapitel „Wald – nicht nur zum Spaziergehen“). Auch hier lässt sich „Entwicklungspolitik mit dem Einkaufskorb“ machen. Wer FSC-zertifizierte Holzprodukte kauft, unterstützt nachhaltige Waldnutzung und damit Waldschutz. Je größer die Nachfrage nach Holz „mit Siegel“ wird, um so eher sind auch große Holzunternehmen bereit, auf Nachhaltigkeit zu setzen.

Wasser – ein besonderer Stoff

Jederzeit Trinkwasser aus dem Hahn – das ist für uns selbstverständlich. Doch nicht nur in armen Ländern ist Wasser knapp, auch bei uns sind in einigen Regionen die Trinkwasserressourcen begrenzt. Zudem sind Abwasserklärung und Trinkwassergewinnung teuer und energieaufwendig. Wassersparen ist also auch bei uns vernünftig – und es geht einfach.

- Eine Spartaste bei der Toilettenspülung spart pro Spülung bis zu 50 Prozent Wasser.
- Wer duscht statt zu baden, spart Wasser, Energie und Geld.
- Der Verzicht auf Kunstdünger und Pestizide im Garten schont das Grundwasser.

Wer beim Bau oder Umbau eines Hauses auf die Nutzung von Brauchwasser umstellt, schont Umwelt und Geldbeutel. Für die Toilettenspülung muss es nicht feinstes Trinkwasser sein, dafür reicht auch das Duschwasser.



Energie sparen ...

Der hohe Energieverbrauch der Industrieländer ist in hohem Maße für die starke CO₂-Belastung der Erdatmosphäre verantwortlich. Sparen Sie daher Energie, reduzieren Sie den CO₂-Ausstoß und vermindern Sie globale Erwärmung, indem Sie energiesparend heizen und

- Nachtspeicherheizungen vermeiden
- Energiespar-Glühbirnen benutzen
- Wäsche seltener mit dem Kochwaschgang waschen, der so gut wie nie erforderlich ist. Das spart je Waschgang bis zu vier Kilowattstunden Strom.
- bei Wohnungsrenovierung oder Hausbau eine effektive Isolierung und modernere Öl- oder Gasheizungen einbauen. Bauherren können auch staatliche Förderprogramme zur Energieeinsparung nutzen.

... und auf Öko-Strom umsteigen

Seit 1998 kann jede(r) in Deutschland den Stromlieferanten frei wählen, also auch auf Ökostrom umsteigen. Der wird aus umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung auf Erdgasbasis oder aus regenerativen Energien – Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie und Biomasse – gewonnen. Auf Energie aus Atom, Kohle oder Erdöl wird bei Ökostrom verzichtet. Das reduziert im Fall von Kohle und Erdöl den Treibhauseffekt: Bei der Ökostrom-Erzeugung entstehen mindestens 2/3 weniger CO₂ als bei „normaler“ Stromerzeugung. Wer Ökostrom nutzt, kann die von seinem Haushalt verursachte CO₂-Belastung um jährlich etwa 2 Tonnen reduzieren. So viel würde ein Auto auf ca. 10.000 km ausstoßen. Gute Ökostrom-Anbieter sind TÜV-zertifiziert.



Erneuerbare Energien gewinnen nicht nur bei uns an Bedeutung.

Auto, Fahrrad oder Bahn – Sie haben die Wahl

Mobilität bietet viel Freiheit, verursacht aber auch immer mehr Verkehr, Lärm, Staus und verstopfte Innenstädte. Am besten kommt voran, wer die Verkehrsmittel mit Köpfchen kombiniert. Auf kurzen Strecken und in der Stadt sind Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel oft schneller als das Auto. Nebenbei entfallen Parkplatzsuche und -gebühren. Und das bedeutet: weniger Abgase, weniger Umweltverschmutzung und globale Erwärmung.

Auf mittleren und längeren Strecken ist die Bahn nicht nur umweltfreundlich, sondern oft auch am komfortabelsten. Flüge machen auf diesen Strecken wenig Sinn. Zudem sind drei Stunden Flughektik meist anstrengender als fünf Stunden Bahnfahrt.



Persönliches Engagement: Mitgliedschaft oder Ehrenamt

Wer mehr tun will, kann richtig aktiv werden und sich engagieren. Etwa in einer Organisation, die sich mit Umweltthemen beschäftigt und versucht, auf Missstände hinzuweisen und sie zu lösen. Die Umweltbewegung hat nicht nur in Deutschland stark an Einfluss gewonnen. Viele Gruppen und Organisationen sind mit ihrem Fachwissen längst gefragt bei internationalen Tagungen, bei Politik und Wirtschaft.

Bekannt sind die großen Umweltverbände wie BUND, NABU, WWF und Greenpeace, von denen viele im Deutschen Naturschutzing zusammengeschlossen sind. Daneben gibt es viele zum Beispiel kirchliche Initiativen und rund 9.000 lokale Umweltgruppen. Viele von ihnen warten auf Verstärkung und auf Ihr Engagement – zum Beispiel die Initiativen für die „Lokale Agenda 21“, die Teil der Agenda 21 ist. In zahlreichen deutschen Gemeinden arbeiten Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Wirtschaft, Verwaltung und Politik daran, die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung für ihre Stadt umzusetzen. Eine Initiative zur „Lokalen Agenda 21“, an der Sie sich beteiligen können, gibt es vermutlich auch in Ihrer Gemeinde. Adressen von Organisationen und Initiativen finden Sie in Kapitel 10: „Wenn Sie mehr wissen wollen“

Mitmachen, informieren, diskutieren, Kontakte knüpfen – das Engagement für Umwelt oder Fairer Handel hat viele Aspekte.

Lassen Sie andere von Ihrem Wissen profitieren

Wer gut informiert ist, kann auch andere überzeugen. Alle, die sich mit „Umweltthemen“ ernsthaft auseinander setzen und mit anderen darüber sprechen, sind so genannte „Multiplikatoren“. Denn sie geben ihr Wissen weiter, multiplizieren es – und Wissen ist der erste Schritt zur Aktion und zur Veränderung.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu informieren. Verfolgen Sie die Berichterstattung zu Umweltthemen. Wenden Sie sich an Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, um mehr über deren Arbeit zu erfahren. Auch das BMZ sendet Ihnen gern kostenloses Informationsmaterial zu. Je mehr Sie selbst wissen, desto eher können Sie andere sensibilisieren und Zusammenhänge erklären. Erzählen Sie doch Freunden, Nachbarn und Bekannten beispielsweise vom Fairen Handel. Wenn Sie sich vorher über dieses Thema kundig gemacht haben – etwa im Internet – können Sie auch andere vom Nutzen des Fairen Handels überzeugen und ihr Konsumverhalten beeinflussen.

Besondere Zielgruppe: Kinder

Vermitteln Sie Ihren Kindern Umweltbewusstsein. Denn die sollen ja später die Ideen von Nachhaltigkeit und Umweltschutz weitertragen. Erklären Sie ihnen zum Beispiel Probleme wie Müllentsorgung, globale Erwärmung oder schwindende Artenvielfalt. Für Kinder ist das oft spannender als für Erwachsene, und sie nehmen Umweltschutz sehr ernst. Sehr gute Vorschläge und Beispiele finden sich in dem Buch „MIPS für KIDS – Zukunftsfähige Konsum- und Lebensstile als Unterrichtsprojekt“ aus dem ökom Verlag.

Die Eine Welt baut jeder mit!

Die Handlungsfelder für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland



Quelle: BMZ, Entwicklungspolitik im Schaubild



*Auch hier geht es ums Geld:
Eine dörfliche Frauensparkasse im Senegal.*

Spenden

Nicht nur der Staat betreibt Entwicklungszusammenarbeit. Auch Bürgerinnen und Bürger ermöglichen mit ihren Spenden den Menschen in Entwicklungsländern, ihre Lebenssituation zu verbessern. Viele nichtstaatliche Organisationen finanzieren mit diesen Spenden wichtige Entwicklungs- und Umweltprojekte in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Südamerikas.

Zum Beispiel Wasser: Deutsche Organisationen führen in Entwicklungsländern viele Projekte für eine bessere Wasserversorgung und -reinigung durch, die lebenswichtig für die Bevölkerung sind und deren Lebenssituation enorm verbessern. Ohne Spenden wären solche Projekte nicht möglich, ebenso wie andere in den Bereichen Ausbildung, Wüstenbekämpfung oder Katastrophenhilfe.

In Deutschland wird auch die Entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu großen Teilen durch Spenden finanziert, sodass mehr Menschen sich der Problematik bewusst werden und ihr Verhalten ändern.

**Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI**



**DZI-Spenden-Siegel:
Geprüft+Empfohlen**

Richtig spenden

Vertrauenswürdige Entwicklungs- und Hilfsorganisationen erkennt man am DZI-Spenden-Siegel. Es wird vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) in Berlin vergeben. Das Siegel kennzeichnet Organisationen, die mit den Spenden verantwortungsvoll umgehen und z.B. nicht mehr als 20 Prozent ihrer Einnahmen für Verwaltung und Informationsarbeit ausgeben. Und: Stören Sie sich nicht an angemessenen Verwaltungskosten. Auch in Deutschland wird zu Recht streng kontrolliert, ob eine Subvention für den vereinbarten Zweck effektiv eingesetzt wird. Mit fehlendem Vertrauen oder Bevormundung hat dies nichts zu tun.

www.dzi.de

Wenn Sie mehr wissen wollen: Adressen und Literatur (Auswahl)

– Zum Thema nachhaltige Entwicklung

Eine gute Übersicht über Organisationen finden Sie unter:
www.oneworldweb.de/organisationen/umwelt.html

Die nichtstaatliche Organisation „Attac“ beschäftigt sich in ihrer Arbeit mit den Folgen der Globalisierung.

Attac Netzwerk

Artilleriestr. 6
27283 Verden
Tel. 04231 / 957 591
Fax 04231 / 957 594
info@attac-netzwerk.de
www.attac-netzwerk.de

Beim „Forum Umwelt und Entwicklung“, einem Zusammenschluss deutscher Nichtregierungsorganisationen, gibt es Informationen über die Arbeit und Projekte verschiedener Organisationen in Deutschland:

Forum Umwelt und Entwicklung

Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel. 0228 / 368 10 10
Fax: 0228 / 923 993 56
info@forumue.de
www.forumue.de

GERMANWATCH e.V.

Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Tel. 0228 / 60492-0 (Mo-Fr 9-17 h)
Fax 0228 / 60492-19
germanwatch@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Homepage der **UN-Kommission** für nachhaltige Entwicklung (CSD). Sie ist für die globale Koordination und die Überwachung der Umsetzung der Agenda 21 zuständig (Homepage auf englisch).
www.un.org/esa/sustdev/csd.htm

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen:

VENRO

Kaiserstr. 201
53113 Bonn
Tel. 0228 / 94677-0
Fax 0228 / 94677-99
sekretariat@venro.org
www.venro.org

WEED

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

Büro Bonn
Bertha-von-Suttner-Platz 13
53111 Bonn
Tel. 0228 / 76613-0
Fax 0228 / 696470
weed@weedbonn.org
www.weedbonn.org/info/start.htm

Informationen zum **„Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, Johannesburg 2002“** finden Sie

u. a. auf der offiziellen UN-Site zum Gipfel:
www.johannesburgsummit.org/
und auf der gemeinsamen Internetseite des BMU und des BMZ zum Weltgipfel:
www.weltgipfel2002.de

Die Sonderausgabe **„Globale Umweltpolitik: Von Rio nach Johannesburg“** der Zeitschrift **„Akzente“** der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) befasst sich mit Hintergründen und stellt konkrete Entwicklungsprojekte vor. Im Internet als Download unter
<http://www.gtz.de/publikationen/deutsch/akzente/index.html>.

Einen knappen Überblick über Umwelt und nachhaltige Ressourcennutzung in der Entwicklungszusammenarbeit gibt die **Themenblätter-Mappe „Umwelt, Armut und nachhaltige Entwicklung“** des BMZ. Es handelt sich hierbei um sehr fachspezifische Informationen.

– Zum Thema Umweltschutz

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

BUND – Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel. 030 / 27 58 64 - 0
Fax 030 / 27 58 64 - 40
bund@bund.net
www.bund.net

Greenpeace Deutschland

Greenpeace e.V.
22745 Hamburg
Tel: 040-30618-0
Fax: 040-30618-140
mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V.

Herbert-Rabius-Straße 26
53225 Bonn
Telefon 02 28-40 36-0
Fax 02 28-40 36-200
NABU@NABU.de
www.nabu-hamburg.de

Naturfreundejugend Deutschlands

Haus Humboldtstein
53424 Remagen-Rolandseck
Tel. 02228-9415-0
Fax 02228-9415-22
nfjd@naturfreundejugend.de
www.naturfreundejugend.de

Pro Regenwald

Frohschammerstr. 14
80807 München
Tel. 089 - 359 8650
Fax 089 - 359 6622
info@pro-regenwald.de
www.pro-regenwald.org

Urgewald e.V.

Von-Galen-Strasse 4
48336 Sassenberg
Tel: 02583 - 1031
Fax: 02583 - 4220
urgewald@urgewald.de
www.urgewald.de

World Wide Fund for Nature (WWF)

WWF Deutschland
Rebstöcker Straße 55
Postfach 190440
60325 Frankfurt
Tel.: 069 - 791440
Fax: 069 – 617221
Info@wwf.de
www.wwf.de

Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH

Döppersberg 19
42103 Wuppertal
Tel. 0202 – 2492 – 0
Fax 0202-2492 – 108
Info@wupperinst.org
www.wupperinst.org

„Klimaschutz – Aufgabe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), 56 Seiten, BMZ-Materialien Nr. 112

Klima-Bündnis/Alianza del Clima: **Partnerschaft zwischen 900 europäischen Kommunen und indigenen Völkern der Regenwälder zum Klimaschutz.**
www.klimabuendnis.org

Das **Zentrum für Meeres- und Klimaforschung der Universität Hamburg** hat eine informative Website zum Klimaschutz:
www.rrz.uni-hamburg.de/Klima2000

Die **„Klima-Ausbade-Kampagne“** der Nichtregierungsorganisation **Germanwatch** wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt. Die Kampagne drängt auf veränderte Strukturen, damit die Menschen im Süden die Folgen des Klimawandels nicht alleine ausbaden müssen. Mehr darüber: www.germanwatch.org

– Zum Thema Ernährung

„Fleisch: Produktion und Konsum: In Zukunft verträglich“, Hrsg. WWF, 1997, Zürich: WWF

„Bio, IP, Tiergerecht: Labels für Lebensmittel“, Hrsg. WWF & Stiftung für Konsumentenschutz SKS, 1998, Zürich: WWF & SKS www.ulme.ethz.ch

- Zum Thema Wasser

Informationen zu globalen Wasserfragen gibt es auf verschiedenen Sites des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP):
www.unep.org/themes/freshwater/
<http://freshwater.unep.net/>

„Wasser - Antworten auf die globale Krise“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), 19 Seiten, BMZ-Materialien Nr. 114

„Wasser – Konflikte lösen, Zukunft gestalten“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), 180 Seiten, BMZ-Materialien Nr. 099

– Zum Thema Energie und Ökostrom

„Erneuerbare Energie für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), 92 Seiten, BMZ-Materialien Nr. 100

– Zur Agenda 21 und zur Lokalen Agenda 21

Adressen aller „Lokale Agenda 21“-Initiativen:
www.scb.ecolo-bremen.de/frames/frame_service.htm

Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21 ist die überregionale Koordinierungsstelle und Informationsplattform für Agenda 21 in Deutschland. Sie bietet Informations- und Beratungsdienstleistungen an und vernetzt und vermittelt zwischen der lokalen, der Landes- und der Bundesebene, zwischen Institutionen, Initiativen, Verwaltung, Politik, Wirtschaft und lokalen Agenda-AkteurInnen.

Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21 Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit GmbH
Budapester Str. 11
53111 Bonn
Telefon: 0228 / 60461-30
Fax: 0228 / 60461-38
service@agenda-transfer.de
www.agendaservice.de

Agenda-Transfer, die Landesstelle Nordrhein-Westfalen zur Agenda 21.

Auf der Homepage gibt es Links zu allen Agenda-Landesstellen; Adressenliste von Agenda-Zuständigen in NRW-Kommunen, -Kreisen, -Regierungsbezirken.

Budapester Str. 11
53111 Bonn
Tel. 0228-604 610
Fax 0228-604 61 17
Info@agenda-transfer.de
www.agenda-transfer.de

Gute Beispiele aus aller Welt zur Lokalen Agenda 21 und zu nachhaltiger Siedlungsentwicklung:
www.bestpractices.org

EU-Informationssystem u.a. mit guten Beispielen zur nachhaltigen Stadtentwicklung:
www.europa.eu.int/comm/urban

Internationaler Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI), Zusammenschluss von rund 230 umweltengagierten Kommunen, Landkreisen und Kommunalverbänden:
www.iclei.org/europe/la21

Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ – Anlaufstelle und Dienstleister für Kommunen, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, die sich für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Nord-Süd-Aspekte in Agenda-Prozessen engagieren:
Tulpenfeld 6
53113 Bonn
Tel. 0228 – 24 34 – 630
Fax 0228 – 24 34 – 635
Info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

– Zum Thema Fairer Handel

FIAN (FoodFirst Informations- & Aktions- Netzwerk) tritt für Menschenrechte ein, zum Beispiel mit der Blumenkampagne „Augen auf beim Blumenkauf“, an der sich u.a. Brot für die Welt und terre des hommes beteiligen. Blumen mit dem „Flower Label“ kommen aus Betrieben, die sozial- und umweltverträglich arbeiten:

Overwegstr. 31
44625 Herne
Tel. 02323 – 490099
Fax 02323 – 490018
Fian@fian.de
www.fian.de

Der gemeinnützige Verein TransFair fördert benachteiligte Produzentenfamilien in Afrika, Asien und Lateinamerika und verbessert durch Fairen Handel, z.B. von Kaffee, Tee, oder Zucker, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wie TransFair arbeitet und wie fairer Handel funktioniert, erfahren Sie unter www.transfair.org.

Nachhaltigkeit bedeutet nicht Verzicht – das zeigt die Seite der **„Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle“** am Wuppertal Institut: www.wupperinst.org/Gutes_Leben (Postanschrift s. o.)

Internetseite zum **„Projekt zur Verknüpfung von Öko- und Fair-Trade-Initiativen“**, Informationen zum ökologischen und Fairen Handel. Übersicht zu Produkten, Firmen, Organisationen. Eine Gemeinschaftsproduktion von Fair Trade e.V. und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ): www.eco-fair-trade-net.de

Die Kampagne für **„Saubere“ Kleidung** setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie ein, in der vor allem junge Frauen arbeiten. www.saubere-kleidung.de

Das Handbuch **„Im Zeichen der Nachhaltigkeit – Verknüpfung von Öko- und Fair Trade-Initiativen“** gibt eine Übersicht über den ökologischen und fairen Markt in Deutschland, Organisationen, Öko- und Fairhandels-Labels etc. Zu beziehen über Fair Trade e.V., Gewerbepark Wagner, Bruch 4, 42275 Wuppertal, Tel.: 0202 / 6489 -221 Fax: -235, Mail: info@fairtrade.de

– Allgemeine Informationen zur Entwicklungspolitik

„Wer braucht Entwicklungspolitik?“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), 26 Seiten. Diese Broschüre bietet eine verständliche Einführung in die Entwicklungszusammenarbeit.

„Entwicklungspolitik im Schaubild“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), 102 Seiten, BMZ-Materialien Nr. 116. Schaubilder und Hintergrundinformationen für Unterricht und entwicklungspolitische Bildungsarbeit.

„Medienhandbuch Entwicklungspolitik“, herausgegeben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 496 Seiten. Dieses Nachschlagewerk ist eine zuverlässige Quelle von Fakten für Presse, Medien, Fachwelt, Schulen und Universitäten.

Fotonachweis:

agenda/Böthling: Titelseite, S.5, S.7, S. 19, S. 20/21, S. 28, S. 36, S. 48, S. 50, S. 55, S. 55, S. 65, S. 83, S. 87

agenda/Desmarowitz: S. 22

agenda/Kottmeier: S. 6, S. 8, S. 13, S. 15, S. 18, S. 24, S. 26, S. 32, S. 33, S. 68, S. 70, S. 74, S. 80, S. 85

agenda/Kropke: S. 26, S. 46, S. 49, S. 53, S. 76, S. 79, S. 90

BMZ: S. 4, S. 25, S. 29, S. 39, S. 41, S. 42, S. 43, S. 51, S. 52, S. 55, S. 59, S. 60, S. 61, S. 63, S. 65, S. 66, S. 70/71, S. 72, S. 73

GTZ: S. 34, S. 37, S. 38, S. 44, S. 78, S. 79, S. 86

GTZ/Currie-Impact Beijing: S. 38

GTZ/Feldmann: S. 47

GTZ/Gartung: S. 77, S. 78

GTZ/Jungeblodt: S. 78

GTZ/Lemmens: S. 45

GTZ/Rau: S. 12, S. 58

GTZ/Schäfer: S. 54

GTZ/Shirley: S. 30

GTZ/Uluntunçok: S. 40

GTZ/Wagner: S. 14

Internationale Süßwasserkonferenz: S. 57

MEV: S. 11, S. 31, S. 33, S. 89

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: S. 17

Scholz: S. 69

Tillmann/CBIK: S. 64

TransFair: S. 82, S. 84, S. 85, S. 86, S. 88

Wilmsen: S. 9, S. 16



Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Ref. „Entwicklungspolitische Informations- und
Bildungsarbeit“
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. 0228 - 535-0
Fax 0228 - 535-3985

Verantwortlich:

Ingrid Hoven, Christian Wilmsen

Redaktion und Text:

Wolfgang Wagener / MediaCompany

Endredaktion:

Antje Göllner-Scholz, BMZ

Gestaltung:

Astrid Ostrowicki / MediaCompany

Druck:

Stand: September 2002

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)

Dienstsitz Bonn:
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. 0228 - 535-0
Fax 0228 - 535-3985

Dienstsitz Berlin:
Stresemannstraße 94
D-10963 Berlin
Tel. 030 - 25 03-0
Fax 030 - 25 03-25 95

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de